

Das Argument

41

8. Jahrgang 1966

Staat und Gesellschaft im Faschismus. Faschismus-Theorien (IV)

Johannes Agnoli: Die bürgerliche Gesellschaft
und ihr Staat 449

Rüdiger Gripenburg und Karl Hermann Tjaden:
Faschismus und Bonapartismus. Zur Kritik der
Faschismustheorie August Thalheimers 461

Tim Mason: Der Primat der Politik – Politik
und Wirtschaft im Nationalsozialismus 473

Besprechungen

I. Philosophie 494

II. Soziologie 503

III. Psychologie 512

Johannes Agnoli

Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat*

Erstmalig in Deutschland kündigte sich bei Kant „das größte Problem für die Menschengattung“ an, „die Erreichung einer allgemein das Recht verwaltenden *bürgerlichen Gesellschaft*“¹. Das Erstaunliche an Kants Darstellung ist, daß sie bis zu einem gewissen Grade mehr durch Reflexion über Berichte und über künftige Entwicklungen der deutschen Gesellschaft entstanden ist als durch unmittelbare Konfrontation mit einer gegenwärtigen Wirklichkeit — anders als bei Hegel einige Jahrzehnte später. Gewiß war das damalige Königsberg nicht weit von der Kurmark entfernt, in der in den letzten Jahrzehnten des 18. Jhd. rund 40 größere Seidenmanufakturen bestanden — die übrigens später durch die Rückschläge der Lyoner und Krefelder Seidenproduktion infolge der revolutionären Wirren es zu einer gewissen Blüte bringen konnten². 1784 aber war die französische Revolution und der Sieg der Großbourgeoisie sowohl zeitlich noch nicht eingetreten wie ‚geopolitisch‘ von Ostpreußen sehr weit entfernt. Schon deshalb konnte sich Kant die bürgerliche Gesellschaft, deren Tendenzen er doch analysierte, zugleich nur als Zukunft vorstellen. Spezifisch deutsch-ostpreußisch und am *personalen*, landwirtschaftlich-handwerklichen Verhältnis von Herr und Knecht orientiert war sein noch rohes Gesellschaftsbewußtsein und ebenso personal daher sein Begriff des *Antagonismus*: Kant meinte damit die „Ungesellige(n) Geselligkeit der Menschen, d. i. den Hang derselben, in Gesellschaft zu treten, der doch mit einem durchgängigen Widerstand, welcher diese Gesellschaft beständig zu trennen droht, verbunden ist“³. Durch diesen konservativ vermittelten Individualismus antizipierte Kant als Antagonismus der bürgerlichen Gesellschaft etwas, was gar kein Antagonismus war und daher staatlich, mit den Mitteln des absoluten, aber aufgeklärten Königtums geregelt werden konnte: lediglich das relativ friedfertige Konkurrenzverhältnis der Warenproduzenten und der Bodenbesitzer untereinander. Für Kant waren dies notwendigerweise die *Kleinwarenproduzenten* und die *Großgrundbesitzer*. Seine Modernität zeigte sich

* Zweite Stunde der Vorlesung „Bürgerliche Gesellschaft und faschistischer Staat“, gehalten im Sommersemester 1966 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.

1 Immanuel Kant: Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, Fünfter Satz.

2 Heinrich Bechtel: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands vom Beginn des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, München 1952, S. 267.

3 Kant: Idee . . . , Vierter Satz.

darin, daß er den Konkurrenzkampf in bürgerliche Kategorien faßte, also auf der Seite der Kleinwarenproduzenten stand. So erklärt sich bei ihm die Hinwendung zu Rousseau („Rousseau hat mich zurecht gerückt“) und der jakobinische Einschlag, der immerhin zu einer — noch moralisierenden — Einsicht in die Parteilichkeit der Wissenschaft führte: wahr sei nur das Wissen, das „dem kleinen Manne zu seiner Würde verhelpe“. Daß ihm freilich der kleine Mann immer der Kleinwarenproduzent war, nie der Arbeiter: darin zeigt sich Kants Sprung von dem bornierten Konservatismus in die modernere Borniertheit des bürgerlichen Denkens⁴.

Richtig hatte Kant erkennen können, daß der Antagonismus die bürgerliche Gesellschaft charakterisiert und nach einer besonderen Form des Staates verlangt. Er konnte noch nicht sehen, daß gerade für die Notwendigkeit eines besonderen Staates gar nicht das Bedürfnis nach einer rechtlichen Regelung des Konkurrenzkampfes um Anteile am freien Warenverkehr entscheidend war, sondern — in letzter Instanz — der Kampf für oder gegen das ganze System des freien Warenverkehrs stehen sollte. So konnte er ohne sonderliche Schwierigkeiten vom Zustand des gesellschaftlich notwendigen Antagonismus auf den Verfassungszustand eines bürgerlichen Rechtsstaates schließen, wobei er — hier wiederum antizipierend — den Zustand des *äußeren* Friedens als Voraussetzung für die Schaffung des inneren ansah. „Das Problem der Errichtung einer vollkommenen bürgerlichen Verfassung ist von dem Problem eines gesetzmäßigen *äußeren Staatenverhältnisses* abhängig und kann ohne das letztere nicht aufgelöst werden“⁵.

Hegel stand der Wirklichkeit aber auch der Idee nach der französischen Revolution bekanntlich näher. Er hatte sowohl Adam Smith gelesen, wie am Tübinger Neckarstrand zusammen mit Schelling und Hölderlin den Ausbruch der Freiheit gefeiert. Am 14. Juli eines jeden Jahres ließ er seine Vorlesungen an der Berliner Universität ausfallen, um bei einer Flasche Rotwein des Sturmes auf die Bastille zu gedenken — für einen preußisch-königlichen Professor zwar erstaunlich, freilich zugleich in genialer Weise das Verhalten der deutschen nur intellektuellen Opposition vorwegnehmend.

Die bürgerliche Gesellschaft bedeutete für ihn — kurioserweise in der Ausbildung der Stände — schon klar und deutlich Kapitalismus. Und mit dem Kapitalismus war die Klassenstruktur gegeben, wodurch dem Staat von der bürgerlichen Gesellschaft aus eine ganz andere Aufgabe zukam, verdeckt durch eine ganz anders geartete Staatsideologie. Was Hegel über Kant in die Moderne führt, und was daher die Möglichkeit vielfältiger „Hegelvergegenwärtigungen“ ausmacht, ist, daß er in der Ökonomie (dem System der Bedürfnisse)

4 Kant, Nachlaß. Für Kant machten nur bürgerliche Tugenden den Inhalt der menschlichen Würde aus. Aus dem Bereich der Würde schloß er Arbeitsleistung und Handarbeit aus. Vgl. dazu Galvano della Volpe, Rousseau e Marx, Roma 1962, S. 70 ff.

5 Kant: Idee . . . , Siebter Satz.

den Kern der bürgerlichen Gesellschaft entdeckte und in der Klassenbildung ihre Konsequenz. Er gelangt von dem allgemeinen Abhängigkeitsverhältnis (§§ 182/188/198 der Rechtsphilosophie) über das Kapital (§ 200), den Massen und der Klassenbildung (§ 201), den ‚Ständen‘ der herrschenden Klasse (§ 203 ff.) schließlich zum Antagonismus der bürgerlichen Gesellschaft. Er entdeckt die Arbeiterklasse als Produkt der Marktwirtschaft (§ 243), die Polarisierung der Gesellschaft (§ 244) und die Erzeugung von Armut und Pöbel (§ 245). Der spekulative Begriff füllt sich materialistisch mit dem realen Prozeß des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit, in dem die Herrschaftsprivilegien bestimmt werden durch die Eigentums- und Verfügungspositionen in der Produktion und Reproduktion der Güter.

Es ist diese Entdeckung, die den Begriff der bürgerlichen Gesellschaft — vor allem nach der späteren marxistischen Rezeption — suspekt macht, politisch belastet und die zu einer terminologischen Revision in der Soziologie führt. Leopold von Wiese wird lieber nur vom sozialen Ganzen sprechen; der Franzose Tarde (1843—1904), schon etwas früher, wird den inzwischen gebräuchlich gewordenen Begriff der zwischenmenschlichen Beziehungen vorschlagen. Dieser ist in der Tat manipulativ-antiaufklärerisch brauchbar, denn: sind gesellschaftliche Prozesse und Zustände oder ‚Katastrophen‘ auf zwischenmenschliche Beziehungen reduzierbar, so lassen sich Versklavung und Ausrottung nur pathologisch erklären und ihre Voraussetzungen politisch nicht abschaffen.

Mit der Erzeugung des Pöbels und der Armut hatte Hegel das politische Problem schon angegeben — obwohl bei ihm „Pöbel und Armut“ in noch wunderlicher Mischung ein mehr intuitiv erspürtes Industrieproletariat und das Lumpenproletariat der sozialen Randbezirke vereinten mit der strukturell nirgends in einer bürgerlichen Gesellschaft — selbst in der „Größten“ nicht — abzuschaffenden Gruppe der armen Leute. Die Dialektik von Überproduktion und Unterkonsumtion, der ökonomische Ausdruck der Klassengesellschaft, läßt zum Vorschein kommen, daß „bei dem Übermaß des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, d. h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaß der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern“⁶. Die bürgerliche Gesellschaft wird durch diese ihre Dialektik „über sich hinausgetrieben“ (§ 246). Die Lösung konnte sich Hegel nur idealistisch-konservativ vorstellen in der Bildung eines Staates, in dem die *Sittlichkeit* — notfalls polizeilich verordnet — das besorgen sollte, was sonst spontan nicht vor sich ging: eben dem Übermaß der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern. Daher die Nähe Gentiles zu Hegel. Der *stato fascista*, der Armut und Pöbel erledigte, ist ein *stato etico*, der das Geschäft besser besorgen sollte als der *stato di diritto*. Die moralische Funktion des Staates sollte bei Hegel, Treitschke, Gentile, Röpke oder Spranger den gesellschaft-

6 G. W. F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechtes, § 245.

lichen Antagonismus überwinden, schlichten, Egoismen und Partikularinteressen ordnen, formieren. Die Einsicht also, daß die bürgerliche Gesellschaft sich selbst negieren müsse, um humane Zustände herzustellen, führte hier nicht materialistisch-dialektisch zur Praxis der Revolutionierung ihrer ökonomischen Grundlagen. Vielmehr sollte sich nach Hegel die Negation der bürgerlichen Gesellschaft auflösen in der Erkenntnis der Nichtigkeit der materiellen Bedürfnisse gegenüber der höheren Forderung geistig-staatlicher Ordnung. Schon hier wird das Prinzip des „Maßhaltens“ vorgebildet, das sowohl im postliberalfaschistischen wie im postfaschistisch-neoliberalen Staat gegen eine Gesellschaftsform mobilisiert wird, die jedem nach seinen Bedürfnissen geben will.

Die ersten Anzeichen einer Krise des bürgerlich sein sollenden Staates glaubte Hegel schon in der englischen Wahlrechtsreform erkennen zu können. In der Tat bahnte sich da — friedlich — eine Entwicklung an, die man mit der Niederlage der Jakobiner (1795) für abgewendet hielt. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft — dies soll festgehalten werden — ist als eine Gesellschaft, die alte Privilegien zerstörte, um sich eigene zu verschaffen, an keiner politischen Form interessiert, die in irgendeiner Weise staatliche Werkzeuge zur Abschaffung der Herrschaftsstruktur bietet. Der gemeinte Staat mag rechtsstaatlich sein oder nicht, liberal oder illiberal im Kulturellen und liberalistisch in der Wirtschaftspolitik — dies schon eher bis zu den Grenzen, da die sich selbst überlassene Marktwirtschaft sich selbst verschlingt. Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft aber kann nie bestehen in der Beteiligung der Massen an der öffentlichen Ausübung von Herrschaft und ihrem zunehmenden Genuß der Freiheit, d. i. im allmählichen Abbau von Herrschaft. Politologisch gesprochen: eine solche — unsere — Gesellschaft ist immer auf Einschränkungen des Wahlrechts aus, weil erst diese Einschränkungen die Gefahr vermindern, daß sich der gesellschaftliche Antagonismus von Kapital und Arbeit politisch-staatlich reproduziert⁷. Diese Gefahr beschwor jede liberale Verfassung seit der Mitte des letzten Jahrhunderts herauf. „Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und den Klassen, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwingt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen können. Von den einen verlangt sie, daß sie von der politischen Emanzipation nicht zur sozialen fort-, von den anderen, daß sie von der sozialen Restauration nicht zur politischen zurückgehen“⁸.

7 Über die „Verweigerung des Wahlrechtes als Wesensmerkmal des Bürgertums“, vgl. Leo Kofler: Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus, Ulm 1960, S. 126 ff.

8 Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich.

Geht man von der Absage an die politische Beteiligung der Massen aus, so stellte sich das Problem im geschichtlichen Einzelfall naturgemäß jeweils anders. Allgemein gilt für die europäische Entwicklung: Je unvermeidlicher die Erweiterung des Wahlrechts wurde, desto notwendiger wurde zunächst die Erhärtung der von der Bourgeoisie durchgeführten Trennung von Volk und Vertretungskörperschaft. Die Verdinglichung der Vertretung zum Repräsentationsprinzip war jetzt umso wichtiger, da unter den Repräsentanten tatsächlich auch Turatis und Bebels saßen, also Vertreter des demos. Andererseits aber wurde, weil besagte Turatis und Bebels begannen, sich des Parlaments in einem antibürgerlichen Sinne zu bedienen, der sicherere Weg einer allmählichen Entmachtung und Entleerung der Vertretungskörperschaft beschritten. Diese Umfunktionierung, von Habermas etwa an der Institution der öffentlichen Meinung festgestellt, betraf in Wirklichkeit alle öffentlichen Institute der bürgerlichen Gesellschaft.

Richtig ist es, wenn gesagt wird, das Verhältnis des liberalen Staates (und das ist ursprünglich und der Sache nach der Staat der bürgerlichen Gesellschaft) beginne brüchig zu werden mit der Ausweitung des Wahlrechts. Aber in diesem historisch für den Einzelfall fraglos richtigen Urteil steckt die gesellschaftliche Abstraktion. Nirgends hat die Ausdehnung des Wahlrechts zu sozialen Umwälzungen geführt. Hier erwiesen sich v. Mohl, Burckhardt, Treitschke auf der einen und Engels auf der anderen Seite als schlechte Propheten; Disraeli, der die Integrationswirkung der 2. englischen Wahlrechtsreform (1867) sehr wohl erkannte, Bismarck, Lassalle und Louis Bonaparte als gute. Der bürgerlich konzipierte Staat ist nicht zusammengebrochen, sondern hat sich strukturell verändert, hat sich um seiner Funktion willen der veränderten Lage (allgemeines, freies Wahlrecht bei völlig freier politischer Organisation) angepaßt. Dadurch hat er eine geschichtlich bedingte Qualität verloren, aufgehört liberal zu sein. Bürgerlich aber ist er geblieben. Die Ausdehnung des Wahlrechts — und daran sieht man den sekundären Charakter politischer Institute — ist an sich keine Gefahr für den bürgerlichen Staat, wohl aber dessen mögliche Instrumentalisierung in bestimmten gesellschaftlichen Situationen. Hierin liegt einer der Unterschiede in der Entwicklung der europäischen Staaten. Das allgemeine Wahlrecht wurde *zuerst* im kaiserlichen Deutschland eingeführt (allerdings nicht in Preußen) und war politisch ungefährlich, teils weil die gewählte Volksvertretung keinen Einfluß auf die Exekutivgewalt besaß, teils — noch wichtiger — weil der Klassenkampf relativ rasch parlamentarisiert und also gesellschaftlich neutralisiert werden konnte. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in England, 1928, zu einem Zeitpunkt schon weit fortgeschrittener Klassenintegration mußte jedoch andere Folgen haben als in Italien, 1913, genau ein Jahr vor Ausbruch der „Roten Woche“.

Das heißt: setzt sich das allgemeine Wahlrecht als Eigenschaft des bürgerlichen Staates durch, so zeigt sich darin auch seine relative, auf besondere Bedingungen zurückführbare Belanglosigkeit. Es

kommt nicht so sehr auf das Wahlrecht an. Wesentlicher ist die spezifische Funktion der durch das nunmehr allgemein gewordene Wahlrecht geschaffenen Vertretungskörperschaft. Sie wird nicht nur *quantitativ erweitert*, weil sie aus breiteren Wählerschichten hervorgeht, sondern auch *qualitativ verändert*, weil andere Volksmajoritäten sie bestimmen.

Im deutschen Obrigkeitsstaat ist dies nicht so deutlich, weil der Obrigkeitsstaat eo ipso gesellschaftliche Funktionen wahrnahm, sich gesellschaftlich verstand. In diesem Punkte war er — in der weltgeschichtlichen Perspektive gesehen — pervertiert fortschrittlich. Immerhin: Bismarck hatte die Substanzlosigkeit der liberalen Trennung von Staat und Gesellschaft erkannt, hatte Lassalles Nachwächterstaat — nicht ohne Zustimmung von Lassalle selbst — in den Bereich der wachen Tagespolitik gezogen. Durch die Sozialgesetzgebung griff der Staat in die, liberal gesehen, nicht zu berührende Sphäre der Beziehung von Kapital und Arbeit ein. Es gab ohnehin schon eine preußische Gewerbeordnung, die auch einen Eingriff in die freie Warenproduktion und den freien Warenverkehr bedeutete. Der Tüchtigkeit des Einzelnen und seiner Expansion waren die Bahnen zwar frei, aber zugleich wurde der Verkehr staatlich geregelt. Allenfalls ist eines zu beachten, das den viel geschmähten Bismarck'schen Staat doch noch auf höherer ökonomischer Ebene in die Reihe der liberalen westlichen Staaten einfügt: von der staatlichen Reglementierung waren Großwirtschaft und Großfinanz weitgehend ausgenommen. Helmut Böhme hat neuerdings gezeigt, wie sehr die liberale Wirtschaft, d. i. die Großbourgeoisie, an Bismarck's Staat interessiert war und ihn unterstützt hat⁹.

Anders war die Situation im westlichen, später im südlichen Europa. Der liberale Staat ist dort zwar zuständig für die bürgerliche Gesellschaft. Diese läßt sich indes von ihm schützen, jedoch nichts vorschreiben. Fängt der Staat an, allgemeine Vorschriften zu erlassen und dies dazu noch im Sinne einer nicht-großbourgeoisien Mehrheit, dann gerät er in die doppelte Krise: sozusagen er selbst nicht mehr zu sein, seine Funktionen, nicht zu erfüllen und von seinen Trägern verachtet zu werden. Für eine Gesellschaft, die anders als die deutsche frei ist von obrigkeitlich-bequemer Reglementierung, steht dann die Frage zur Beantwortung: Soll die bürgerliche Gesellschaft mit dem allgemeinen Wahlrecht leben?

Wesentlich ist diese Problematik auf das Parlament bezogen — das Herz des liberalen Staates — in das immer mehr Vertreter der Massen einziehen. Vergewenwärtigen wir uns die dreifache Veränderung:

1. Es ist nicht mehr garantiert, daß die Gesetze bourgeoise Interessen respektieren. Die allgemeine Form der Gesetze kehrt sich gegen ihre Entdecker; hier droht die bürgerliche Revolution ihre Kin-

⁹ Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848—1881, Köln 1966.

der buchstäblich zu verschlingen, wenn die Parole des Proletariats: „chi non lavora non dovrà mangiar“ — wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen — allgemeines Gesetz werden sollte.

2. Durch die Vertretbarkeit gewinnen die Arbeitermassen bürgerliche Existenz. Sie brechen in eine Wirklichkeit ein, für die sie nicht existierten und die für sie nicht existieren durfte. Sie werden „Staatsbürger“: etwas, was Locke ebenso wie Kant entschieden bestritten hatten.

3. Dadurch aber verliert der Staat seine zweite, nach unten, oder dem Tag zugekehrte Qualität, ohne die er funktionsunfähig wäre. Denn seine Funktion war wohl, den freien Lauf der Wirtschaft rechtlich zu ermöglichen, der kapitalistischen Expansion rechtlich die Bahnen zu öffnen und im übrigen für die Nachtruhe zu sorgen. Aber ergänzender Bestandteil dieser Funktion war es, auch dafür zu sorgen, daß der kapitalistischen Expansion und der Nachtruhe des Bürgers keine Gefahr drohte von unbotmäßigen Kräften. Die Ausdehnung des Wahlrechts kann m. a. W. zum Abbau des *repressiven Charakters* des liberalen Staates führen.

Dies zeigt die politische Alternative an, vor der die Großbourgeoisie schon 1795 gestanden hatte und die bis heute gilt: Sofern Gruppen, die nicht zur bürgerlichen Gesellschaft gehören (wollen oder dürfen oder können: Proletarier, Ostjuden, Gammler oder gar Kommunisten, bekanntlich die Mischung der drei genannten Kategorien), *politisch* tätig werden; in den Staat hineinwirken und sich der öffentlichen Gewalt bedienen wollen, nicht um die Ordnung aufrechtzuerhalten, sondern um sie zu verändern; sofern es also eine *bewußte* Klassengesellschaft gibt und die bürgerliche Gesellschaft von den abhängigen Massen durchschaut wird, muß der Staat die bürgerliche Gesellschaft — und sich selbst — gegen diese Gruppen schützen.

Daß diese Schutzfunktion wichtiger ist als alle rechtsstaatliche und grundrechtliche Beteuerung, werden wir noch sehen. Zunächst allgemein gesagt: dieser Schutz, die aktuell gewordene Repression eines schon gescheiterten liberalen Staates, muß keineswegs immer *terroristische* Formen annehmen. Es kann vielmehr ebenso eine Unterdrückung wie eine Integration der rebellischen Gruppen stattfinden — eine Integration, die allerdings eindeutig repressiv ist, weil sie von den rebellischen Gruppen die schlichte Selbstaufgabe verlangt. Der Staat einer bürgerlichen Gesellschaft ist unvermeidlich repressiv, ungeachtet der möglichen Graduation an Rechtsstaatlichkeit und Liberalität, die *nicht ihn*, sondern die — mehrfach sozialgeschichtlich bedingten — Methoden der Ausübung repressiver Gewalt kennzeichnen.

All dies zeigt schon, wie es zur Auflösung des liberalen Staates und *zugleich* zur Wiederherstellung, nämlich zur Restauration, des Staates der bürgerlichen Gesellschaft im Faschismus kam. Es sei kurz erwähnt, daß der Mussolini von Pareto seinerzeit vorgebildete Weg der Restauration nicht Perennierung des Terrors hieß, sondern Integration, wenngleich Pareto durchaus der Ansicht war, zunächst

müsse Blut fließen, Raub und Ausrottung stattfinden (Trattato di sociologia generale § 2191), und er über die Zeitgunst und den Zeitpunkt des faschistischen Zuschlagens offensichtlich klarere Vorstellungen hatte als Mussolini selbst: „Dite a Mussolini: ora o mai piú“¹⁰.

Der Tendenz nach, d. i. nicht nur im historisch dokumentierbaren Einzelfall, liegt das politische Problem der bürgerlichen Gesellschaft — ungeachtet der meist nur ideologischen Aspekte einer Trennung von Staat und Gesellschaft — darin, eine Regelung der öffentlichen Herrschaftsausübung zu finden, in der die Rechtskautelen der individuell-ökonomischen und elitär-kulturellen Freiheit nicht umschlagen in die rechtliche Möglichkeit, solche Freiheiten zugunsten kollektiver, egalitärer Freiheit aufzuheben. Man darf dabei die Konkretheit des Problems nicht aus den Augen verlieren, denn nur sie erklärt die Härte des Kampfes: von Locke bis Röpke, von den Girondisten bis Erhard bleibt das Grundprinzip der bürgerlichen Gesellschaft und somit das zu schützende Gut des bürgerlichen Staates und der erwähnten Kautelen — das Eigentum. Und das bedeutet, daß — selbst für die Jakobiner — der Staat der bürgerlichen Gesellschaft nur Klassenstaat sein kann, eigens geschaffen zur Sicherung der Klassenstruktur. Schutz des Privateigentums und Klassenherrschaft sind Synonyme. Und es ist bestenfalls ein schlichter Widerspruch, schlimmstenfalls eine schlechte Verschleierung, Klassenherrschaft von sich zu weisen und zugleich auf dem Schutz des Privateigentums zu bestehen. Auch in dieser Hinsicht treffen wir auf das Problem, das uns schon im Zusammenhang mit der Verallgemeinerung des Wahlrechts begegnete: ändert sich nicht — vom Staate her — der Charakter der bürgerlichen Gesellschaft, wenn denjenigen Mitspracherecht bei der Bestellung der Herrschaft eingeräumt wird, die *nicht* zur Gesellschaft der Eigentümer gehören und deren Vertreter möglicherweise den Staat als Instrument des Umsturzes und der Enteignung betrachten? Umso mehr, als hinter solchen Wählern sich nicht einzelne wohlmeinende Bürger befinden, sondern diejenige Mehrheit, die eben die Eigentumsfrage stellt: getrieben durch die „Habsucht des Pöbels, dem nach dem Vermögen gelüftet“ — so 1816 der Liberale von Stein¹¹.

Daher rührt auch die Bereitschaft zum bewaffneten Einsatz gegen die, die dieses Grundgut bedrohen. Das gilt mutatis mutandis auch für die revolutionären Staaten. Formale Unterschiede in der Schutz- und Friedensfunktion des Staates gibt es zwischen einer bürgerlichen und einer proletarischen Gesellschaft *nicht*, solange aus der Revolution nicht die Emanzipation hervorgeht, die sowohl Staat wie Moral in die Rumpelkammer verweist.

Der repressive Charakter der Moral hängt mit der Moral als solcher, nicht mit deren Prinzipien zusammen: das Volkseigentum wird

10 Brief an Bianchi v. 14. Oktober 1922. Über die Bedeutung dieses Briefs für den Marsch auf Rom vgl. Sinibaldo Tino, *Il Trentennio fascista*, Milano 1965, S. 81.

11 Vgl. Leo Kofler, a.a.O., S. 132.

dort genauso streng bewacht wie das private — und nur *revolutionär*, d. h. material und auf keinen Fall formal kann man das eine für richtig und das andere für falsch halten. Hier staunt man über Prozesse wegen Schädigung des Volkseigentums, hat aber volles Verständnis für Prozesse wegen Schädigung des Privateigentums — obwohl diese (Diebstahl) unter Umständen nichts weiter ist als der Versuch, egalitäre Zustände mit untauglichen Mitteln (nämlich doch mit elitären) herzustellen. Dort gilt die staatlich exekutierte entschädigungslose Abschaffung von Eigentumsrechten in keiner Weise als unmoralisch. Von der bürgerlichen Gesellschaft aus gesehen wird sie als ungeheuerlich erachtet.

Daß sie repressiv ist, wird allerdings in einer proletarischen Diktatur zugegeben. Es ist das Recht der Revolution, dem Einzelnen die freie Gewalt über sein Eigentum zu entziehen. In der bürgerlichen Gesellschaft gilt die individuell exekutierte, staatlich durch Markt- und Rechtsordnung gestattete, entschädigungslose Enteignung nicht als unmoralisch. Nur daß dies die bürgerliche Gesellschaft nicht repressiv, sondern rechtsstaatlich und frei nennt, sofern bei der Beraubung der freien Gewalt eines Bürgers über sein Eigentum gesetzliche Vorschriften eingehalten werden. Ad exemplum: die bürgerliche Gesellschaft räumt ihrem Staat keine Befugnis ein, den Lebensmittelhändler A entschädigungslos zu enteignen. Sie verlangt aber von ihrem Staat, daß er eine solche Enteignung des Kleinhändlers A durch das Kettengeschäft B („Bolle bietet Bestes“) rechtlich regelt und ihr die Weihe des Gerechten gibt. Der Konkurrenzkampf soll fair sein, die Wettbewerbsordnung aufrechterhalten werden.

Hier zeigt sich — auf anderer Ebene als auf der des Wahlrechts, aber mit gleichem Effekt — die Veränderung des liberalen Staates. Die Frage ist und war auch in dieser Hinsicht akut geworden, ob der Rechtsstaat polizeiliche Dienste zu leisten hat nicht nur gegen die *Feinde* des kapitalistischen Marktes, sondern auch gegen die *Nutznieser* der dem Markte eigenen Gesetzlichkeit. Und das Problem ist umso aktueller, die Lage umso paradoxer, je mehr es die Nutznießer selbst — das Großkapital — sind, die die Wettbewerbsordnung beiseite schieben.

Vordergründig involviert Wettbewerb einen Sieger, in letzter Konsequenz aber — bei vollkommener Konkurrenz und auch dort, wo sie nur annäherungsweise erreicht wird — führt er dazu, daß am Ende alle Teilnehmer am Wettbewerb schlechter als am Beginn dastehen. Ökonomisch Grund zur Kartellisierung, wirft diese Konsequenz politisch die Frage auf, was denn, nach dem Prinzip der dem Tüchtigen geöffneten Bahn, dem Tüchtigsten zugestanden werden soll. In der eigentümlichen Verquickung von Produktionsprozeß und politischer Verfassung taucht diese Frage auch in der Organisation des Staates auf. Soll die Wettbewerbsordnung, so wie sie Kartelle verbietet, auch Konzerne unter Strafe stellen? Ist die Oligopolisierung des Marktes zu verbieten, um den freien Lauf der Konkurrenten, nämlich zur Monopolbildung hin, zu garantieren? Wo und wie sollen dem Tüchtigsten Schranken gesetzt werden? Oder ist Konzentration (ein omi-

nöses Wort, schlechter Ersatz für den schlichten Umstand, daß — wie Engels schon sagte — die großen Fische die kleinen fressen) als letzte Konsequenz des Wettbewerbs nicht nur unvermeidlich, sondern korrekt und systemgerecht, also vom Staat nicht zu behindern? Evola fand 1928 bittere Worte des Hohnes gegen die ‚demokratisch‘ denkenden Liberalen, die, wie er meinte, nicht konsequent genug und nicht zu Ende dachten, was ihre Prinzipien wollten. Er entschied das liberale Konkurrenzproblem zugunsten des Faschismus, den er den wahren Liberalismus nannte: wenn ein Einzelner im freien politischen Wettbewerb alle anderen aussticht, warum soll er — liberalistisch gesehen — das ganze Volk nicht genauso behandeln, wie ein einzelnes Unternehmen — Montecatini oder IG Farben z. B. — als das tüchtigste die Gesamtheit des chemischen Marktes eroberte? Das Argument ist bestechend — und bestach auch die deutschen Industriellen: „Es ist logisch, daß, wenn ich auf dem Gebiet der Wirtschaft die absolute Anerkennung der besonderen Leistung als die Voraussetzung jeder höheren Kultur anerkenne, ich dann politisch ebenso die besondere Leistung und damit die Autorität der Persönlichkeit voranstellen muß.“ (Hitler)¹².

Wird dies staatlich untersagt, so kehrt sich der Staat gegen die eigene Gesellschaft, wird dies staatlich nicht untersagt, so kann sich der Staat ebenso gegen die eigene Gesellschaft kehren. Schließlich ist er als bürgerlicher der Staat der Gesellschaft *aller* Eigentümer, nicht nur jener der Großfinanz und des Großkapitals. Daß sich der Staat gegen die Gesellschaft kehrt, braucht nicht revolutionär zu sein. Er kann dies tun, um sie — in letzter Instanz — zu schützen. Das Koalitionsrecht wird suspendiert und der bewaffnete Einsatz gegen meuternde Arbeiter angeordnet. Aber ebenso kann rechtlich gegen die Haiische vorgegangen werden, die die kleinen Fische verschlingen möchten. Der selbständige Unternehmer, von der Technik und dem eigenen, von ihm in Gang gesetzten Prozeß bedroht, greift auf den Staat zurück, dem er vormals den Eingriff in den Markt verweigert hatte.

Und doch sind das der Tendenz nach Schattengefechte. Die Reste des alten noblen Bürgertums können ebensowenig den Sinn der heutigen bürgerlichen Gesellschaft begreifen (Bosch hat nie begriffen, was die Nazis eigentlich seien) wie die Sansculotten und die Jakobiner 1792—1795 die bürgerliche Revolution begriffen. Die Jakobiner wollten die breite Streuung des Eigentums durchgesetzt wissen von einem Staat, den die Manufakturbesitzer eigens gegen die vom Feudalsystem ausgehende Bedrohung der Kapitalexpansion geschaffen hatten. Die Jakobiner, die SA-Linke, die squadristi verlangten von einem Staat *égalité*, zu dessen Machtinstituten ihre Vertreter gerade Eingang fanden, um jede Gleichheit unmöglich zu machen. Was die Kleinbürger 1793 nicht begriffen, begriffen die Kleinbürger in Italien 1922 und 1933 in Deutschland auch nicht. Sie mißverstanden den Liberalismus, den sie demokratisch ummünzen wollten, und später den Faschismus, den sie gern nebulös-sozialrevolutionär vorangetrie-

ben hätten. Diesen jakobinischen Fehler, den wir heute zunehmend auch in den Attitüden und Hoffnungen mancher Gewerkschaftsführer finden können, diese radikaldemokratische oder (Fraenkel:) vulgärdemokratische Deutung des Verfassungsstaates muß man vermeiden: Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft ist nicht dazu geschaffen worden, auf dem Prinzip des Privateigentums egalitäre Zustände herbeizuführen. Daher ist nicht Danton oder Marat, sondern Napoleon der Held der französischen Revolution.

Klügere Faschisten sahen dies übrigens sehr schnell ein. Ideologisch zeigte sich das in der schnell erfolgten Absage an die Gleichheit, politisch wurde die Einsicht praktiziert durch den Einbau der eigenen Führungsgruppen in die bestehende Herrschaftsapparatur. Gesellschaftlich verdienten sie sich — vor den Augen der Bourgeoisie — diesen Einbau durch die Zerschlagung der politischen Arbeiterorganisationen und die Entpolitisierung des Proletariats.

Noch klüger handelten die neoliberalen Führungsgruppen, die die Kneipen vergoldeten, betriebliche Sozialleistungen, von den Nazis erstmalig in großem Stil betrieben, neben der Armee finanzierten und rechtzeitig den Sinn und Wert der sinn- und wertlos gemachten Vertretungsinstitute, mit dem Parlament im Zentrum, erkannten. Sie gingen nicht den integral-terroristischen Weg, sondern den integrativ-konstitutionellen. Die Wiederherstellung des bürgerlichen Staates bedurfte der Zustimmung der Massen, des *Konsens*. Aber das hieß zweierlei: Zustimmung und Übereinstimmung, gerade derer, die nicht zur Gesellschaft der Eigentümer gehören und somit von neuem die Eigentumsfrage stellen konnten, sofern sie und ihre Parteien den Klassencharakter des bürgerlichen Staates durchschauten und bewußt machen konnten. Dieser politische Weg der unterdrückten Klassen durfte nicht freigemacht werden. Insofern war der geforderte Konsens vorpolitisch, eine „Wertgemeinschaft“, wie sie Smend schon 1928 bei der Entdeckung des *Integrationsprozesses* als Voraussetzung des Staates postulierte. Der politische Kern der Konsensustheorie ist die Passivität der Massen und die institutionelle Regelung des politischen Prozesses als einzuhaltende Spielregeln beim Wechsel der Methoden und der Personen innerhalb eines oligarchischen Zirkulationsprozesses. Die Lösung der Krise des bürgerlichen Staates bringt der Transformismus, die Verwischung der politischen Unterschiede, die ‚Versachlichung‘ der Politik im Zweiparteienstaat, die ‚Sozialpartnerschaft‘, Vertauschung von Funktion und Position („Wir sitzen alle in einem Boot“, wobei es keine Rolle spielen soll, ob am Ruder oder als Steuermann) und Individualmobilität, welche die kollektiven Aufstiegsimpulse neutralisiert und der altliberalen Ideologie von der freien Bahn des Tüchtigen zu neuer Würde verhilft. Aus dem *Herrschaftskonflikt* der Klassen wird ein *Führungskonflikt* der Oligarchien, nachdem die Führungsgruppen der Arbeiter ins System bürgerlicher Herrschaft eingebaut sind. Von der Avantgarde zur Elite umfunktioniert, sollen sie nun ihrerseits die Massen von der politischen Beteiligung fernhalten.

Derart scheint heute die Marxsche Theorie als ‚Legende‘ entlarvt: nicht Kampf und Polarisierung erweisen sich als Endzustand der bürgerlichen Gesellschaft, sondern Harmonie und Hierarchie, in deren Mobilität das Gute nach oben kommt. Und als Legende scheint sich die Prophezeiung vom Tod des Kapitalismus zu entlarven, so daß gesagt werden konnte: „Die wirkliche Geschichte des Kapitalismus beginnt erst jetzt, denn Kapitalismus ist keineswegs ein System der Unterdrückung, sondern er stellt vielmehr eine Auswahl vom Wertvollsten dar, eine Gleichstellung der Tüchtigsten (also wohl: Oligopole?), einen stark entwickelten Sinn für individuelle Verantwortlichkeit“. Und das ist keineswegs zitiert aus einer Rede etwa Windschuhs bei einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU), sondern aus der 1. Kammerrede des frischgebackenen Abgeordneten Mussolini am 21. Juni 1921¹³.

Wenn nun in beiden Fällen — dem Faschismus und der liberalen Herrschaftspraxis — das Ziel das gleiche, der Weg beidemal repressiv, die Methode allerdings einmal terroristisch, das andere Mal konstitutionell, beidemal aber manipulativ ist, so kann man schließen, daß beide Wege offenstehen, daß nur besondere Umstände und Bedingungen die bürgerliche Gesellschaft auf den Weg des Terrors zwingen. Das Kapital braucht nicht immer den Faschismus. Aber der Zusammenhang zwischen dem *repressiven* Charakter des liberalen und neoliberalen Staates und den *terroristischen* Methoden des faschistischen Staates darf nicht übersehen werden. Der liberale Staat beruht auf dem Gleichgewicht von Gewalt und Konsens (oder wie verschleiernnd gesagt wurde: auf Macht und Konsens). Wenn die Massen die Freiheit nicht *wollen*, braucht die Gewalt nicht angewandt zu werden. Aber sie bleibt *aktuell*. Die Staatsgewalt muß jederzeit die Fähigkeit bewahren, konkret zu werden.

In der Form der Frage: wie verhält sich die bürgerliche Gesellschaft — und das ist heute die Gesellschaft der Großeigentümer —, wenn die Integrationspolitik scheitert, die beschworene Sittlichkeit die „Habsucht des Pöbels“ nicht mehr zähmen kann, dem „Pöbel“ vielmehr durch geschichtliche Ereignisse Dialektik eingepaukt wird? Wenn also der von Marx gesehene konstitutionelle Widerspruch ausbricht, „das Bewußtsein des Zusammenhangs des politischen Kampfes mit seiner ökonomischen Unterlage“¹⁴ wieder aktuell wird und die „parlamentarische Republik“ sich nicht als Garant der Klassenstruktur erweist, sondern als Austragungsort des Klassenkampfes?

Rosa Luxemburg sah schon 1899 das Bürgertum seinen eigenen liberalen Staat wegschieben und nach dem Polizeistaat greifen: „Zwar der Form nach dient der Parlamentarismus dazu, in der staatlichen Organisation die Interessen der gesamten Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Andererseits ist es doch nur die kapitalistische Gesellschaft, ... (die sich als Gesamtgesellschaft versteht und) die er zum Ausdruck bringt. Die der Form nach demokratischen Einrich-

13 Mussolini, Reden, Leipzig 1925, S. 96.

14 Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in MEW, 21, S. 302.

tungen werden somit dem Inhalt nach zum Werkzeug der herrschenden Klasseninteressen. Dies tritt in der greifbaren Tatsache zutage, daß, sobald die Demokratie die Tendenz hat, ihren Klassencharakter zu verleugnen und in ein Werkzeug der tatsächlichen Volksinteressen umzuschlagen, die demokratischen Formen selbst von der Bourgeoisie und ihrer staatlichen Vertretung geopfert werden“¹⁵.

R. Gripenburg und K. H. Tjaden

Faschismus und Bonapartismus

Zur Kritik der Faschismustheorie August Thalheimers

Unter den Versuchen, in Korrespondenz mit der Marxschen Analyse des Bonapartismus eine Theorie der Faschisierung der bürgerlichen Gesellschaft zu entwickeln, verdient der Ansatz August Thalheimers, als der begrifflich differenzierteste und am ehesten noch historisch bestätigte, in erster Linie eine kritische Rezeption¹. Thalheimer hat die Transformierung der Weimarer Republik in die faschistische Diktatur im Sinne eines aus jener Bonapartismusinterpretation destillierten theoretischen Modells, das er durch Genesis und Struktur der faschistischen Systeme der zwanziger Jahre bestätigt sah, seit dem Jahre 1923, und besonders seit 1928, kommentiert und, zumeist sehr zutreffend und weitsichtig, prognostiziert².

I

Bereits das „Kabinett der Persönlichkeiten“ — so heißt es zum Beispiel kurz nach der Bildung der Regierung Hermann Müller —

15 Sozialreform oder Revolution, in Ges. Werke 3, S. 59 f.

1. Daneben sind vor allem Arbeiten Otto Bauers und Leo Trotzki zu nennen, u. a.: Otto Bauer, Das Gleichgewicht der Klassenkräfte. In: Der Kampf, 2, Wien 1924, S. 57 ff.; ders., Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus. Bratislava 1936. Lev Davydovič Trockij, Die österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus. Wien 1929; ders., Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Arbeitereinheitsfront gegen den Faschismus. Berlin 1932.

2. Diese Kommentare finden sich verstreut in verschiedenen politischen Zeitungen und Zeitschriften und stammen zu einem geringen Teil auch von politischen Mitarbeitern Thalheimers, ein Sachverhalt, der hier vernachlässigt werden darf. Wesentliche Lehrstücke des theoretischen Modells sind (verfaßt 1928) 1930 in der Zeitschrift „Gegen den Strom“ (Berlin, 3. Jg., S. 32 f., 48 f., 66 f.) publiziert und zum Teil wieder abgedruckt in: K. H. Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik. Meisenheim 1964 (Marburger Abhandlgn. zur Politischen Wissenschaft, hrsg. v. Wolfgang Abendroth), II, S. 55 ff. (hier auch eine Darstellung der Entwicklung der politischen Tätigkeit August Thalheimers).

stelle, da es im Vergleich zu den früheren Reichsregierungen sich unabhängiger mache von den parlamentarischen Kräften, „einen Schritt in der Richtung des Abbaus der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie dar“³. Die Bedingungen und Ergebnisse der Politik dieses Kabinetts, insbesondere die zunehmend direkte Transformierung der Interessen sozioökonomischer Führungsgruppen in politische Entscheidungen, würden, so kommentiert Thalheimer im Oktober 1929, „den günstigsten Boden für die faschistische Demagogie“ schaffen; schon ein halbes Jahr vorher hat er geschrieben: „Der Diktator ist noch nicht da. Sind aber die Bedingungen geschaffen — und sie werden jetzt Schritt für Schritt geschaffen —, so wird sich die benötigte Figur irgendwie und irgendwo finden... [Es] genügt... die ordinärste Blechfigur dafür“⁴. Wenige Monate später, als die NSDAP noch den Charakter einer kleinen radikalen Sekte trägt, gewinnen Thalheimer und seine Mitarbeiter in der Analyse des Ergebnisses der sächsischen Landtagswahlen vom 12. Mai 1929, bei denen sich die Mandatszahl dieser Partei von zwei auf fünf erhöhte, nahezu die Gewißheit, daß jene „ordinäre Blechfigur“ von den Nationalsozialisten gestellt werden wird. Der absolut geringfügige, relativ aber sehr bedeutsame Gewinn der NSDAP habe „riesige symptomatische Bedeutung“⁵. Die Regierung Brüning, von den großen Arbeiterparteien zunächst bloß als „neuer Bürgerblock“ kommentiert, gilt Thalheimer im April 1930 als eine „im Gegensatz zum parlamentarischen System“ entstandene „Regierung über dem Parlament“, welche die „Errichtung der Macht des Reichspräsidenten über das Parlament“ und objektiv die Erfüllung eines „Übergangsprogramms des Faschismus“ bedeute⁶; so nimmt es nicht wunder, daß Thalheimer nach der Reichstagsauflösung vom 18. Juli 1930 eine „weitere Entfaltung der Präsidentendiktatur“, die „einen neuen Schritt vorwärts auf dem Weg zur faschistischen Diktatur“ bezeichne, prognostiziert⁷: der nächste Schritt werde eine „parlamentarisch verbrämte Halbdiktatur“ sein, ist das Ergebnis seiner *ex-ante*-Analyse der kommenden Reichstagswahlen vom 14. September 1930, welche relativ genau das tatsächliche Ergebnis voraussieht⁸. Die Zerfallserscheinungen, die zeitgenössische Beobachter im Laufe des Jahres 1931 an der NSDAP feststellen zu können glaubten, halten Thalheimer und seine Mitarbeiter für Ergebnisse bloßen Wunschdenkens⁹; die Theorie des „kleineren Übels“, welche die Wiederwahl Hindenburgs im Frühjahr 1932 begleitet, nennt er „abenteuerlich und lächerlich“, einen „verbrecherischen Unsinn“¹⁰. Der Preußen-Staatsstreich erscheint ihm als „erster Akt“ des

3 Rundschreiben vom 4. 7. 1928, zit. n. Arbeiterpolitik, Leipzig 1930, 291 (14. 12.).

4 Gegen den Strom, 1929, 43, S. 7 und 10, S. 3.

5 l. c., 20, S. 1. (Alle Hervorhebungen im Original.)

6 Gegen den Strom, 1930, S. 211.

7 l. c., S. 467.

8 l. c., S. 552.

9 Gegen den Strom, 1931, S. 107.

10 Gegen den Strom, 1932, S. 47.

„faschistischen Staatsstreichs“¹¹; werde dieser nicht verhindert, würden „die faschistischen Banden das Reich der Barbarei aufrichten, gegen das alles verblassen wird, was in der Menschheitsgeschichte an finsterster Reaktion jemals zu verzeichnen war“¹². Keine andere zeitgenössische Analyse hat vor dem 30. Januar 1933 die Entwicklung der politisch-gesellschaftlichen Situation Deutschlands so genau und zutreffend voraussagend interpretiert.

II

Die Richtigkeit der Thalheimerschen Prognosen ist vor allem der Übernahme dreier Kategorien, die Marx in seiner Bonapartismusanalyse entwickelt hat¹³, zu verdanken; nämlich des Begriffs der scheinbaren, gleichwohl auch existenten Verselbständigung der staatlichen Exekutivgewalt gegenüber den gesellschaftlichen Schichten und Klassen; des Prinzips der Stufenförmigkeit des Prozesses, in dem die „soziale Republik“ in die Diktatur sich transformiert; des Gedankens, daß der Strukturwandel von Systemen öffentlicher Herrschaft Funktion von Verschiebungen des Kräfteverhältnisses der mit der bürgerlichen Gesellschaft gegebenen Klassen sei¹⁴. Unter der „verselbständigten Macht der Exekutivgewalt“ hatte Marx, vom Prinzip der Trennung von Staat und Gesellschaft ausgehend, zunächst ein für bürgerliche Formen politischer Herrschaft allgemein typisches Phänomen verstanden: der Staatsapparat hatte hier stets als ein von der Sphäre gesellschaftlicher Reproduktion getrennter und als Funktion privater Interessen nur eines Teils der Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft fungiert, während er gegenüber den Interessenlagen anderer Sozialgruppen sich verselbständigt hatte; zunehmend wurde jedes „gemeinsame Interesse . . . sofort von der Gesellschaft losgelöst, als höheres, *allgemeines* Interesse ihr gegenübergestellt, der Selbsttätigkeit der Gesellschaftsmitglieder entrissen und zum Gegenstand der Regierungstätigkeit gemacht“. Der Vermittlungszusammenhang zur Sphäre der gesellschaftlichen Reproduktion aber blieb insofern stets gewahrt, als der Staat noch „das Instrument der herrschenden Klasse“ war; so wird die existente Verselbständigung der Staatsgewalt zugleich als bloß scheinbare gekennzeichnet¹⁵. In dem Prozeß, der zum bonapartistischen — und wie Thalheimer hinzufügt: zum faschistischen — Staatsstreich führt, nimmt der Grad dieser Verselbständigung zu, mit der „Machtübernahme“ wird sie auf die Spitze

11 I. c., S. 179.

12 Staatsstreichwahlen, Faschismus und der revolutionäre Ausweg. Hrsg. v. d. KPO, Berlin o. J. [1932], S. 14.

13 cf. Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—1850. In: Marx, Politische Schriften, Erster Band, hrsg. v. Hans-Joachim Lieber (Werke, Schriften, Briefe, Bd. III/1), Darmstadt 1960, S. 121 ff.; ders., Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, I. c. S. 268 ff.; ferner: ders., Der Bürgerkrieg in Frankreich. In: Marx, Politische Schriften, Zweiter Band, hrsg. v. Hans-Joachim Lieber (Werke, Schriften, Briefe, Bd. III/2), Darmstadt 1960, S. 882 ff.

14 cf. für das Folgende besonders: August Thalheimer, Über den Faschismus. In: Gegen den Strom, 1930, S. 32 f., 48 f., 66 f.; passim.

15 Marx, Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, I. c. S. 374 f.

getrieben: gegenüber den im Parlament repräsentierten politischen Kräften des Bürgertums treibt die Exekutive zunächst ein eigenes Spiel, um dann, mit den Mitgliedern der „Dezemberbande“ beziehungsweise der faschistischen Partei durchsetzt, als eine gegenüber einem präsumtiven *öffentlichen* Interesse des Bürgertums verselbständigte Apparatur in *politischen* Dingen völlig autonom zu werden, zuletzt noch partiell den genuin *privaten* Interessen dieser Klasse entgegenzutreten. „Unverkennbar“ — so heißt es bei Thalheimer in der Analyse des italienischen Faschismus — „sind wesentliche Züge... [des faschistischen Staats] gemeinsam mit der bonapartistischen Form der Diktatur: wieder die ‚Verselbständigung der Exekutivgewalt‘, die *politische* Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst, unter die faschistische Staatsmacht bei *sozialer* Herrschaft der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer. ... Der Herrschaftsapparat trägt ebenfalls dieselben Züge. Die faschistische Partei ist ein Gegenstück zu der ‚Dezemberbande‘ Louis Bonapartes.“ Die wesentlichen Differenzen zwischen beiden Diktaturformen seien dagegen der „von vornherein imperialistische“ Charakter der faschistischen Außenpolitik und die Perfektionierung der „organisatorischen Grundlagen und Mittel... der faschistischen Staatsmacht“ im Vergleich zu der des dritten Napoleon¹⁶. Diese Auffassung nun, daß im Prozeß der Transformierung bürgerlich-demokratischer in faschistische Staaten und in diesen selbst sich gesellschaftliche bürgerliche Herrschaft als private durchhalte, während bürgerliche Herrschaft als öffentliche reduziert wird und im Augenblick des „Staatsstreichs“ abgelöst wird durch die der Faschisten, ist mit dem Prinzip der Stufenförmigkeit dieses Prozesses verknüpft: an seinem Anfang steht der parlamentarisch-demokratische Staat, in dem bei gleichzeitiger sozialer Herrschaft der bürgerlichen Schichten diese auch politisch mittels kleinbürgerlicher oder großbürgerlicher Vertreter bestimmend sind. In dem Maße, in dem soziale Konflikte und ökonomische Krisen die gesellschaftliche Gesamtsituation gegen die Interessen des Bürgertums wenden, wird für dieses das System seiner politischen Repräsentation gleichsam funktionslos und die zweite Phase des Transformierungsprozesses, die der Ohnmacht der Schicht bürgerlicher Politiker gegenüber dem Interessenanspruch ihrer Klasse wie gegenüber dem der Exekutive, setzt ein. Im Interesse der Erhaltung des gesellschaftlichen Gesamtsystems — intentional durchaus auch der bürgerlich-parlamentarischen Repräsentation — setzen die sozioökonomisch bestimmenden Kräfte auf die Stärkung der Exekutive als einer Kontrollinstanz gegenüber der ökonomisch und sozial „desorganisierten“ gesellschaftlichen Sphäre, ohne doch angesichts der Beschränktheit der Zwangsmittel des bürgerlichen Rechtsstaats mehr zu erreichen als die Fortdauer sozialer Anomie, die Schwächung des Parlaments und — vor allem — die sukzessive Verstärkung des Gewichts der Exekutive; die von Marx beschriebene Stufenfolge der unparlamentarischen, außerparlamentarischen und antiparlamentarischen Ministerien findet nach Thalheimer im Prozeß

16 Gegen den Strom, 1930, S. 66 f.

der Faschisierung bürgerlicher Demokratien, beispielsweise in den verschiedenen Etappen der deutschen Präsidialkabinette, eine Entsprechung. „Die Aushöhlung des bürgerlich-parlamentarischen Regimes“ — so schreibt er — „erfolgt *schrittweise*. Und die Bourgeoisie selbst ist dabei der Hauptagent. . . Ihre Sache ist es, die Bedingungen zu schaffen, damit sie sozial ‚gerettet‘ und politisch vergewaltigt werden kann. Das Vergewaltigen selber aber besorgt der Held des Staatsreiches oder Putsches. Das Individuum oder die Organisation findet sich dazu immer, wenn ein Bedürfnis dazu da ist“¹⁷. Das Bedürfnis dazu ist nach Thalheimer dann da, wenn die objektive gesellschaftliche Situation — nach einem Selbstzersetzungsprozeß des politischen bürgerlichen Regimes analog demjenigen bis zum 2. Dezember 1851 in Frankreich — bürgerliche Regierungskunst versagen läßt: die Schlußphase der Faschisierung setzt ein, wenn das Bürgertum, um seine „soziale Existenz zu retten“, seine „politische Existenz preis[gibt]“¹⁸. „Die Herstellung der offenen Diktatur selbst kann aber nur durch einen *Sprung*, einen Putsch oder einen Staatsstreich erfolgen, bei dem die Bourgeoisie selber das passive Element ist“¹⁹. Der Zerfall der Institutionen des bürgerlichen Rechtsstaats und seine Ablösung durch die faschistische Staatsorganisation werden somit stets als Ausdruck der Veränderung klassen- und schichtenspezifischer Kräftekonstellationen begriffen, und ebenso wird der faschistische Staatsapparat selbst verstanden. Gesellschaftliche Voraussetzung der Errichtung der Diktatur ist, nach der Theorie Thalheimers, eine Verschiebung der Relationen der potentiellen und aktuellen politischen Macht der vom bürgerlich-parlamentarischen Rechtsstaat überdachten Klassen, die allgemein aus Variationen ihrer sozioökonomischen Situation sich ergibt und die besonders aus der Niederlage eines revolutionären Ansturms des Proletariats am Beginn des Faschisierungsprozesses, aus der nachfolgenden Auflösung des damit einhergehenden Bündnisses zwischen Proletariatsmehrheit und unteren Mittelschichten, der andauernden Ohnmacht der Arbeiterschaft und einer arbeiterfeindlichen Radikalisierung proletaroider Mittelschichten, sowie, am Ende, aus der Unfähigkeit der großbürgerlichen Klasse resultiert, mittels eigener und gemeinsamer politischer Repräsentation einer revolutionsträchtigen sozioökonomischen Anomie zu steuern. Marx hatte in der Generalratsadresse vom 30. Mai 1871 den Bonapartismus bezeichnet als „die einzige mögliche Regierungsform zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte“; er sei die „prostituierteste und zugleich die schließliche Form“ bürgerlicher Staatsmacht²⁰. Wenn Thalheimer die Genesis des Faschismus in Analogie zur Bonapartismusgenese bestimmt, so verfährt er bei der Definition des faschistischen Herrschaftssystems in derselben Weise: Die Charakterisierung der

17 ibd.

18 l. c., S. 32.

19 l. c. S. 67.

20 Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, l. c., S. 921 f.

bonapartistischen Form politischer Herrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft als einer „schließlichen“ sei offenkundig von Marx weder bloß zeitlich noch im Sinne einer Funktion des Grades der ökonomischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft gemeint gewesen. „Schließliche“ Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft sei der Bonapartismus vielmehr als „eine Form der bürgerlichen Staatsmacht“, welche sich „im Zustand der Verteidigung, der Verschanzung, der Neubefestigung gegenüber der proletarischen Revolution“ befinde. Eine andere derartige Staatsform — „aber nahe verwandte Form“ — sei „die faschistische Staatsform“: „Der Bonapartismus ist die ‚schließliche‘ Form der bürgerlichen Staatsmacht[,] insofern . . . die offene kapitalistische Diktatur eintritt, wenn die bürgerliche Gesellschaft, eben am Rande des Grabes angelangt, tödlich bedroht war von der proletarischen Revolution. Dasselbe ist im Wesen der Faschismus . . .“²¹. Diese Bestimmung impliziert nicht die Auffassung, die faschistische Diktatur sei ein notwendiges Produkt der Entwicklung jeder spätbürgerlichen Gesellschaft, sie sei ihre zeitlich letzte oder eine vom Grad ökonomischer Entwicklung funktional abhängige Form politischer Herrschaft, und sie unterscheidet die Theorie Thalheimers deutlich von manchen Pseudotheorien marxistischer Dogmatiker; die Übertragung des Bonapartismusmodells auf die kapitalistischen Gesellschaften des zwanzigsten Jahrhunderts — mutatis mutandis — verbietet auch die Annahme, daß auf den Zusammenbruch der faschistischen Diktatur mit Notwendigkeit die des Proletariats folge. Gleichwohl ist nach dieser Argumentation der Faschismus alles andere als ein Produkt historischen Zufalls: faschistische, bonapartistische oder andere „Formen der offenen Diktatur der Bourgeoisie . . . sind an ein bestimmtes Gesamtverhältnis der Klassen gebunden und sie kehren periodisch wieder, sobald dieses Verhältnis wiederkehrt — solange nicht der Zusammenbruch der oder jener Form dieser kapitalistischen Diktatur die Herrschaft der Arbeiterklasse dauernd macht, wodurch dieser Zyklus, wenigstens für das betreffende Land, abgeschlossen wird“²².

III

Die Kritik dieses theoretischen Modells muß, wenn sie nicht willkürlich verfahren will, sich zunächst den Grad seiner Bestätigung durch konkrete Prozesse der Faschisierung parlamentarischer Demokratien vergegenwärtigen. Die skizzenhafte Darstellung der Thalheimerschen politisch-theoretischen Interpretation der deutschen Innenpolitik nach 1918 möge als Beispiel dienen. Ausgangspunkt der deutschen Entwicklung zum faschistischen Staatsstreich hin sind für Thalheimer, in Analysen aus den Jahren 1923/24, die Ergebnisse der Novemberrevolution, die hinter den Zielsetzungen der eigentlichen Träger der Revolution, des industriellen großstädtischen Proletariats und der „aktivsten Teile des Kleinbürgertums“, zurückblieben²³. Die

21 Gegen den Strom, 1930, S. 48.

22 l. c., S. 49.

23 cf. für das Folgende vor allem: Anonym [A. Thalheimer?], Zwischen Jena und Leipzig. In: Die Internationale, Jg. 6, Berlin 1923, Heft 2, S. 33 ff.

Beseitigung des junkerlich-militärischen Herrschaftsapparates, die im Interesse auch der bürgerlichen Klassen liegt, hat nicht die Errichtung einer Räterepublik zur Folge, weil — so wird argumentiert — die kleinbürgerlichen und proletarischen Massen ideologisch an die Vorstellungswelt der Mehrheitssozialdemokratie gebunden sind und an die Möglichkeit einer evolutionären Transformierung der Gesellschaft vermittelt der parlamentarischen demokratischen Republik glauben. So bildet sich ein politisches Bündnis von Arbeitern und Kleinbürgern, das in den innenpolitischen Auseinandersetzungen nach der Revolution die aktiv-revolutionären Minderheiten niederwirft. Aber nach der Niederschlagung des *revolutionären* Proletariats ist zugleich die gesellschaftliche Macht dieser Koalition, die wesentlich auf ihrer Zwischenstellung zwischen den eigentlich bestimmenden gesellschaftlichen Kräften beruht, geschwunden: in sich heterogen, ist sie zur politischen Passivität verurteilt und zerfällt; eine Entwicklung, die dadurch verstärkt wird, daß das sozioökonomisch unverändert herrschende Großbürgertum, besonders durch die Manipulation der Geldentwertung, die Ergebnisse der Revolution auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet Schritt für Schritt widerrufen kann. Die Ereignisse nach dem Erzbergermord und dem Rathenau-mord, so argumentiert Thalheimer, erweisen „die volle Unfähigkeit der kleinbürgerlichen Demokratie, sich auch nur zu verteidigen. . . Sie hatte nur ohnmächtige Tränen, nur leere Drohworte für die abgeschlagenen Häupter. Sie opferte sie edelmütig und christlich der ‚Ruhe und Ordnung‘. Und diese Opfer werden nicht die letzten sein; nachdem die Häupter der Demokratie gefallen sind, stehen die schon vor der Tür, die die Demokratie selbst hinaustragen werden“²⁴; als die Totengräber der Demokratie — nicht freilich als deren Mörder — bestimmt Thalheimer schon damals, lange bevor das Thema „Mittelstände im Zeichen des Nationalsozialismus“ zum Sediment wissenschaftlicher Erörterungen des Faschismus wird, diejenigen, vor allem kleinbürgerlichen, Mittelschichten, welche die sozialen und politischen Ergebnisse der Revolution enttäuschen mußten. Es folgt auf den Bruch der kleinbürgerlich-demokratischen Koalition im Jahre 1923 das, was Thalheimer die direkte politische Herrschaft der Großbourgeoisie nennt. Diese kann unmittelbar durch ihre politisch-parlamentarischen Vertreter regieren, zumal die Dawes-Anleihen 1924 einen wirtschaftlichen Aufschwung in Aussicht stellen, doch ist eine politische Anlehnung der kleinbürgerlichen Schichten an dieses Großbürgertum nach Thalheimer nicht möglich, weil die Oberklasse sie materiell bedrückt; mit der Konsequenz, daß sie zwischen Großbürgertum und Arbeiterbewegung sich als selbständige politische Kraft zu etablieren suchen. „Der deutsche Faschismus ist der Versuch des Kleinbürgertums und der mit ih[m] verbundenen Schichten der Intelligenz[,] auf seine, d. h. auf kleinbürgerliche Weise einen Rettungsweg zu versuchen, nachdem der demokratisch-sozialistische Rettungsweg es in die Wüste geführt hat“, heißt es 1923²⁵. Der klein-

24 I. c., S. 37.

25 I. c., S. 37 f.

bürgerliche Rettungsweg bestehe in der Proklamierung der eigenen widersprüchlichen gesellschaftlichen Lage zum Programm. Mit der faschistischen Bewegung zielen diese Schichten auf die Etablierung einer politischen Organisation der unverändert antagonistischen Gesellschaftsstruktur, welche allen sozialen Schichten zu wenn auch nicht gleichen, so doch „gleichgewichtigen“ *rewards* verhilft; die „De-klassierten aller Klassen“, Produkt des Krieges und des wirtschaftlichen Niedergangs, bilden die Kader dieser faschistischen Dezembergesellschaft; ihre sozialpsychologischen Charakteristika werden hier schon zutreffend deskriptiv erfaßt.

In Thalheimers Arbeiten aus den Jahren 1928 bis 1933 wird dieser Interpretationsansatz präzisiert, wobei indes die gesellschaftliche Gesamtsituation von 1923/24 einigermaßen dogmatisch mit derjenigen des Jahres 1928 nahezu gleichgesetzt wird. Die Labilität dieser Gesamtsituation veranlaßt Thalheimer zu der eingangs zitierten Prognose, es sei die Hermann-Müller-Regierung, als ein von den parlamentarischen Kräften unabhängigeres Kabinett, der erste Schritt in der Richtung des Abbaus des parlamentarischen Regierungssystems überhaupt. Die relative Unabhängigkeit der Regierung vom Parlament hat ihre wachsende Abhängigkeit von außerparlamentarischen, gesellschaftlich mächtigen Kräften notwendig zur Folge; sie dokumentiert sich in der teils durch den Exekutivapparat vermittelten, vorab aber direkt wirkenden Einflußnahme großbürgerlicher Kräfte und Organisationen auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Thalheimer vor allem Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiter zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Großunternehmen sieht; sie bewirke zudem, daß der Unwille der breiten Schichten über diese Maßnahmen sich jetzt nicht mehr gegen eine bestimmte bürgerliche Regierung, sondern gegen das parlamentarische Regierungssystem schlechthin richte²⁶. Dies trete in dreierlei Weise in Erscheinung: in der Radikalisierung der Masse der Anhänger bürgerlicher Parteien und der zunehmenden Affinität dieser Parteien zu autoritärer Politik; in der Diskreditierung des Parlamentarismus bei den sozialdemokratischen Wählermassen, die freilich ohne revolutionäre Konsequenzen bleibt; endlich im Anwachsen der faschistischen Bewegung, das Thalheimer seit Anfang 1929 immer eindeutiger prognostiziert. Durch das Einsetzen der Weltwirtschaftskrise verschärft sich der Widerspruch zwischen Großbürgertum und Arbeiterschaft und wird die Verselbständigung der staatlichen Exekutive gegenüber dem Parlament vorangetrieben. Die Bildung der ersten Regierung Brüning kommentiert Thalheimer im April 1930 als den Anfang eines „*Systemwechsels*“. „Dieser Anfang vereinigt in sich *widersprechende Merkmale*. Die *Form* ist noch *parlamentarisch*, der *Inhalt* ist bereits *nichtparlamentarisch*. Dieser innere Widerspruch muß sich entfalten . . .“²⁷. Nach der Auffassung Thalheimers können alle wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der

²⁶ cf. hierfür und für das Folgende z. B.: Gegen den Strom, 1929, 10, S. 2 ff. sowie die laufenden politischen Analysen in dieser Zeitschrift.

²⁷ Gegen den Strom, 1930, S. 263.

Reichsregierung, solange sie die Lasten der Wirtschaftskrise nicht auch und vor allem auf die ökonomisch privilegierten Schichten abwälzt, nur eine Verschärfung des Drucks auf die breiten Massen nach sich ziehen, der die Gegenkräfte verstärken und somit zu einer immer mehr außerhalb der Verfassungslegalität sich vollziehenden staatlichen Willensbildung führen muß, zur Schwächung der Macht des Parlaments und zur Stärkung der Exekutive. So nimmt es nicht wunder, daß Thalheimer bereits vor den Septemberwahlen 1930, unmittelbar nach der Reichstagsauflösung vom 18. Juli dieses Jahres, eine „neue Etappe“ der Präsidentendiktatur voraussagt; sie „sprengt die Weimarer Verfassung. Diese gepriesene Verfassung, die nach den Worten der Sozialdemokratie der Arbeiterschaft den friedlichen Weg zur Macht und zum Sozialismus gewährleisten sollte, liegt durchlöchert am Boden. . . . Aber die weitere Entfaltung der Präsidentendiktatur bedeutet zugleich einen neuen Schritt vorwärts auf dem Wege zur faschistischen Diktatur“²⁸. Thalheimer glaubt freilich nicht an eine Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung, wenn er auch die Rolle der bürgerlichen Parteien bei der Erhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung gering genug einschätzt. Ihre Forderung nach Verstärkung der Machtbefugnisse der Exekutive macht ihr gleichzeitiges Verlangen nach Erhaltung des Parlamentarismus zu „bloß frommen Wünschen“, da eine Stärkung der Exekutive notwendig die Schwächung der parlamentarischen Fraktionen, am Ende die Abschaffung der allgemeinen demokratischen Rechte bedeute²⁹. Gleichwohl könne der „Bourgeoisie“ in ihrer Gesamtheit nicht einfach der Wunsch unterstellt werden, den Nationalsozialisten die Macht zu übergeben: „Die Rolle der bürgerlich-parlamentarischen Parteien . . . bei der Vorbereitung des Faschismus . . . besteht nicht darin, daß sie sich selber in Elemente der faschistischen Partei verwandeln, sondern darin, daß sie den Parlamentarismus und sich selber diskreditieren und dadurch die Entstehung einer faschistischen Partei begünstigen, die das Urteil vollstreckt, das sie über sich selber fällen“³⁰. Auch der Gedanke, man könne durch eine Koalition von bürgerlichen Mittelparteien und Nationalsozialisten die faschistische Bewegung „zähmen“, beruht für Thalheimer auf einer bloßen Illusion; würden die Mittelparteien, so heißt es 1931, den Faschisten die Möglichkeit geben, „den Staatsapparat zu durchdringen, dann werden keine Künste der Mittelparteien verhindern, daß die Faschisten sie an die Wand drücken und ihre ausschließliche Diktatur aufrichten, die die Mittelparteien heute noch nicht hinnehmen wollen. Diese Mittelparteien sind ja nicht die bürgerliche Klasse, sondern nur deren politische Vertreter. Die bürgerliche Klasse hat oft genug ihre politischen Vertreter preisgegeben“³¹. Die einzige Gegenkraft, die die Entwicklung zum Faschismus aufhalten könne, sei die organisierte Arbeiterbewegung, die freilich ohnmächtig sei, wenn sie ihre Spaltung nicht überwinde.

28 l. c., S. 467.

29 cf. l. c., S. 263 ff.

30 Gegen den Strom, 1929, 16, S. 4; cf. auch: Gegen den Strom, 1930, S. 264 f.

31 Gegen den Strom, 1931, S. 100 f.

Die geschichtliche Entwicklung der Endphase der Republik hat diese Prognosen nicht falsifiziert. In der Analyse dieser Entwicklung bestimmt Thalheimer die zweite Brüning-Regierung als „Platzhalterin für die ‚nationale Regierung‘ der Hugenberg-Hitler“, die Regierung Papen als Kabinett der „unmittelbaren Vorbereitung des faschistischen Staatsstreichs“, das mit dem Preußen-Staatsstreich das Ende der Weimarer Demokratie besiegelt³². Tritt danach auch der „Konflikt zwischen den beiden Gruppen der Reaktion“, der „junkerlich-monarchistische[n] und... [der] faschistische[n]“ — die dort noch zusammen gehandelt haben — zutage, so kann doch nach Auffassung Thalheimers dieser Endkampf der antirepublikanischen Kräfte — trotz des Rückschlages, den die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 erleidet — nur noch dem Faschismus die Bahn freimachen³³. Die Bildung der Regierung Schleicher nämlich, erkaufte durch die „Lockerheit, ja Gegensätzlichkeit“ ihrer parlamentarischen und außerparlamentarischen Basis, verkörpere einen weiteren „Fortschritt in der Verselbständigung der Exekutivgewalt“ und „vereinfach[e] gegebenenfalls [scil.: beim Ausbleiben der Gegenwehr der Arbeiterschaft] eine... ‚Verständigung‘ zwischen Exekutivgewalt und faschistischer Partei, die die Grundlagen zur faschistischen Diktatur legt“³⁴. Die Ereignisse des 30. Januar 1933 und der Folgezeit kommen für Thalheimer somit nicht überraschend; auch seine Prognose der Entwicklung der etablierten Diktatur, die er unmittelbar nach der „Machtergreifung“ formuliert, sollte sich als richtig erweisen: „Es wäre... verfehlt, wenn die Arbeiter sich darauf verließen, daß die faschistische Diktatur infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen sie zu tun hat, von selbst abwirtschaften werde“³⁵. Gegen die damals vor allem in der SPD verbreitete Auffassung, es komme nun auf die Erhaltung der Arbeiterorganisationen, die immerhin noch möglich sei, alles an und es werde in Deutschland „schon nicht so schlimm kommen wie in Italien“, wendet er sich daher besonders scharf: „... hier wird der Vernichtungsfeldzug noch viel ‚gründlicher‘ und schneller vor sich gehen müssen, infolgedessen wird der Terror blutiger, werden die Opfer größer als in Italien sein. In einem Industrieland wie Deutschland kann sich der Faschismus nur an der Macht halten, wenn er ganze Arbeit macht“³⁶.

IV

An dem Verdienst Thalheimers, die weitaus zutreffendsten zeitgenössischen Darstellungen der Perspektiven der deutschen innenpolitischen Entwicklung zumindest seit der großen Koalition erarbeitet zu haben, kann auch dann nicht begründet gezweifelt werden, wenn man etwa weiß, daß Thalheimer zur Zeit des Sturzes der Hermann-Müller-Regierung vermutete, der faschistische Staatsstreich werde in

32 I. c., S. 258; Gegen den Strom, 1932, S. 131, 179, 203 ff.

33 cf. I. c., S. 203, 251, 275 ff.

34 I. c., S. 300.

35 Gegen den Strom, 1933, S. 25.

36 I. c., S. 37.

„vielleicht Jahresfrist“ erfolgen³⁷, oder daß seine ökonomischen Prognosen denjenigen einiger nicht-marxistischer Wissenschaftler jedenfalls in der Zeit des Ausbruchs der Weltwirtschaftskrise durchaus unterlegen waren. Gleichwohl ist sein theoretisches Modell des Faschisierungsprozesses zu kritisieren. Die entscheidenden Momente der Faschismustheorie Thalheimers sind die — innerhalb der parlamentarisch-demokratisch organisierten hochkapitalistischen Gesellschaft — antagonistisch einander konfrontierten beiden großen Klassen, deren politische Macht in der Faschisierungsperiode mit den ihrerseits sozioökonomisch vermittelten Variationen des politischen Gewichts und der politischen Tendenz der unteren und mittleren bürgerlichen Schichten sich modifiziert, deren „Gesamtverhältnis“ aber generell gekennzeichnet ist durch das Noch-nicht-Fähigsein der Arbeiterschaft und des Nicht-mehr-Fähigseins des Großbürgertums zu dauernder politischer Herrschaft. In diesem Modell politisch-gesellschaftlicher Entwicklung sind der die Klassen konstituierende sozioökonomische Antagonismus sowie die Trennung der Bereiche von ökonomischer Reproduktion und öffentlicher Herrschaft, als die bürgerliche Gesellschaft durchgängig charakterisierende Momente, im Prinzip konstant gesetzt; als variabel gelten politische Dispositionen der gesellschaftlichen Klassen und Schichten, die zugleich mit einem „Gesamtverhältnis der Klassen“ variieren und — diskontinuierlich — Veränderungen der besonderen Struktur und der besonderen Funktion der Organisation öffentlicher Gewalten setzen. Dieses Modell muß solange formal bleiben, als jene Konstanten bloße Strukturmerkmale bleiben, deren konstitutiver Charakter lediglich behauptet wird und die mit den variierenden Größen des Modells nicht theoretisch zwingend vermittelt sind; es muß darüber hinaus auch wegen seiner Isolierung vom weltgesellschaftlichen Zusammenhang des niedergehenden Imperialismus abstrakt genannt werden. Im Unterschied hierzu war die Marxsche Bonapartismusanalyse, der Thalheimer die Begriffe seines Systems entnahm, nicht mit diesem Anspruch verbunden gewesen, ein theoretisches Modell gesamtgesellschaftlicher Entwicklung für bestimmte typische Stadien der bürgerlichen Gesellschaft zu formulieren; ihrer Vorläufigkeit, die in der Beschränkung auf die Explikation politischer Entwicklung mit primär politischen Kategorien lag — eine Beschränkung, die Engels ausdrücklich als „Fehlerquelle“ dieser Arbeiten bezeichnet hat³⁸ — war Marx sich so sehr bewußt, daß er seine Argumentation im Verlauf der Niederschrift von „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ aufgrund der Ergebnisse der Anfang 1850 erarbeiteten Konjunkturanalysen wesentlich modifizierte³⁹; zweifellos hat er seine Analyse nicht als Theorie des gesamtgesellschaftlichen Strukturwandels dieser Zeit verstanden.

37 cf. hierzu die Wiedergabe eines Rundschreibens in: Gegen den Strom, 1930, S. 285.

38 cf. Friedrich Engels, Einleitung zu „Die Klassenkämpfe in Frankreich“, Ausgabe von 1895. In: Marx, Politische Schriften, Zweiter Band, I. c., S. 1070 ff., hier: S. 1071.

39 cf. I. c., S. 1072.

Thalheimer aber hypostasiert den gesellschaftlich gesetzten Zusammenhang der politischen Kategorien, mit denen Marx hier arbeitet, und überträgt ihn, durch Analogieschlüsse vermittelt, auf die Faschierungsprozesse der spätbürgerlichen Gesellschaft; ein Verfahren, das dem Marxschen gesellschaftstheoretischen Ansatz durchaus zuwiderläuft. Marx hat bekanntlich für die „wissenschaftlich richtige Methode“ gehalten, von den einfachen Kategorien der gesellschaftlichen Reproduktion, „wie Arbeit, Teilung der Arbeit, Bedürfnis, Tauschwert, aufzusteigen bis zum Staat...“⁴⁰. Die Verabsolutierung politischer Funktionen der Klassen zu Gesetzmäßigkeiten etwa fiele unter den Begriff der Abstraktion besonderer Bestimmungen, deren „Zusammenfassung“ vielmehr in der gedanklichen Reproduktion der gesellschaftlichen Totalität zu leisten wäre: die „Klassen sind ... ein leeres Wort, wenn ich die Elemente nicht kenne, auf denen sie beruhen, z. B. Lohnarbeit, Kapital ... Austausch, Teilung der Arbeit, ... Wert“⁴¹. Wenngleich nicht daran zu zweifeln ist, daß Thalheimers Theorie des Faschierungsprozesses in genauer Kenntnis dieser Kategorien erarbeitet ist, so ist doch ebenso wenig daran zu zweifeln, daß sie seinem Entwicklungsmodell äußerlich bleiben. Das erhellt z. B. nicht nur aus der grundsätzlichen Identifizierung verschiedener sozioökonomischer Situationen zu Ausgangspositionen eines Faschierungsprozesses oder aus der Tatsache, daß in seiner Theorie die Weltwirtschaftskrise keinen theoretisch legitimierten Ort hat. Es wird besonders deutlich daran, daß die beiden entscheidenden Kategorien seiner Theorie, das „Noch-nicht-Fähigsein“ der Arbeiterschaft und das „Nicht-mehr-Fähigsein“ des Großbürgertums zu politischer Herrschaft, nicht theoretisch aus einer spezifischen Gestalt des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses hergeleitet werden und daher lediglich einer empirischen *ex post facto*-Bestimmung unterliegen können.

40 Marx, Einleitung zu einer Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx, Ökonomische Schriften, Dritter Band, hrsg. v. Hans-Joachim Lieber und Benedikt Kautsky (Werke, Schriften, Briefe, Bd. VI), Darmstadt 1964, S. 793 ff., hier: S. 819.

41 l. c., S. 818.

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Piper-Verlags, eine Beilage der Redaktion „Marxistische Blätter“, sowie ein Prospekt der Deutschen Verlags-Anstalt bei.

Wir bitten um freundliche Beachtung.

Tim Mason

Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus¹

Eine der Hauptfragen einer marxistischen Geschichtswissenschaft ist die nach dem Verhältnis von Ökonomie und Politik in der Epoche des Kapitalismus; ihre zentrale These kann vielleicht folgendermaßen umrissen werden: die Politik stellt im großen und ganzen einen — wenn auch oft vielfach vermittelten — Überbau der jeweiligen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur dar, darauf abgestellt, deren Bestand zu sichern. Die Existenz eines autonomen politischen Bereichs mit eigenen Gesetzmäßigkeiten wird von der marxistischen Geschichtswissenschaft generell verneint, bzw. vorübergehende Verselbständigungstendenzen auf ein Gleichgewicht der sozialen und wirtschaftlichen Kräfte zurückgeführt². Auf jeden Fall bleibt die Politik als solche solange unverständlich, bis die sie bestimmenden Kräfte der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aufgeklärt sind. Alle historischen Darstellungen und Analysen, die den Versuch dieser Aufklärung unterlassen oder den Sinn des Versuchs ausdrücklich leugnen, gelten zu Recht bestenfalls als unwissenschaftlich, schlimmstenfalls als ideologisch motivierte Rechtfertigungen der bestehenden Gesellschaftsordnung. Daß sich die marxistische Fragestellung in der Praxis der Forschung und Geschichtsschreibung bewährt hat, bedarf hier keiner näheren Erläuterung³. Gerade deren Vernachlässigung aber kennzeichnet die überwiegende Mehrheit der im Westen erschienenen Abhandlungen zur Geschichte des Nationalsozialismus, die allzu schnell die Wirtschaft als einen Bereich des öffentlichen Lebens neben vielen anderen apostrophieren, die sämtlich und gleichmäßig dem drakonischen Zwang einer hemmungslosen politischen Diktatur ausgesetzt gewesen seien⁴.

1 Dem Argument-Redakteur Bernhard Blanke ist der Verfasser zu großem Dank verpflichtet, sowohl für seine sprachliche Hilfe wie auch für mehrere theoretische Anregungen.

2 Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich; Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. Siehe auch in diesem Heft den Aufsatz von Griepenburg und Tjaden: Faschismus und Bonapartismus.

3 Siehe z. B. die grundlegenden Werke von Kehr, Rosenberg, Fischer und Franz Neumann zur neueren deutschen Geschichte.

4 So Gerhard Schulz in Bracher, Sauer, Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln und Opladen 1960, Teil 2, Kap. V; Ingeborg Esenwein-Rothe: Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945, Berlin 1965; auch David Schoenbaum vertritt diese These in seinem sonst wichtigen neuen Buch: Hitler's Social Revolution, New York 1966; zudem läuft die gesamte Totalitarismus-Diskussion auf dasselbe Ergebnis hinaus. Die einzigen nennenswerten Ausnahmen in der wissenschaftlichen Nachkriegslite-

Andererseits steht die Forschung der Zeitgeschichte in der DDR immer noch im Zeichen von Dimitroffs Definition des Faschismus als der „offen terroristischen Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“⁵. Diese Definition hatte wohl 1935 ihre Funktion und Plausibilität, kann aber heute, angesichts der späteren Entwicklung des nationalsozialistischen Deutschlands, nur begrenzt als Ausgangspunkt einer Untersuchung und schon gar nicht als Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaft und Politik im Nationalsozialismus dienen. Nicht daß die Wahrheit irgendwo in der Mitte zwischen den beiden, hier fast karikaturhaft dargestellten Positionen zu finden wäre. Um das Ergebnis dieser — allerdings noch vorläufigen — Untersuchung vorwegzunehmen: es ist offensichtlich so gewesen, daß die Innen- und Außenpolitik der nationalsozialistischen Staatsführung ab 1936 in zunehmendem Maße von der Bestimmung durch die ökonomisch herrschenden Klassen unabhängig wurde, ihren Interessen sogar in wesentlichen Punkten zuwiderlief. Dieser Tatbestand ist aber einmalig in der ganzen Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Regierungen seit der industriellen Revolution⁶; gerade diesen Tatbestand gilt es zu erklären. Der marxistischen Theorie zufolge ist er *nicht allein* durch die Errichtung einer unbeschränkten staatlichen Gewaltherrschaft, also nicht allein durch die Politik zu erklären; dafür sind die Eigengesetzlichkeiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu stark, ihre Bedeutung für die Politik zu groß. Vielmehr müssen sich schwerwiegende Strukturveränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft vollzogen haben, um die Verselbständigung des nationalsozialistischen Staatsapparats, den „Primat der Politik“, erst zu ermöglichen. Der methodologische Ansatz, die Fragestellung muß also im Zeichen der vom Marxismus gewonnenen Erkenntnisse stehen.

Ziel dieses Versuchs ist es, den besagten Tatbestand zu belegen und dessen Gründe in der Wirtschaftsgeschichte des nationalsozialistischen Deutschlands zu suchen. Um mögliche Mißverständnisse im

ratur im Westen sind die Arbeiten von Schweitzer: *Big Business in the Third Reich*, Bloomington 1964; und Petzina: *Der nationalsozialistische Vierjahresplan*, Diss. Mannheim 1965.

5 Zit. nach Dietrich Eichholtz: *Probleme einer Wirtschaftsgeschichte des Faschismus in Deutschland*, im *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1963, Teil III, S. 103; der Aufsatz enthält wichtige Ansätze zur Differenzierung des marxistisch-leninistischen Faschismus-Begriffs, aber noch schreibt der Autor von den „Aufträgen des Finanzkapitals an seinen Nazi-Faschismus“ (S. 105) usw. Siehe hierzu vor allem den Aufsatz von Blanke, *Reiche und Werth: Die Faschismus-Theorie der DDR*, in *Das Argument* Nr. 33. Die im Westen erschienenen marxistischen Arbeiten unterscheiden sich von denen der DDR nur in ihrer wesentlich geringeren Kenntnis des Quellenmaterials; vgl. Fritz Vilmar: *Spätkapitalismus und Rüstungswirtschaft*, in *Das Argument*, 8. Jhrg., Heft 3.

6 *New Deal 1933*, Volksfront in Frankreich 1936 und Labour-Regierung 1945 stellen Ausnahmen anderer Art dar, die aber durch ihre begrenzten Reformen auch zur Erneuerung der bürgerlichen Gesellschaft beitrugen.

voraus zu vermeiden, sei betont, daß es sich hier *nicht* um die Frage handelt, was für ein Wirtschaftssystem damals bestanden habe: ob im Grunde noch marktwirtschaftlich, ob staatsmonopolistisch, ob zentralverwaltungswirtschaftlich⁷. Es würde ebenfalls den Rahmen des Aufsatzes sprengen, die Frage nach der eigentlichen Struktur des Regierungssystems und nach seiner grundlegenden Motivation und Zielsetzung *systematisch* zu stellen (— setzt man voraus, daß die Regierung etwa als geschäftsführender Ausschuß der Monopolbourgeoisie *nicht* mehr sinnvoll gedeutet werden kann). Die Vorarbeiten zur Beantwortung dieser Fragen reichen erst für Mutmaßungen aus⁸. Auch innerhalb dieser Grenzen ist der vorliegende Versuch noch stark vorläufigen Charakters; er entstand aus einer Untersuchung der Lage der Arbeiterklasse unter dem Nationalsozialismus, und weder die Sammlung noch die Auswertung des überaus umfangreichen Materials ist bis jetzt abgeschlossen. Es geht also hier im wesentlichen um Arbeitshypothesen.

Der Übergang

Die nationalsozialistischen Führer behaupteten immer wieder, sie hätten den *Primat der Politik* wiederhergestellt. An Stelle der schwächlichen Regierungen der Weimarer Zeit, die weitgehend unter dem Einfluß der ihnen nahestehenden Verbände handelten, sei ‚eine politisch selbständige und tatkräftige Staatsführung‘ getreten, die es nicht mehr nötig hätte, bei wichtigen Entscheidungen ‚die egoistischen, kurzfristigen Wünsche sozialer und wirtschaftlicher Interessengruppen‘ zu berücksichtigen. Als Schlagwort war der Primat der Politik zweifelsohne sehr wirksam, denn er versprach, der endlos scheinenden wirtschaftlichen und nationalen Misere ein Ende zu setzen.

Vom Standpunkt ihrer Träger her gesehen, bestand die Misere der Weimarer Republik darin, daß keine dauerhaften Kompromisse zwischen den in ihr verfaßten gesellschaftlichen Klassen und Interessen und ihren politischen Gruppierungen zustande kamen. In ihrer Verfassung war der Widerspruch institutionalisiert, daß die Arbeitnehmer die Möglichkeit politischer Macht ohne gesellschaftliche Garantie und die Besitzenden gesellschaftliche Macht ohne politische Garantie besaßen⁹. Von noch größerer, unmittelbar politischer Bedeutung war die Tatsache, daß auch die Besitzenden unter sich nicht einig waren: unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise fiel das — schon durch den ersten Weltkrieg und die Inflation schwer erschütterte — politi-

7 Diese Frage ist u. E. von sekundärem Interesse; s. hierzu J. S. Geer: Der Markt der geschlossenen Nachfrage, Berlin 1961.

8 Andreas Hillgrubers sehr materialreiche Studie: Hitlers Strategie, Frankfurt a. M. 1965, konnte bei der Verfassung dieses Aufsatzes noch nicht berücksichtigt werden. Aber entscheidend in diesem Zusammenhang ist der bisher ganz ungeklärte Willensbildungsprozeß des NS-Systems.

9 Vgl. Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich, in: Marx, Politische Schriften, Bd. 1, hrsg. v. H. J. Lieber, Stuttgart 1960, S. 162.

sche und soziale Gefüge des bürgerlichen Deutschland erst recht auseinander¹⁰. Die ursächlichen Zusammenhänge zwischen Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistischer Machtergreifung sind nicht eindeutig — starke Ansätze einer rechtsradikalen Entwicklung in der deutschen Politik waren schon 1928 vorhanden¹¹. Die ökonomische Krise trug aber in zweifacher Hinsicht entscheidend zur Machtergreifung bei: sie raubte dem Bürgertum die einzig mögliche Politik, indem sie die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA undurchführbar machte¹². Das Bürgertum zerfiel daraufhin sowohl wirtschaftlich als auch politisch in seine elementar gegensätzlichen Gruppierungen; die neue Einigung mit den Westmächten (im Juli 1932¹³) kam zu spät, als daß sie diese Entwicklung hätte rückgängig machen können. Zweitens brachte die Massenarbeitslosigkeit die Klassengegensätze wieder unmittelbar zu dem politischen Ausdruck, der ihnen durch die grundsätzliche Übereinstimmung der bürgerlichen Parteien mit der SPD und dem ADGB seit 1924 genommen worden war. Die grundlegende strukturelle Schwäche der Weimarer Republik trat wieder, diesmal in Form eines starken Machtzuwachses der KPD und einer Radikalisierung der Unternehmerverbände, politisch verschärft in Erscheinung. Die zurückgestaute Problematik einer Strukturveränderung der Gesellschaft war in der Weltwirtschaftskrise erst recht nicht zu lösen. Angesichts dieser Problematik suchten Bürgertum, Kleinbürgertum und Bauern ihr Heil in einem besinnungslosen Aufbruch in die „reine Politik“: propagandistische Schau, nationale Erhebung, Führerkult, Juden- und Kommunistenhaß, Sehnsucht nach einer idealisierten, vorindustriellen Gemeinschaft als Ersatzlösungen der strukturellen Probleme der Weimarer Gesellschaftsordnung.

In den Jahren 1924—1929 hatten die jeweiligen bürgerlichen Koalitionsregierungen einen gewissen Spielraum, worin gegensätzliche wirtschaftliche Interessen im Endeffekt abgestimmt werden konnten, ohne die Position des Kapitals ernstlich zu gefährden¹⁴. Die wachsende wirtschaftliche Not verschärfte die Klassen- und Interessenkämpfe und nahm dem Staat diesen Spielraum. Aus demselben Grund schwand auch der Spielraum der Parteiführer (insbes. der SPD) ihren eigenen Anhängerschaften gegenüber und damit die Möglichkeit einer parlamentarischen Koalitionsbildung. Unter diesen Umständen konnte die relative Autonomie des Staates, gar seine Existenz, nur dadurch bewahrt werden, daß staatliche Herrschaft und politische Interessenkonflikte durch die Ernennung von Präsidialkabinetten getrennt wurden. Obwohl das Kabinett Brüning eine

10 Eine wissenschaftliche Untersuchung der gesellschaftlichen Folgen der Wirtschaftskrise steht noch aus; es wäre eine Studie von großer Bedeutung.

11 Vgl. Arthur Rosenberg: *Geschichte der deutschen Republik*; Rudolf Heberle: *From Democracy to Nazism*, Baton Rouge 1945.

12 Rückzug der amerikanischen Kredite; Rückgang des Welthandels.

13 Vertrag von Lausanne; Ende der Reparationen.

14 Für Stresemanns Spielraum gegenüber der Schwerindustrie s. Henry Ashby Turner: *Stresemann and the Politics of the Weimar Republic*, Princeton 1963 (deutsche Ausgabe in Vorbereitung).

bedeutende Senkung des Lebensstandards der Arbeiterschaft durchsetzte, war es nicht imstande, durch Lösung der außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Probleme der bürgerlichen Gesellschaft ein neues Gefüge mit einer neuen Entwicklungsrichtung zu geben. Und während der „unpolitischen“ Herrschaft Brüning's waren die Fragen der Öffentlichkeit nach dem Gefüge und der Zielsetzung der Gesellschaft notwendigerweise eher dringender und hysterischer geworden. Bis auf die SPD waren im Jahr 1932 alle politischen Gruppierungen davon überzeugt, daß ein vollkommen neues Herrschaftssystem erforderlich war, ob katholischer Ständestaat, ob bonapartistische Autokratie (Schleicher), ob nationalsozialistischer Führerstaat oder aber Diktatur des Proletariats. Der Staatsapparat vermehrte zwar in diesen Jahren sein Eigengewicht, hatte aber aufgehört, eine faktisch funktionierende und nach außen hin (propagandistisch) plausible Gesamtrepräsentation der besitzenden Klassen, geschweige denn des Volks zu sein¹⁵.

Der Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion war ins Stocken gekommen. Unabdingbare Voraussetzung zur Überwindung dieser Situation war eine Belebung der Wirtschaft, die das Kapital aus eigener Dynamik — hauptsächlich wegen der Macht der schwerindustriellen Kartelle — nicht in Gang setzen konnte. Eine Belebung im bürgerlichen Sinne konnte vielmehr nur von einer Regierung durchgesetzt werden, die stark genug war: 1. die auseinanderklaffenden Interessen von Schwer- und Konsumgüterindustrie auszugleichen und die Sonderinteressen der Landwirtschaft zu wahren; 2. der Wirtschaft allgemeine „Ruhe und Ordnung“ zu verschaffen; 3. den Lebensstandard der breiten Bevölkerung vorerst auf dem Krisenniveau festzuhalten — das hieß effektiv Ausschaltung der Gewerkschaften, denn die Periode eines zyklischen Aufschwungs ist bekanntlich die einer erhöhten gewerkschaftlichen Aktivität; 4. eine strenge Bewirtschaftung der sehr knapp gewordenen Devisen durchzusetzen; 5. der tiefverwurzelten Inflationsangst im Volk wirksam entgegenzutreten, um somit eine staatliche Kreditexpansion zu ermöglichen.

Allein mit politischen Mitteln konnte die gesellschaftliche Reproduktion fortgesetzt werden¹⁶. Anfang 1933 erfüllte nur der Nationalsozialismus diese Mindestbedingungen. Seine Unsicherheit — gleich Opportunismus — in ‚Sachfragen‘, der Sammelbeckencharakter seiner Gefolgschaft, seine Rücksichtslosigkeit in der Durchführung getroffener Entscheidungen und der erwiesene Erfolg seiner Propaganda-Methoden machten ihn zum scheinbar am besten geeigneten

15 Brachers einleuchtender Begriff des politischen *M a c h t v a k u m s* in den Jahren 1930—1933 (s. Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1960) muß noch durch Erforschung der Aufsplitterung im wirtschaftlichen und sozialen Bereich untermauert werden.

16 Daß es hier um einen Ausnahmezustand für die bürgerliche Gesellschaft geht, mag am Beispiel der BRD verdeutlicht werden, wo Politiker und Politik (nicht dagegen der Staatsapparat) für die gesellschaftliche Reproduktion so gut wie überflüssig geworden sind; nicht umsonst heißt das Gesellschaftsmodell der Ideologen der „Formierten Gesellschaft“ *d e r G e s a m t b e t r i e b o h n e U n t e r n e h m e r*.

Träger einer Erneuerung der bürgerlichen Gesellschaft. Spätestens als Reichskanzler Schleicher mit ADGB und SA verhandelte, zog die Schwerindustrie die notwendigen Konsequenzen.

Hauptfunktion der Politik einer stabilen liberalen Demokratie ist es, die Interessen der herrschenden Gesellschaftsgruppen aufeinander abzustimmen, diese gemeinsamen Bedürfnisse zu interpretieren und mit den geeignetsten Mitteln nach außen und nach innen wahrzunehmen. Diese harmonische Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat verlangt auf die Dauer das Vorhandensein eines dem Kapital erträglichen Ausgleichs mit den Interessen der Arbeiterklasse und einen Konsens der stärksten Meinungsorgane in Grundsatzzfragen. In Deutschland dagegen wurde es zur Funktion des Nationalsozialismus, gerade den fehlenden Ausgleich, den fehlenden Konsens, also eine neue Gesamtrepräsentation des Volks mit *politischen Mitteln* herzustellen; und das hieß 1933 mit offener Gewalt. Der im Jahr 1933 unwiderlegbar vorhandene Primat der Politik (Terror, politische und kulturelle Gleichschaltung) ergab sich also aus einer gesellschaftlichen Konstellation, der es abzuweichen galt. In diesem Sinne hofften Schacht, v. Papen, Teile der Reichswehr u. a. m., die Nationalsozialisten verdrängen zu können, sobald der Wiederaufbau einer lebensfähigen bürgerlichen Gesellschaft einen erneuten Machtanspruch der alten herrschenden Klassen ermöglichen würde. Diese Gruppen erwarteten, ihre auf dem Privateigentum beruhende, von der KPD bedrohte gesellschaftliche Machtstellung durch *vorübergehende* Aufgabe der *direkten* Ausübung der politischen Macht sichern zu können. Die Erwartung hat sich bekanntlich nicht erfüllt. In historischer Sicht bedeutete das Unvermögen der politischen Vertreter der alten Bourgeoisie, Politik zu *machen*, ihr — wenn auch teilweise durch unbesorgtes Mitläufertum gekennzeichnetes — Abdanken zugunsten des Nationalsozialismus, ihre größte Niederlage¹⁷. Die politische Führung des „Dritten Reiches“ hat es verstanden, auf ganz ungeplantem Wege ihre aus der Krise gewonnene Selbständigkeit der alten herrschenden Klasse gegenüber zu behaupten.

Die Machtverteilung im nationalsozialistischen Regierungsapparat

Eine Grundbedingung des Primats der Politik war für den Nationalsozialismus ohnehin eine Selbstverständlichkeit — eine starke Konzentration der Macht in den Händen eines selbst von seinen engsten Mitarbeitern angebeteten Führers. Aus Taktik wie aus charakterlicher Disposition hat sich Hitler den routinemäßigen Regierungsarbeiten weitgehend ferngehalten; seine Funktion im Regierungssystem des Dritten Reichs war, mit Ausnahme der Außenpolitik (später der Strategie) und seiner persönlichen Hobbies (Waffentechnik und Architektur), die Funktion einer bloßen letzten Instanz.

¹⁷ Eine Ahnung dieser Niederlage drückten die schon 1932 in diesen Kreisen weitverbreiteten Bedenken (Hindenburg, Thyssen, Spengler) gegen die Mobilisierung der NS-Gefolgschaft und die damit verbundene Unruhe und scheinbar große Rolle „der Straße“ aus; diese Kreise waren im Grunde gegen jegliche politische Regung des Volkes.

Alle wichtigen Entwürfe oder Vorschläge der Ressortchefs und der Parteiführer bedurften dennoch seiner persönlichen Zustimmung; kollektive Verantwortung innerhalb der Regierung hat es nie gegeben; seine Entscheidungen konnten nachträglich von den ausführenden Instanzen kaum vereitelt oder umgestaltet werden. Diese Feststellung besagt natürlich nicht, daß Hitler allein die historische Verantwortung für die gesamte nationalsozialistische Politik zu tragen hat; es geht vielmehr darum, daß in wichtigen Fragen die verschiedenen Herrschaftsgruppen im Dritten Reich ihre jeweiligen Interessen nur über diesen Weg durchsetzen konnten; und die Zustimmung des Führers war keine Formalität¹⁸. Eine politische Letztinstanz wurde verherrlicht, die ein vorwiegend ästhetisches Verständnis der Politik als Wille, Machtgenuß, Schau und taktisches Fingerspitzengefühl besaß, die alle Struktur- und Sachprobleme den Fachmännern überließ, über deren gegensätzliche Lösungsvorschläge jedoch nicht entscheiden wollte bzw. konnte.

Der Gruppe der alten Kämpfer in der Führungsschicht des nationalsozialistischen Systems — denjenigen also, die den besten Zugang zu Hitler hatten — war das Denken in wirtschaftlichen Kategorien fremd¹⁹. Unter Wirtschaft verstand Hitler nur *das Produzierte*. Seine Denkschrift zum 2. Vierjahresplan verlangte ausschließlich und wiederholt die simple Anhäufung von Rohstoffen und Waffen²⁰; und seine Reichtagsrede vom 20. Februar 1938 — wohl seine einzige zu diesem Thema — bestand nur aus einer protzigen Aufzählung des Produktionsanstiegs in Deutschland seit der Machtergreifung. Für die Frage des *Wie* in der Wirtschaftspolitik hatte er gar kein Verständnis, und es gibt kaum ein Indiz dafür, daß er sich jemals um die wirtschaftlichen Folgen seiner politischen Richtlinien oder außenpolitischen Entscheidungen gekümmert hat²¹.

Bis 1942 gehörte kein nennenswerter Wirtschaftsexperte dem engeren Kreis der Führerberater an. Von den ersten Verbindungsmännern zwischen Partei und Wirtschaft ging Funk ins Propagandaministerium, Keßler erwies sich als unfähig, und Keplers Einfluß entsprach nie seinem Ehrgeiz²²; schon im Sommer 1933 war Thyssens

18 Hitler gab mehreren von den Fachministern beschlossenen Gesetzentwürfen nicht seine Zustimmung; darunter waren wichtige wirtschaftspolitische Vorschläge; sie traten nicht in Kraft — Beispiele im Bundesarchiv Koblenz, R 43 II, Bde. 417 a, 810 a.

19 Der Landwirtschaftsminister Darré und der Reichskommissar für die Preisbildung, Wagner, wurden mit der Zeit durch die großen Schwierigkeiten auf diesen Gebieten gezwungen, sich diese Kategorien zu eigen zu machen; dem Führer standen sie beide nicht nahe.

20 Text in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1955, Nr. 3, S. 204 ff.

21 Auszüge aus der Rede in Max Domarus (Hrsg.): Hitler, Reden und Proklamationen, Bd. I, S. 793 ff. (Würzburg 1962). Ein Musterbeispiel für die Nichtachtung wirtschaftlicher Folgen von politischen Entscheidungen bietet der beschleunigte Bau des Westwalls im Sommer 1938, der die schon aufs äußerste angespannte Bauindustrie an den Rand des Chaos führte.

22 Funk, früher bei der Berliner Börsenzeitung, war 1931 bis 1933 Kontaktmann für die NSDAP zu Industriellenkreisen und ab 1938

Position als Lieblingsindustrieller des Führers ausgehöhlt — seine Unterstützung eines „ständischen Aufbaus“ Spann'scher Prägung vertrug sich nicht mit dem Machtanspruch der NSDAP. 1934 und 1935 durfte Schacht, zugleich Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister, die Wirtschaftspolitik praktisch ungestört bestimmen; seine Kontakte mit Banken, Konzernen und Verbänden waren sehr eng, das uneingeschränkte Vertrauen der Partei und des Führers aber hat er nie gehabt. Diese Regie konnte nur so lange bestehen, wie es keine Krisenerscheinungen in der Wirtschaft gab. 1936 war das nicht mehr der Fall²³. Ab Anfang dieses Jahres mußten Grundsatzenscheidungen getroffen werden, die Stellungnahmen des Führers laufend erforderlich machten. Schon aus dem Grund war es notwendig, einen alten Kämpfer, der Hitlers Vertrauen genoß, zum Chef der Wirtschaft zu ernennen. Dem Preußischen Ministerpräsidenten und Generaloberst der Luftwaffe, Göring, paßte diese Rolle insofern gut, als seine ideologische Voreingenommenheit weitaus geringer war als die der anderen Spitzenfunktionäre der Partei — er war den sachlichen Argumenten der Ministerialbürokratie in hohem Maße zugänglich, ohne daß seine Vertrauensposition in der Reichskanzlei effektiv darunter zu leiden gehabt hätte. Der zweifachen Aufgabe, eine Wirtschaftsplanung durchzusetzen und eine Berücksichtigung der Forderungen der Wirtschaft bei der Formulierung und Durchsetzung der Außenpolitik zu erzwingen, war Göring jedoch keineswegs gewachsen; immer wenn die Ministerialbürokratie und die Wirtschaft glaubten, ihn in der Hand zu haben, neigte er dazu, umzufallen und die sachliche Argumentation seiner Loyalität zur Bewegung und seiner Angst vor dem Führer preiszugeben²⁴. Erst im Februar 1942, als Speer zum Minister für Bewaffnung und Munition ernannt wurde, dehnte sich der Wirkungsbereich wirtschaftlicher Fragen bis ins Vorzimmer der letzten politischen Instanz im Dritten Reich aus. Diese Entwicklung der politischen Struktur entsprach mit erheblicher Verzögerung dem Heranwachsen einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise seit Ende 1935. Die durchaus geringe Bedeutung, die der Wirtschaft in der staatlichen Struktur des Dritten Reichs bis 1942 beigemessen wurde, ist wohl einmalig in der Geschichte der industrialisierten Länder.

Die politische Struktur und die Persönlichkeit des Führers boten also günstige Grundlagen für eine fortgesetzte Gewährleistung des Primats der Politik, und es ist in der Tat sehr schwer, die auch nur indirekte Beteiligung von Wirtschaftsführern oder -verbänden an

Reichswirtschaftsminister; Keßler war nur kurze Zeit, 1933—1934, „Führer der Wirtschaft“; Keppler war Hitlers persönlicher Wirtschaftsberater, fungierte 1936—1938 im Apparat des Vierjahresplans und wurde dann Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

23 Vgl. Dieter Grosser: Die nationalsozialistische Wirtschaft, in *Das Argument*, 7. Jhrg., Heft 1; Petzina, a.a.O., Kap. 1.

24 In der Auseinandersetzung zwischen DAF und Industrie bzw. Bürokratie (s. unten) und in der Frage der Lohnpolitik lavierte er hoffnungslos; auch er hatte geringe volkswirtschaftliche Kenntnisse, wie er auf dem Reichsparteitag 1938 stolz verkündete.

der staatspolitischen Willensbildung im Dritten Reich nachzuweisen. Einen sehr wichtigen Grund dafür bildete die veränderte Position Deutschlands im Welthandel und im internationalen Kapitalmarkt. Durch das Ende der Reparationen wurde der Komplex, wo sich in der Weimarer Republik Wirtschafts- und Außenpolitik am engsten verzahnt hatten, größtenteils aufgelöst. Deswegen und dank der weitgehenden Kontrolle über alle Devisengeschäfte, die Schachts Neuer Plan bewirkte, war die deutsche Außenpolitik nicht mehr eingeschränkt durch eine erzwungene Rücksicht auf mögliche wirtschaftliche Gegenmaßnahmen seitens der Westmächte; sie wurde in beträchtlichem Maße von wirtschaftlichen Schwächen unabhängig. Also überrascht es nicht, daß bei den Entscheidungen, aus dem Völkerbund auszutreten (November 1933), die militärische Dienstpflicht wieder einzuführen (März 1935) oder das Rheinland wieder zu besetzen (März 1936), der Druck wirtschaftlicher Interessenverbände keine wichtige Rolle gespielt hat. 1933—1936 wurde den besitzenden Klassen die Wirtschaftspolitik, zum Teil auch die Sozialpolitik überlassen, aber außerhalb dieser Bereiche haben sie keine unmittelbar politische Rolle gespielt. Diese Arbeitsteilung und die Zustimmung der Wirtschaft zu den aggressiven außenpolitischen Schritten der Jahre 1933—1936 beruhte auf der Basis einer imperialistischen Konzeption, die Partei und Industrie gemeinsam zu teilen glaubten²⁵. Dieser Konsens ist nicht nur aus der Zusammenarbeit von Schwerindustrie, Militär, Partei und Ministerialbürokratie in der Aufrüstung ersichtlich; was den Widerstand angeht, so hat es sehr wohl viele Unternehmer und Manager gegeben, die die Außenpolitik für ‚etwas riskant‘, die Verfolgung von Kommunisten und Juden für ‚nicht notwendig‘, sogar für Unrecht hielten; effektiver Widerstand aber wurde von diesen Kreisen — gerade denjenigen, die objektiv dazu in der Lage waren — in diesen Jahren überhaupt nicht geleistet. Diese scheinbare Harmonie der Herrschaftsgruppen in der Zielsetzung hatte ein zunächst paradox erscheinendes Nebenprodukt: die *direkten* Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Führungsgruppen wurden schwächer als in der Weimarer Republik. In den Jahren des relativ unproblematischen wirtschaftlichen und militärischen Aufbaus hatte die Wirtschaft versäumt, ihre Machtstellung auf der politischen Ebene absolut abzusichern. Nachdem, in dieser Reihenfolge, Hugenberg sich als Reichswirtschaftsminister entlassen ließ, alle Parteien außer der NSDAP verboten wurden, Arbeitsminister Seldte der Überführung des von ihm geleiteten Stahlhelm-Verbands in die SA tatenlos zusah und v. Papen im Herbst 1934 vom Vize-Kanzler zum Sonderbotschafter in Wien herabgesetzt wurde, blieb von den Vertretern der alten Bourgeoisie in der Regierung nur

25 Diese ziemlich reibungslose Arbeitsteilung kam auf Kosten der NS-Gefolgschaft — insbes. des Handwerks und der radikalpopulistischen Kreise der Betriebszellenorganisation und der SA — zustande; eine imperialistische Außenpolitik konnte sich nur auf eine moderne Großindustrie stützen.

Schacht übrig; alles wurde auf seinen Einfluß gesetzt²⁶. Schacht baute die früheren Verbände, Kammern und Fachgruppen in eine umfassende „Organisation der gewerblichen Wirtschaft“ um und schuf, in der Gestalt der Reichswirtschaftskammer, einen neuen Spitzenverband (1936). Dadurch sollte einmal die Lenkung der Wirtschaft durch den Staat erleichtert, die Machtstellung der Wirtschaft im Gesamtsystem jedoch konsolidiert werden²⁷. In einem liberalen oder autoritären Staat wäre vielleicht auf dieser Basis eine profitable und dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft zum Zweck einer schrittweisen imperialistischen Expansion möglich gewesen *ohne* einen weiteren institutionellen Ausbau der politischen Macht der Wirtschaft. Die Folgen der forcierten Aufrüstung aber machten diese Möglichkeit zunichte.

Die Zersplitterung des industriellen Machtblocks

Seit 1879 ist die Schwerindustrie maßgeblicher politischer Vertreter der deutschen Wirtschaft gewesen. Sie war — im Gegensatz zur englischen Erfahrung — Träger der industriellen Revolution gewesen, und in ihren vielen Auseinandersetzungen mit den Konsumgüterindustrien, Handwerk und Handel über Schutzzölle, Preisbindungen und zuletzt zivile Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in der Weltwirtschaftskrise hat sie sich immer behauptet; die Machtergreifung des Nationalsozialismus wäre ohne die Haltung weiter Kreise der Schwerindustrie in den Krisenjahren kaum möglich gewesen. Im Jahr 1936 aber trat eine gewaltige Strukturveränderung in der deutschen Wirtschaft ein, die, obwohl system-immanent, anscheinend von keiner der Herrschaftsgruppen vorausgesehen wurde. Während die Produktion der deutschen Wirtschaft in der Weimarer Zeit durch einen Mangel an flüssigem Kapital gehemmt worden war, traten nun infolge der Rüstungskonjunktur handfestere Produktionsgrenzen in Erscheinung: Mangel an importierten Rohstoffen und an Arbeitskräften. Diese wurden zu den bestimmenden Faktoren der deutschen Rüstungs- und Kriegswirtschaft und brachten eine sehr weitreichende Umbildung der wirtschaftspolitischen Herrschaftsstruktur mit sich, folglich eine Veränderung des Verhältnisses zwischen Wirtschaft und Politik.

Zuerst der Devisenmangel: die Aufrüstung verlangte immer zunehmende Rohstoffimporte, ohne zu einer Steigerung des Exports entsprechend beizutragen²⁸; hinzu kam die Notwendigkeit, in erhöh-

26 v. Neuraths Position als Außenminister bis Anfang 1938 mag auch für die alte Bourgeoisie beruhigend gewirkt haben. Es wäre sehr wichtig zu klären, ob Beziehungen zwischen der Großindustrie und den ersten oppositionellen Gruppen in der Wehrmacht, 1937—1938, bestanden haben; dem Verf. ist nichts dergleichen bekannt. Es ist überhaupt merkwürdig, daß die Industrie keine Rolle im konservativen Widerstand für sich beansprucht hat.

27 Esenwein-Rothe, a.a.O., S. 72.

28 Der Devisenmangel war so groß, daß erhebliche Mengen von Waffen und der Waffenproduktion dienenden Werkzeugmaschinen exportiert wurden, letztere insbes. an Großbritannien.

tem Maße Lebensmittel für eine Bevölkerung zu importieren, deren Gesamtkaufkraft durch die Vollbeschäftigung langsam anstieg. Ohne Drosselung der Aufrüstung konnte die Außenhandelskrise von 1936 nur dadurch aufgefangen werden, daß die einheimische Rohstoffproduktion gewaltig erweitert wurde. Eine Drosselung der Aufrüstung aber war für den Nationalsozialismus eine *politische* Unmöglichkeit; Schacht setzte sich vergeblich dafür ein, und die Stahl- und Eisenindustriellen leisteten ihm objektiv (wenn auch nicht bewußt) Unterstützung, indem sie sich dem Abbau minderwertiger deutscher Eisenerze widersetzen. Zum neuen ökonomischen Pfeiler des Dritten Reichs wurde die chemische Industrie, die nun darauf drängte, wesentliche Rohstoffe (Gummi, Benzin) in großem Umfang künstlich herzustellen²⁹. Die Entscheidung der Staatsführung im Sinne der chemischen Industrie und die Verkündung des 2. Vierjahresplans im September 1936 — in der letzten Phase ein persönlicher Entschluß Hitlers — zerbrach endgültig die wirtschaftliche und politische Vormacht der Schwerindustrie; damit ging auch eine geschlossene und einheitliche politische Willensbildung oder Interessenvertretung des deutschen Kapitals zu Ende, wie sie der Reichsverband der deutschen Industrie in der Weimarer Republik noch dargestellt hatte. In der forcierten Aufrüstung der letzten Vorkriegsjahre verloren die Spitzenverbände den Überblick und die Kontrolle über die gesamte wirtschaftliche Entwicklung — es gab nur noch die Sonderinteressen von Firmen, höchstens die von Wirtschaftszweigen³⁰. Die Schwerindustrie konnte nicht mehr behaupten, daß ihre Interessen denen des deutschen Imperialismus schlechthin gleich waren und diese alte Behauptung schon längst nicht mehr durchsetzen. Die Aufrüstung, wofür sie seit 1919 so stur und verbittert gekämpft hatte, wurde, dank des technologischen Fortschritts, zu ihrem Schicksal; sie wurde zum Opfer ihres eigenen Expansionismus. Die gesamte wirtschaftliche und außenpolitische Richtung des nationalsozialistischen Deutschland nach 1936 wurde durch die einheimische Rohstoffproduktion bestimmt; ohne den beschleunigten Ausbau der chemischen Industrie hätte 1939 ein europäischer Krieg nie riskiert werden können.

Diese Strukturwandlungen wurden durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gestärkt und beschleunigt. Bei schnell voranschreitender Aufrüstung wurde die öffentliche Hand zum gestalten-

29 Die Anfänge der Aufrüstung in der BRD standen *anscheinend* im Zeichen der schlechten Erfahrungen, die die Industrie gerade in dieser Frage der Beziehungen zwischen einzelnen Firmen und dem Staatsapparat im NS gemacht hatte: das öffentliche Ausschreiben jedes Rüstungsauftrags sollte zur Verhinderung einer neuen Umwälzung nach dem Muster von 1936 beitragen; die Haltung der westdeutschen Industrie zur Aufrüstung war bis Ende der 50er Jahre überhaupt kühl — s. G. Brandt: Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, in G. Picht (Hrsg.): Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr, 3. Folge, Witten 1966.

30 Hinweise in diesem Sinn in der sonst formalistischen Arbeit von Esenwein-Rothe, a.a.O., S. 82 ff.

den Faktor der deutschen Wirtschaft; im Jahr 1939 betrug der Anteil der Reichsausgaben am Bruttosozialprodukt 34—35 %, wovon zwei Drittel der Kriegsvorbereitung dienten³¹; bis Anfang 1939 unterlagen öffentliche Aufträge nicht dem Preisstop, wurden vielmehr mit erheblichen Gewinnspannen kalkuliert. Zur Maximierung des Profits versuchte jeder Unternehmer, solche Aufträge zu bekommen und möglichst pünktlich zu erledigen — damit er bei der nächsten Verteilung der Aufträge wieder berücksichtigt wurde. Diese Tatsache, zusammen mit der durch die Aufrüstung herbeigeführten Verknappung von Arbeitskräften und Rohstoffen, führte zu einem hemmungslosen Wettbewerb zwischen den Firmen — nicht um Absatzmöglichkeiten, die für die beteiligten Industriezweige geradezu grenzenlos geworden waren, sondern um die grundlegenden Produktionsfaktoren. Die Firmen, die für die Aufrüstung produzierten, genossen einen privilegierten Status in der Zuteilung von Rohstoffen und waren dank der großzügigen Kostenberechnung in der Lage, Arbeitskräfte durch Lohnerhöhungen anzulocken, bzw. von anderen Firmen wegzuzugieren. Zu der durch den Aufstieg der chemischen Industrie verursachten Spaltung in der Wirtschaft trat also eine zweite Spaltung betriebswirtschaftlicher Natur: die zwischen den Firmen, die für die Aufrüstung und denen, die hauptsächlich für den Export oder für den Konsum produzierten. Obwohl z. B. der Kohlenbergbau für die Rüstungswirtschaft unentbehrlich war, lieferte er nicht direkt an die Wehrmacht; demzufolge blieben die Löhne niedrig, und die Arbeiter wanderten in zunehmendem Maß in andere Gewerbezweige ab; die Förderung pro Kopf der Bergarbeiter ließ nach; bei Kriegsbeginn gab es einen Mangel an Kohlen, der u. a. ernstlich drohte, das Bahntransportprogramm der Wehrmacht zu gefährden³².

Diese Verlagerung und Verschärfung des kapitalistischen Wettbewerbs trug weiter zur Zersplitterung der wirtschaftspolitischen Macht der Industrie bei. Durch den Terror der Gestapo befreit von der Notwendigkeit, sich gegen eine politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse zu verteidigen, durch die Rüstungskonjunktur befreit von der Notwendigkeit, die Produktion kartellmäßig zu planen und zu beschränken, verloren die besitzenden Klassen jeden Sinn eines kollektiven Interesses. Das kollektive Interesse des kapitalistischen Wirtschaftssystems löste sich 1936—1939 schrittweise in eine reine Anhäufung von Firmenegoismen auf; die Firmen — um einen Spruch Lenins umzukehren — marschierten getrennt und fielen zusammen. Zum Interpreten des Interesses der Wirtschaft wurde, dank ihrer finanziellen Macht, die öffentliche Hand, d. h. die-

31 Vgl. Burton H. Klein: *Germany's Economic Preparations for War*, Harvard UP 1959. Der Anteil des Bundes 1965 war etwa halb so groß. Eine zuverlässige Wirtschaftsstatistik für die Jahre 1933—1945 gibt es noch nicht; eine solche Kompilation wäre von großer analytischer Bedeutung.

32 Diesem Abs. liegen unveröffentlichte Quellen zugrunde: Bundesarchiv Koblenz R 43 II, Bd. 528, R 41, Bd. 174, WiIF5, Bde. 560/1 u. 2, R 22 Gr. 5, Bd. 1206.

selbe Institution, die auch die Außenpolitik bestimmte³³. Die Reichswirtschaftskammer, 1936 als Krönungsstück der neuen, verstärkten Verbandsorganisation ins Leben gerufen, erfüllte fast nur technische Durchführungsaufgaben für die Reichsregierung und war außerstande, sich in der großen Politik durchzusetzen.

Auf dem Gebiet der Rohstoffverteilung ist es dem Staat vor 1941 nicht gelungen, den Konkurrenzkampf der Firmen und der Auftraggeber zu zügeln³⁴; auf dem Arbeitsmarkt dagegen hatte der Staat aus politischen Gründen nur begrenztes Interesse an einer Regelung zugunsten der Industrie. Im Herbst 1936 hatte der Mangel an Arbeitskräften in der Bau- und Metallindustrie schon zu erheblichen, z. T. durch Streiks erzwungenen Lohnsteigerungen und zum weitverbreiteten Wegengagieren von Facharbeitern von einer Firma in die nächste geführt. Es hätte zu diesem Zeitpunkt klar sein müssen, daß diese Phänomene keine vorübergehenden waren, vielmehr notwendige Folgen einer Aufrüstung darstellten, die wiederum selbst noch in ihrem Anfangsstadium war. Um einer Verbreitung dieser Zustände auf den gesamten Arbeitsmarkt zuvorzukommen und ihre der Rüstung abträglichen Auswirkungen auf den Produktionsablauf und auf die Verteilung des Sozialproduktes zu verhindern, wären zwei Maßnahmen erforderlich gewesen: eine allgemeine Beschränkung der Freiheit des Arbeitsplatzwechsels und die Festsetzung von Höchstlöhnen. Die nationalsozialistische Führung unterließ es bewußt, diese Maßnahmen zu treffen, bis im Sommer 1938 die Zuspitzung der internationalen Krise über das Sudetenland den propagandistisch notwendigen Vorwand dazu geliefert hatte und den Eingriff zugleich unumgänglich machte³⁵. Der Mangel an Arbeitskräften war dann schon längst allgemein geworden. Die Gründe dieses Versäumnisses waren ganz eindeutig und werfen zugleich ein klares Licht auf die Frage nach dem Primat der Politik: die beiden Maßnahmen wurden von der politischen Führung abgelehnt, weil so radikale Schritte gegen das materielle Interesse der Arbeiterschaft mit der politischen Aufgabe, die Arbeiter zum Nationalsozialismus zu erziehen, nicht zu vereinbaren waren. Es war für das nationalsozialistische System, mindestens bis weit in den Krieg hinein, eine unabdingbare Notwendigkeit, der positiven Anteilnahme der Masse der Bevölkerung an seiner Weltanschauung und an allen seinen Maßnahmen sicher zu sein; der Versuch, die Arbeiterschaft durch Propaganda, Verbesserung der betrieblichen Sozialeinrichtungen, KdF usw. soweit zu bringen, war nachweislich gescheitert — also mußte

33 Die Erforschung der Rolle der Kartelle 1936—1945 steht noch aus. Ein sehr plastisches Bild dieser Entwicklung liefern die vom Stadtpräsidenten angefertigten „Wirtschaftlichen Lageberichte für das Wirtschaftsgebiet Berlin“ im Bundesarchiv Koblenz, R 41, Bde. 155—156.

34 Näheres über Rohstoffverteilung bei Geer und Petzina, a.a.O.

35 Unmittelbarer Anlaß für die Einschränkung des Arbeitsplatzwechsels in der Bauwirtschaft, die Ermächtigung des Reichsarbeitsministers, Höchstlöhne festzusetzen, und die Einführung der zivilen Dienstpflicht („wirtschaftlicher Gestellungsbefehl“) im Mai—Juni 1938 scheint der beschleunigte Bau des Westwalls gewesen zu sein.

ihre Zustimmung zum System durch hohe Löhne, bezahlte Feiertage usw. erkaufte werden, obgleich diese Taktik im glatten Widerspruch zu den Erfordernissen des Rüstungsprogramms stand, welches gleichzeitig beschleunigt werden sollte³⁶. Aus genau demselben Grund verhinderte die politische Führung das Bestreben der Wirtschaft (geführt von der Reichswirtschaftskammer), die anwachsende Macht der Deutschen Arbeitsfront zurückzudrängen: der Deutschen Arbeitsfront war die Aufgabe gestellt worden, die Arbeiterschaft für den Nationalsozialismus zu gewinnen — nichts, selbst nicht das ungestörte Funktionieren der Rüstungswirtschaft, durfte der Erfüllung dieser Aufgabe zuwiderlaufen, auch wenn sich die DAF in verkappeter Form, aber nach 1936 in zunehmendem Maße als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterklasse betätigte³⁷.

Der alte Widerspruch zwischen potentieller politischer Macht und wirtschaftlicher Ohnmacht der Arbeiterklasse war zwar vom Nationalsozialismus durch die Vernichtung der Arbeiterorganisationen „gelöst“ worden; aber die plebiszitären Elemente des Systems, die nach Erreichen der Vollbeschäftigung notwendigerweise immer stärker hervortraten, machten es notwendig, die Arbeiterschaft nicht allein zu unterdrücken, sondern auch durch materielle Verbesserungen zu mobilisieren. Der Widerspruch zwischen Demagogik (Kraft durch Freude) und politischer Praxis (forcierte Aufrüstung) reproduzierte den Widerspruch zwischen der notwendigen Massenbasis und der unveränderten Struktur der Eigentumsverhältnisse.

Während der Vorschlag, die Freiheit des Arbeitsplatzwechsels zu beschränken, in Unternehmerkreisen kaum auf Widerspruch stieß, war es anders mit dem Vorschlag, Löhne mit bindender Wirkung nach oben festzusetzen. Die Firmen, die direkt oder indirekt an der Rüstungskonjunktur beteiligt waren, brauchten immer mehr Arbeitskräfte; eine Reservearmee von „volleinsatzfähigen“ Arbeitslosen³⁸ war ab Frühjahr 1937 effektiv nicht mehr vorhanden. Die zusätzlichen Arbeiter mußten also von anderen Firmen wegengagiert werden, wobei das entscheidende Mittel das Angebot höherer Löhne war. Bis zur Entwicklung eines leistungsfähigen staatlichen Apparates für den Arbeitseinsatz — etwa Ende 1939 —, der Arbeitskräfte an die Rüstungswirtschaft dirigieren und sie dort zwangsverpflichten konnte, lag also ein Lohnstop keineswegs im Interesse aller Unternehmer; die Höchstlohnsätze, die in den letzten 12 Monaten vor Kriegsbeginn eingeführt wurden, wurden von vielen Unternehmern

36 Zu den Gründen für diese Taktik ist die Angst der NS-Führung vor einer Wiederholung des „Dolchstoßes“ von 1917—1918 zu zählen; die November-Revolution hat anscheinend einen nachhaltigen Eindruck auf die NS-Führer gemacht.

37 Umfangreiche Akten hierzu im Bundesarchiv Koblenz, R 43 II, Bde. 530a, 548a u. b, R 41, Bd. 22, WlF5, Bd. 1260; und im Deutschen Zentralarchiv Potsdam, RWM, Bde. 10311 und 10321; vgl. T. W. Mason: *Labour in the Third Reich, Past and Present* (Oxford), Nr. 33.

38 Als „volleinsatzfähig“ wurden die Arbeitslosen amtlich bezeichnet, die gesund waren, auch bereit, überall in Deutschland auf Antrieb eingesetzt zu werden.

durch verkappte Zulagen und Geschenke faktisch außer Kraft gesetzt³⁹. Hinzu kam die Frage der vielfach sinkenden Arbeitsproduktivität; diese war Folgeerscheinung der generellen physischen Überbeanspruchung der Arbeitskräfte (viel Überstunden), der teilweise nicht ausreichenden Ernährung, der neuen Sicherheit des Arbeitsplatzes und der verdrossenen Gleichgültigkeit weiter Kreise der Arbeiterschaft gegenüber dem ganzen gesellschaftlichen und politischen System des Nationalsozialismus. Als Gegenmaßnahme und als Anreiz zu höherer Leistung verstanden viele Unternehmer nur das Mittel der Lohnerhöhung. Hinter diesem Vorschlag, der sich in bescheidenerem Umfang im Krieg noch durchgesetzt hat, standen seitens der Unternehmer eine bemerkenswerte Gleichgültigkeit bezüglich der volkswirtschaftlichen Folgen einer solchen Maßnahme (Inflation) und eine durch die Großzügigkeit der öffentlichen Hand bedingte Gleichgültigkeit bezüglich einer normalen betriebswirtschaftlichen Kalkulation. Die historisch-typischen Verhaltensweisen einer kapitalistischen Wirtschaftsführung waren dank der forcierten Aufrüstung weitgehend irrelevant geworden; übrig blieben allein die primitivsten, kurzfristigen Interessen einer jeden Firma.

Dabei wurden die großen Firmen noch größer. Aus verschiedenen Gründen, die hier nicht näher erläutert werden können, führte die Aufrüstung zwangsweise zu einer Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in der deutschen Wirtschaft. In der Elektroindustrie (Siemens), Chemie (IG Farben) und Eisen und Metall (Reichswerke Hermann Göring) trat diese Tendenz besonders stark in Erscheinung. Kraft ihrer Monopolstellung und der kriegswirtschaftlichen Bedeutung ihrer Produkte pflegten diese Unternehmen unmittelbare Beziehungen zum Staatsapparat und zur Wehrmacht; manchmal erreichten sie sogar auf personalpolitischer Ebene eine Gleichsetzung staatlicher und privatwirtschaftlicher Interessen⁴⁰. Aber auch für den Großteil der übrigen Industrie wurden infolge der Aufrüstung die direkten Beziehungen zum Auftraggeber wirtschaftlich wichtiger als der kollektive Verkehr mit dem Staat über die Verbände: bei den nunmehr ausschlaggebenden Problemen der Zuteilung von Rohstoffen und Arbeitskräften war jener Weg bedeutungslos. Aus all diesen systembedingten Gründen löste sich das kapitalistische Wirtschaftssystem weitgehend in seine Bestandteile auf; den großen Rüstungsfirmen war es leicht, ihre unmittelbaren materiellen Interessen abzusichern, bzw. durchzusetzen. Dabei wurde aber die Verantwortung für das gesamte Wirtschaftssystem einer politischen Führung über-

39 Siehe die Berichte der Reichstreuhand der Arbeit für die Monate Juni 1938 — März 1939 im Bundesarchiv Koblenz, R 43 II, Bd. 528, auch die Amtlichen Mitteilungen des Reichstreuhanders für das Wirtschaftsgebiet Brandenburg, 1933 — Mitte 1943 stiegen die tatsächlichen Verdienste pro Stunde „um rund 25 %“ — Aufstellung des Reichsarbeitsministeriums im Bundesarchiv Koblenz, R 41, Bd. 60, Bl. 200.

40 Dr. Karl Krauch von IG Farben war zugleich Generalbevollmächtigter für Fragen der chemischen Erzeugung beim Vierjahresplan, eine Dienststelle, in der weitere 30 % der Angestellten IG Farben-Leute waren — s. Petzina, a.a.O., S. 147.

lassen, deren letzte Instanz die Wirtschaft allein als Mittel für die Erreichung zwar nur vage umrissener, jedoch offensichtlich prinzipiell unerreichbarer Ziele betrachtete. Auch das Heranziehen der „Führer der Wirtschaft“ 1942—1944 an die staatliche Auftrags- und Materialverteilung durch Speer änderte wenig an dieser Tatsache. Die Ringe und Ausschüsse des Systems der „Selbstverantwortung und Verantwortlichkeit der deutschen Industrie“ waren zwar von Industriellen besetzt, waren aber gemäß Führerprinzip dafür verantwortlich, daß die Richtlinien und Planungen des Ministeriums Speer ausgeführt wurden. Dazu wurde ihnen ein verhältnismäßig großer Spielraum gelassen; in den entscheidenden Fragen der Strategie und der Außenpolitik hatten sie kein Mitspracherecht. Ihre Kompetenz war eindeutig auf das *Wie* beschränkt⁴¹.

Industrie und Weltkrieg

Alle wichtigen außenpolitischen Entscheidungen 1938—1939 wurden von Hitler persönlich getroffen; inwieweit er wirtschaftliche Faktoren dabei berücksichtigt hat, kann noch nicht mit Sicherheit gesagt werden. Positive Beweise sind bis jetzt fast nicht vorhanden⁴². Göring und Gen. Thomas, die beide den Führern der Wirtschaft nahestanden, schlossen aus ihrer Kenntnis des Mangels an fast allen wehrwirtschaftlichen Reserven, daß Hitlers Außenpolitik waghalsig sei, daß der große Krieg vertagt werden müsse. Sie haben diesen Standpunkt nicht behaupten können; daß ihre pessimistischen wirtschaftlichen Prognosen sich erst später erfüllt haben, lag weitgehend an der militärischen Inaktivität bzw. Schwäche der Westmächte 1939—1940 (einem Faktor, den Hitler in seinen Blitzkriegsplänen z. T. miteinkalkuliert hatte) sowie an den Lieferungen der Sowjetunion und der Plünderung der besetzten Gebiete. Die von Thomas verlangte „Rüstung in die Tiefe“ war aus den erwähnten plebiszitären Gründen für den Nationalsozialismus bis zur Niederlage bei Stalingrad eine innenpolitische Unmöglichkeit: sie hätte eine noch nie dagewesene Senkung des Lebensstandards erfordert. Die innenpolitische Funktion der Blitzkriegspläne lag in ihrem Versprechen, den Krieg ohne übermäßige Opfer der deutschen Bevölkerung so schnell wie möglich zu beenden und somit die vermeintliche rassische Vormachtstellung des deutschen Volkes in Europa durch eine soziale und wirtschaftliche Privilegierung zu untermauern.

Obwohl also der Fehlbedarf an Rohstoffen und Arbeitskräften noch nicht als unmittelbare Kriegsursache zitiert werden kann, wan-

41 Siehe Alan Milward: Die deutsche Kriegswirtschaft, Stuttgart 1966.

42 Eine Ausnahme bilden Hitlers Ausführungen über die mangelnde Ernährungsgrundlage Deutschlands auf der sog. Hoßbach-Konferenz vom 5. 11. 37. *Post-factum*-Äußerungen, z. B. „In dem Lande (Polen) soll ein niedriger Lebensstandard bleiben, wir wollen dort nur Arbeitskräfte schöpfen“ (Hitler, 19. 10. 39, IMG Dok. 864-PS), gelten im strengen Sinne nicht als Beweis; in seiner programmatischen Rede zur Wirtschaftspolitik vom 18. 11. 39 vor dem Reichsverteidigungsrat erwähnte Göring nicht die Möglichkeit der Plünderung.

delte sich der Krieg, einmal begonnen, zwangsweise in eine sich ständig steigernde Ausplünderung ganz Europas⁴³. Die Kriegsführung ermöglichte erst und verlangte gleichzeitig die Plünderung. Dabei unterschied sich der zweite Weltkrieg in zwei wesentlichen Punkten von früheren imperialistischen Kriegen: der wirtschaftliche Bedarf, der dadurch befriedigt werden sollte, war keineswegs autonom-wirtschaftlicher Natur (etwa fehlende Absatz- oder Investitionsmöglichkeiten), sondern stark politisch bedingt. Erst die forcierte Aufrüstung der Jahre 1936—1939 verursachte den Fehlbedarf an grundlegenden Produktionselementen, der wiederum durch den Krieg verstärkt wurde, gleichzeitig aber auf brutalste Art und Weise befriedigt werden konnte. Der Plünderung lagen also politische Entscheidungen (Aufrüstung, gewaltsame Ausdehnung des deutschen Machtbereichs) zugrunde, die zwar ursprünglich von Wirtschaftskreisen maßgeblich gefördert wurden, deren Ausführung aber seit 1936 weitgehend ihrer Kontrolle entglitten war: zum Teil wegen der politischen Struktur des Dritten Reichs, zum Teil aber wegen der unvermeidbaren Änderungen in der Wirtschaftsstruktur. Kriegsführung und Industrieproduktion wurden unter dem Nationalsozialismus zu einem sich gegenseitig bestimmenden Selbstzweck. Die hohen Steuersätze und die staatliche Kontrolle über den Kapitalmarkt störte die Industrie deshalb nicht, weil die Gelder in Form von öffentlichen Aufträgen an sie zurückkamen. Und daraus ergab sich der zweite wesentliche Unterschied zu anderen imperialistischen Kriegen. An konkreten Kriegszielen hat es dem Nationalsozialismus gefehlt; dementsprechend hat es kein Konzept einer neuen imperialistischen Ordnung Europas gegeben, das sich auf die Bedürfnisse der Wirtschaft stützte — es wurde einfach geplündert, damit der Krieg weitergeführt werden konnte. Weder politisch noch wirtschaftlich besaß das System einen Begriff von einem *Status quo*. Ein Sieg des Nationalsozialismus im herkömmlichen Sinne, der eine erstrebte Friedensordnung voraussetzt, ist schon aus diesem Grunde unvorstellbar: denn die Rüstung hatte eine so große Änderung der Produktionsstruktur zugunsten der Grundstoff- und Investitionsgüterproduktion bewirkt, daß eine friedensmäßige Nachfragestruktur ohne das Nachfragemonopol des Staates nach Rüstungsgütern (d. h. aber ohne eine radikale Änderung des wirtschaftlichen und politischen Systems) undenkbar geworden war⁴⁴. In der Tat rief der grenzenlose Expansionismus des Nationalsozialismus eine internationale Allianz ins Leben, die seine Vernichtung herbeiführen mußte.

43 Auch zu diesem zentralen Thema fehlt eine wissenschaftliche Untersuchung. Daß einzelne Dienststellen auf die Plünderung vorbereitet waren, beweist die Errichtung der ersten Erfassungsstelle für polnische „Fremdarbeiter“ in besetztem Gebiet, die schon am 3. 9. 39 vorgenommen wurde — hierzu die bedeutende Untersuchung von Eva Seeber: Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft, Berlin-Ost 1964 (hier S. 28).

44 In den Jahren 1941—1942, als der Endsieg in Europa in greifbarer Nähe zu sein schien, hat diese Frage die NS-Führung stark beschäftigt; es wurde entschieden, das Problem durch ein großangelegtes, staatlich subventioniertes Wohnungsbauprogramm zu lösen (damaliger Fehlbestand

Zusammenfassung

Ab 1936 wurde der Rahmen des wirtschaftlichen Handelns in Deutschland durch die politische Führung definiert. Die Bedürfnisse der Wirtschaft wurden durch politische, vornehmlich durch außenpolitische Entscheidungen bestimmt und für ihre Befriedigung durch militärische Erfolge gesorgt. Die Tatsache, daß die wichtigsten Industriellen bei der „Arisierung“ der Wirtschaft, bei der Enteignung erobelter Produktionsmittel, bei der Versklavung von 6 Mio. Menschen aus Osteuropa und bei der Beschäftigung von KZ-Häftlingen nicht nur passiv mitgewirkt, sondern oft die Initiative ergriffen haben, bildet zwar ein vernichtendes Urteil über das Wirtschaftssystem, dessen wesentliches Organisationsprinzip — Wettbewerb — solche Verhaltensweisen hervorrief. Es kann aber nicht behauptet werden, daß selbst diese Aktionen den Ablauf der Geschichte des Nationalsozialismus grundsätzlich gestaltet haben — sie haben vielmehr einen gegebenen Rahmen barbarisch ausgefüllt. Die großen Firmen haben sich mit dem Nationalsozialismus identifiziert, um sich wirtschaftlich weiter entwickeln zu können. Ihr vom System gefördertes Profit- und Expansionsstreben und der verbissene Nationalismus ihrer Führer hat sie aber, wenn auch ohne jede Bedenken, an ein politisches System gekettet, auf dessen Zielsetzung — insoweit sie überhaupt kontrollierbar war — sie so gut wie keinen Einfluß hatten.

Eine elastische Zusammenarbeit von Wirtschaft und Staat zum Vorteil des Wirtschaftssystems hat es allenfalls in den Jahren 1934 bis 1936 gegeben und da nur in vorgetäuschter Form: denn diese Zusammenarbeit beruhte nicht auf einem stabilen Ausgleich der Klasseninteressen und nicht auf einem grundsätzlichen Konsens der öffentlichen Meinung, sondern auf der terroristischen Unterdrückung der Arbeiterbewegung und einer totalitären Publizistik. Die politische Führung baute sich eine institutionell weitgehend selbständige Machtposition aus, die sich als unerschütterlich erwies und die durch ihre Kontrolle über die Außenpolitik die gesamte Zielsetzung des Systems bestimmte.

Die Machtergreifung des Nationalsozialismus ist auf eine unvermeidliche Zersplitterung der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland zurückzuführen, und der Primat der Politik in seiner ausgereiften Form beruhte auf einer erneuten Zersplitterung in den Jahren 1936—1938. Das Gegen- und Nebeneinander war aber keineswegs auf die Wirtschaft beschränkt, es wurde vielmehr zum grundlegenden Organisationsprinzip des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Eine neue, funktionierende Gesamtrepräsentation des Volkes ließ sich nicht allein durch Terror, Propaganda und außenpolitische Erfolge (d. h. durch die Politik) erzielen; dazu wäre vielmehr eine rationale Umstrukturierung der Gesellschaft nötig gewesen, wozu es weder in der Wirtschaft noch in der NSDAP den geringsten Ansatz

etwa 3 Mio. Wohnungen). Daß diese Lösung die durch die Aufrüstung stark ausgebaute chemische und metallverarbeitende Industrie in eine schwere Krise gestürzt hätte, liegt auf der Hand.

gegeben hat. Die alten Gegensätze zwischen Landwirtschaft und Industrie, Kapital und Arbeiterklasse wurden in neuer Form, aber unentschärft weitergeführt; und dazu traten neue Strukturkonflikte: Gauleiter gegen Gauleiter und Reichsregierung, Partei gegen Wehrmacht und Beamtentum, SS und SD gegen alle⁴⁵. (Es sei hier nur am Rande vermerkt, daß die in der BRD auffallende *Entpolitisierung* des Kampfes um die *Verteilung des Sozialprodukts* in der deutschen Geschichte schon einmal verwirklicht war, nämlich 1938/39. Die gebotene Geschlossenheit des nationalsozialistischen Systems nach außen verbot die *öffentliche*, d. h. politische *Austragung* der durchaus vorhandenen Gegensätze zwischen den einzelnen Machträgern in dieser Frage; und Versuche, die Frage von unten her zu politisieren, führten zumeist ins KZ. Dagegen war eine nachhaltige, unpolitische, d. h. „ideologiefreie“ Vertretung der eigenen *materiellen* Interessen sehr wohl system-konformes Verhalten, wie es in der Weimarer Republik *keineswegs* der Fall war. Dank des Terrors und der Propaganda entwickelte sich also ein breiter, komplexer „Interessenpluralismus“, der dem heutigen nicht unähnlich war.) Das ganze System wurde durch zweierlei zusammengehalten: die frenetische, ziellose Dynamik des Expansionismus, die durch das fortlaufende Setzen neuer Aufgaben eine Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen und Interessen erzwang — denn Stillstand hätte einen Zerfall bedeutet; und zweitens durch die Funktion des Führerprinzips. Hitlers vermeintliche Taktik, den eigenen Machtbereich durch die Taktik des *divide et impera* auszudehnen, war eher eine systembedingte Notwendigkeit: denn die Pluralität der Interessen und Organisationen war schon gegeben; ihre Aufhebung scheiterte weniger an Hitlers Wunsch, immer schlichten zu können, als an der Macht derjenigen Interessen, die durch Grundsatzentscheidungen jeweils hätten geschwächt werden müssen⁴⁶. Die Treue zum Führer, die Bereitschaft der Leiter der Staats- und Parteiorgane, seine Entscheidungen anzunehmen, war im Krieg oft die einzige Klammer, die das „tausendjährige Reich“ vor der Anarchie bewahrte⁴⁷.

Allein aus dem Primat der Politik und aus der ihm zugrunde liegenden materiellen Pluralität des Herrschaftssystems sind die selbst-

45 Die Konflikte unter den Gauleitern und zwischen ihnen und der Reichsregierung, die im Krieg außerordentlich scharfe Formen annahmen, waren eigentlich eine Fortsetzung des alten Streits um den Föderalismus; zu den bekannten Aspekten des Kampfes zwischen der NSDAP und dem alten Staatsapparat muß ein sozialpolitischer hinzugefügt werden: die Partei widerstrebte mit Erfolg den Plänen des Arbeitsministeriums und des OKW, bei Kriegsbeginn eine allgemeine Lohnsenkung durchzuführen: Bundesarchiv Koblenz, R 41, Bd. 59.

46 Diese Ausführungen gelten für die Zeit vor dem Krieg; im Krieg wurde die Taktik *divide et impera* z. T. bewußt betrieben.

47 Nicht zuletzt durch sein persönliches Charisma; in der breiten Bevölkerung scheint er sehr populär gewesen zu sein, was einen wichtigen Ausgleich für die Unpopularität seiner Helfer, der Ideologie, des Krieges usw. schuf — vgl. Heinz Boberach: *Meldungen aus dem Reich* (Rez. in diesem Heft).

zerstörerischen Maßnahmen des Nationalsozialismus zu verstehen. Unter den ersten polnischen Juden, die in den Vernichtungslagern vergast wurden, befanden sich Tausende von gelernten Metallarbeitern aus polnischen Rüstungsbetrieben. Dies geschah im Herbst 1942, am Wendepunkt des Feldzuges gegen die Sowjetunion, der die Ansprüche der Wehrmacht an die deutsche Kriegswirtschaft noch weiter steigern sollte. Die Wehrmacht wies nachdrücklich auf die Irrationalität dieses Verfahrens hin, das die Kriegswirtschaft nur schwächen konnte, war aber nicht imstande, die jüdischen Rüstungsarbeiter für die Industrie zu retten. Der beschwerdeführende General wurde seines Postens enthoben⁴⁸. Der Verwendung knapp gewordener Eisenbahneinrichtungen für den Abtransport jüdischer Verfolgter gegen Ende des Krieges anstatt für die Versorgung der Streitkräfte an der Ostfront lag dasselbe interne Machtverhältnis zugrunde. Dank ihres Monopols über die Nachrichtendienste und die politisch-polizeiliche Waffengewalt und ihrer Position außerhalb des übrigen Rechtssystems und dank Himmlers Sonderstellung bei Hitler war die SS imstande, ihre ideologisch bestimmte Aufgabe der Judenvernichtung zum materiellen Schaden des gesamten Systems durchzuführen. Die Verselbständigung der Politik ist nirgends so klar zu sehen wie am Beispiel der SS, wo die Umsetzung der Ideologie in die Praxis den kriegswirtschaftlichen Interessen glatt widersprach und dennoch verwirklicht wurde⁴⁹.

Ein nicht ganz so krasses Beispiel liefert die Entscheidung vom März 1942, die Bevölkerung Osteuropas systematisch zu versklaven und der deutschen Rüstungswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Gauleiter Sauckel, zu dem Zeitpunkt zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz berufen, schlug vor, die Knappheit an Arbeitskräften durch Rationalisierung der Produktionsmethoden und Zwangsverpflichtung der deutschen Frauen zu lösen: Sklavenarbeit sei politisch und technisch unzuverlässig, unproduktiv und biete zugleich rassenpolitische Gefahren für das deutsche Volk. Sein Programm wurde von Hitler mit der Begründung abgelehnt, es bleibe keine Zeit, die Wirtschaft zu rationalisieren, und die deutsche Frau gehöre ins Haus. Weitere 5 Mio. „Fremd- und Ostarbeiter“ wurden daraufhin ins Reich verschleppt. Eine ideologisch bestimmte Politik siegte wieder über wirtschaftliche Kalkulation⁵⁰.

Der Versuch, diese Ideologie auf *einen* Nenner zu reduzieren oder sie als systematisch zu interpretieren, ist zum Scheitern verurteilt. Goebbels und sein Apparat haben zwar die Ideologie als beliebig manipulierbares Herrschaftsinstrument verstanden und benutzt. Letztlich wurde sie aber dennoch von der politischen Führung,

48 Gutachten von Dr. H. v. Krannhals im Prozeß gegen SS-Obergruppenführer Karl Wolff, München September 1964.

49 Die Vormachtstellung der SS kam nicht von ungefähr, erwuchs vielmehr aus ihrer für das System unerläßlichen Funktion bei der Zerschlagung der Linken, 1933—1936.

50 Vgl. Prozeß gegen Fritz Sauckel, IMG, insbes. Bd. 15. Die Mobilisierung weiblicher Arbeitskräfte war in England viel umfassender als in Deutschland.

insbesondere von Hitler persönlich und von der SS als „rassisch-sittliche“ Utopie so ernst genommen, daß ihr in entscheidenden Fragen selbst die kurzfristigen materiellen Bedürfnisse des Systems geopfert wurden. Gerade in den Fällen Judenvernichtung und Arbeitseinsatz der Frauen war zu dieser Zeit die Ideologie *keine* notwendige Stütze des Systems mehr. Denn die Judenvernichtung wurde unter Geheimhaltung in Polen durchgeführt, und den „Meldungen aus dem Reich“ zufolge hätte eine Zwangsverpflichtung der Frauen bei einem Großteil der Bevölkerung Verständnis gefunden. Was das System 1944 noch zusammenhielt, war die Angst: vor „dem Russen“ und vor dem allgemein gewordenen Terror.

Unter den Bedingungen kapitalistischer Produktion haftet der Behauptung eines Primats der Politik stets etwas Irrationales an, da das, wodurch sich dieser Primat legitimiert, das Gemeinwohl, nur vorgetäuscht werden kann. Erst dann, wenn der Staat einen Überblick und die Kontrolle über den gesamten wirtschaftlichen und sozialen Ablauf besitzt und in der Lage ist, die Zielsetzung des Systems nach Maßgabe des objektiv Möglichen zu bestimmen, kann von einem rationalen Primat der Politik die Rede sein. Die Radikalität des Primats der Politik im Nationalsozialismus dagegen wurzelte in der spezifisch historischen Auflösung der bürgerlichen deutschen Gesellschaft (1929—1933), des deutschen Kapitalismus (1936—1938) und der internationalen Politik in den 30er Jahren. Der politische Spielraum der nationalsozialistischen Regierung beruhte nicht auf dem Vertrauen einer politisch homogenen Gesellschaft, entstand vielmehr gerade aus der Zersplitterung der gesellschaftlichen Kräfte und der internationalen Opposition. Das Zusammentreffen beider Faktoren ermöglichte eine Verselbständigung des Staates, wie sie in der Geschichte ihresgleichen sucht. Die Entwicklung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems tendierte zwangsläufig zur *Selbsterstörung*, denn eine Politik, die nicht auf den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Reproduktion basiert, kann sich selbst keine begrenzten rationalen Aufgaben mehr setzen. Die Verselbständigung der Politik führte zu einem blinden Selbstlauf des Systems auf allen Gebieten, wofür die kapitalistische Konkurrenzwirtschaft besonders anfällig war. Zur Dialektik des Nationalsozialismus gehört die Lösung des ökonomischen Konkurrenzprinzips von allen auf die Erhaltung der gesellschaftlichen Reproduktion gerichteten institutionellen Beschränkungen. Der sich daraus ergebende wirtschaftliche Sog, bedingt durch die unbegrenzte staatliche Nachfrage nach Rüstungsgütern, tendierte dazu, das Wirtschaftssystem aufzulösen.

Die strukturelle Irrationalität fand ihren konkreten Ausdruck, zum Teil auch ihren Ursprung, in der spezifischen Irrationalität der nationalsozialistischen Ideologie. Diese Ideologie war Produkt einer untergehenden Gesellschaftsschicht und geriet mit der gerade durch die nationalsozialistische Herrschaft geschaffenen Wirklichkeit zunehmend in Konflikt. Die Bewegung, deren Ideologie auf die Bildung einer Gesellschaft von Einzelhändlern, Handwerkern und Kleinbauern gerichtet war, setzte eine gewaltige Beschleunigung des Konzen-

trationsprozesses in Industrie und Handel und der Landflucht in Gang. Der Versuch, mit „rassisch einwandfreien“ Bauernfamilien die Lebensraumideologie im „Warthegau“ (Westpolen) wortgetreu in die Praxis zu übertragen, war ein eklatanter Mißerfolg; ebenso der Versuch, die Arbeiterklasse zum Idealismus zu erziehen — die Arbeiter mußten auf Kosten der militärischen Leistungsfähigkeit gekauft werden, und doch reichte auch dieses Mittel nicht aus. Am Ende konnte nur in der SS und durch die SS der Ideologie ein Platz im Alltag gewährt werden — und dann nur in der und durch die radikalste Gewaltanwendung.

Opferbereitschaft und Kampfgeist auf der einen Seite und durchgreifende wehrwirtschaftliche Planung auf der anderen waren nur unter dem Druck der sich nähernden Niederlage zu verwirklichen. In den letzten Monaten jedoch — und zuvor schon im Widerstand des 20. Juli 1944 —, als sich die politische Führung in gegenseitige Vorwürfe und Intrigen endlich auflöste, flackerten schwache Zeichen von *Selbsterhaltung* wieder auf: Speer und der Industrie gelang es, die Durchführung von Hitlers Verbrannte-Erde-Befehl zu umgehen; und am 12. 3. 1945 entschied sogar Himmler, den Führerbefehl nicht auszuführen, alle KZs mitsamt Insassen in die Luft zu sprengen und ordnete gleichzeitig an, daß die Vergasung der Juden eingestellt werden sollte. Die Vorbereitung der Nürnberger Prozesse bei den Westmächten war bekannt geworden.

Besprechungen

I. Philosophie

Beyer, W. R. (Hrsg.): homo homini homo, Festschrift für Joseph E. Drexel zum 70. Geburtstag. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1966 (327 S., Ln., 24,— DM).

Eine Festschrift — aber ihr zentrales Thema ist der Schrecken. Zentral insofern, als das mittlere der drei Kapitel allein Gedichten von Günther Anders aus den Jahren 1933—1948 vorbehalten ist. Ihr Gesamttitel: „Der Schrecken“. Welcher Schrecken gemeint ist, geht schon aus der Widmung hervor. Die Schrift ist Joseph E. Drexel zum 70. Geburtstag zugeeignet, dem erfolgreichen Verleger, aber auch „dem tapferen Kämpfer für humanistische Ideale gegen faschistische Willkür, der trotz Mißhandlung und Peinigung an Leib und Seele nie den Glauben an den Menschen verlor...“ Um den Glauben an den Menschen geht es mehr oder weniger in allen Beiträgen zu dieser Festschrift. homo homini homo — das ist ein Postulat, dem homo homini lupus deutlich entgegengestellt. Was aber heißt es heute, nach der Erfahrung jenes Schreckens, ein Mensch zu sein? — In der letzten der hier gesammelten Erörterungen („Vom ‚Alter Ego‘ zum Wir“) schreibt der Herausgeber W. R. Beyer, und es liest sich wie ein Re-

süme: Mensch sein heißt immer gesellschaftlicher Mensch sein (303). Der Mensch ist von vornherein „Wir“. Der Weg geht vom Wir zum Ich, nicht vice versa (324). Das Wir aber ist die „Erscheinungsform des denkenden Wesens in der Praxis und als Praxis“ (317). Konkret: „Im KZ trat immer wieder das WIR als Erlebnis-Subjekt in den Vordergrund... Der ‚Sinn‘ dieses von den nationalsozialistischen Verbrechern und teilweise auch von ihren Opfern noch als ‚Leben‘ bezeichneten ‚Seins‘ war nur von einem WIR-Standpunkt aus deutbar und insoweit tragbar“ (327). Dieser Wir-Charakter, dieses gesellschaftliche Sein ist nach Georg Lukács („Die Szenik bei Shakespeare“) in den Dramen Shakespeares einzigartig präsentiert, die neben der griechischen Tragödie und dem modernen bürgerlichen Milieudrama ein tertium datur bedeuten, in denen zum erstenmal in der Geschichte die „diesseitige Vollendung der menschlichen Individualität“ zum höchsten Wert erhoben ist (60). Bei allen großen Gestalten Shakespeares „wird das politische Handeln, das gesellschaftliche Schicksal in die ethische Substanz der Individualität aufgesogen, erscheint als dessen Attribut oder Modus“ (61). Es bedarf daher kaum einer äußeren Szenik, die eigentlichen Schicksale sind in den Dialogen selbst enthalten (59). Einen echten Anlauf zur Shakespeare-schen Szenik sieht Lukács in der Gegenwart nur bei Brecht und auch hier nur bei dem „Revolutionär“ Brecht, der „im Laufe des Kampfes gegen den Hitlerismus“ zu „Gipfelszenen“ gelangt sei, „die sich auch von den besten bürgerlichen Dramen qualitativ unterscheiden“ (64).

Das Verhältnis Mensch — Gesellschaft ist auch in den übrigen Abhandlungen, die alle aus dem Kreis kontemporärer „Geisteswissenschaft“ kommen, durchweg das tragende Problem, wenn auch häufig nur indirekt im Rahmen einer Dichtungsinterpretation. (Am wenigsten gilt dies noch für das „Gottfried-Keller-Porträt“ von Walter Muschg und Max Steffls Bemerkungen über „Adalbert Stifters Gestalten“.) Immer nehmen die Autoren Partei für den Menschen. Aber Mensch ist nicht gleich Mensch. Dies wird schon in Karl Löwiths Beitrag („Menschenrechte und Bürgerrechte bei Rousseau, Hegel und Marx“) klar, der die Sammlung programmatisch eröffnet. Nach Löwith ist der Mensch der bürgerlichen Gesellschaft nichts Einheitliches und Ganzes mehr. „Er ist einerseits Privatmensch und andererseits Staatsbürger“ (15). Die „Menschenrechte“ meinen daher nur den Bourgeois im Gegensatz zum Staat als der „öffentlichen Zwangsgewalt“ (13).

Diese „privative Art des Menschseins“ (20) in der bürgerlichen Gesellschaft bedrückt auch die anderen Autoren. Aber sie sind sich keineswegs alle über die Ursache einig und daher auch nicht über den Ausweg aus der Situation, falls sie ihn überhaupt für möglich halten. Manche orientieren sich an der Religion. So kann auch Löwith sich die von Hegel und Marx konzipierte „Freiheit der höchsten Gemeinschaft“ nur nach Analogie einer „religiösen Ordensgemeinschaft“ (21) vorstellen. Wolfgang Rothe („Das Bild des Menschen bei Hermann Broch“) rühmt die „Botschaft“ Brochs, der den Menschen a priori als homo religiosus verstehe (93) und zum „enragierten Ver-

künder eines zeitlosen Platonismus“ geworden sei, indem er von Anfang an „die Straße, die aus der Geschichte hinausführt“, beschritten habe (92/93). Claude Bruaire („Négation et Dépassement de L'Humanisme“, mit dt. Übersetzung) glaubt, der Mensch strebe von Natur aus danach, Gott zu sein, und er müht sich, die logischen Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen, aus dem Weg zu räumen. Erich Heintel („Geschichtlichkeit und Toleranz“) besteht dagegen auf dem Willen zur Verantwortung in der „Geschichtlichkeit“, die immer schon an das in der Vergangenheit entschiedene Faktische, an die „Tradition“ gebunden sei (181). Da uns aber die letzte Sicherheit fehle, sei „Toleranz“ erforderlich. Toleranz ist, wie Heintel zitiert, ‚Geduld des Hörens‘ und ‚Kraft des Herzens‘, hinter der sich ‚ein stilles Vertrauen in eine letzte Ordnung der Dinge‘ verbirgt (195). „Schließlich wird Toleranz so überhaupt zu einem nicht weiter durch Reflexionen beeinträchtigten frohen und ‚entschiedenen‘ Ja zum Wirklichen und kommt dem sehr nahe, was im Christentum Glauben und bei Hegel ‚Vernünftigkeit der Wirklichkeit‘ heißt“ (195). Zur Einübung in die Toleranz wird „Übung im Humor“ empfohlen. Denn durch diesen werde die Welt „als Ganzes verklärt“ (196).

Einige andere Autoren, denen sich die Welt weder im Glauben noch im Humor verklären will, sehen den Menschen unentrinnbar im „Grenzland zwischen Einsamkeit und Gemeinschaft“. Unter diesem Titel interpretiert Eduard Goldstücker Kafkas „Schloß“. Seine These: K. will nicht die Schloßverwaltung bitten, im Dorf wohnen und arbeiten zu dürfen, sondern sein Ziel ist: „in das Schloß einzudringen und das Geheimnis seiner seltsamen Verwaltung zu entschleiern“ (65). Das Schloß selbst deutet Goldstücker als „die künstlerische Projektion der wuchernden bürokratischen Maschinerie, die das Leben jedes Menschen im modernen Zeitalter von der Geburt bis ins Grab begleitet und mehr und mehr bestimmt“. Sieht Goldstücker — zumindest bei Kafka — das Individuum vor allem durch die „überbürokratisierte Gesellschaft“ bedroht (72), so glaubt Ernst Schumacher („Kreatur und Kreator Mensch“), das Individuelle komme heute gleichsam abhanden „im Quantitativen, im Zahlenmäßigen“ (77). Der Kampf um die Erhaltung des Menschengeschlechts könne daher nur noch „durch den organisierten massenhaften Zusammenschluß von Menschen“ gewonnen werden (79). Für Hanns Braun („Der Ort des Publikums im Theater“) ist der Einzelmensch durch „jene Ordnung, die das Maschinenwesen ... erzwingt“, zum ‚technisierten Menschen‘ geworden, der als Zuschauer im ‚Epischen‘ Theater die Lenkung ohne Widerspruch hinnimmt (126 f.).

Nur einigen wenigen Autoren erscheint das „Grenzland zwischen Einsamkeit und Gemeinschaft“ überschreitbar. Mario Rossi („Fondamenti d'un' Etica Umanistica“, ital. mit kurzem dt. Auszug) entwirft eine „Wertlehre menschlichen Tuns“, in der die „Wiedervereinigung des selbstproduktiven menschlichen Lebens, d. h. eine Überwindung der Trennung von Basis und Überbau“ gefordert wird (268). - Dem Versuch, sich mit der Gesellschaft einzulassen, wirkt nach Heinz Maus („Industriegesellschaft und Elite“) die Ideologie entgegen,

die dort, wo Kapitalismus gemeint ist, von der ‚industriellen Gesellschaft‘ spricht, „obgleich doch die freie Welt die Realität des längst imperialistisch gewordenen Kapitalismus der Oligopole uns tagtäglich vor Augen führt“ (164). Wie Maus hervorhebt, zählen in unserer Gesellschaft heute 80 % der Bevölkerung zu den sogenannten abhängigen Erwerbstätigen, die sich ihrer tatsächlichen ökonomischen und politischen Macht aber nicht bewußt sind, denn in Wirklichkeit sind es die „Wirtschaftsgiganten“, die in einem früher nie gekannten Maße von denen abhängen, die von ihnen abhängen (165). Wenn die Gesellschaft heute überall Experten hervorbringt, so darf daraus nicht die „aufgeklärte Diktatur der Ministerialbürokratie“ werden, die Arnold Gehlen für erstrebenswert hält, sondern erfordert ist eine demokratische Ordnung, in der alle Führungsgruppen sich einer „von unten her beeinflussbaren Auslese und Kontrolle unterwerfen“. Ein solches wechselseitiges Verhalten beginnt sich, wie Maus glaubt, unter den Arbeitern und Ingenieuren in der Industrie bereits auszubilden (167). — Ungebrochener Optimismus im Hinblick auf das Verhältnis von Mensch und Gesellschaft findet sich allein bei Marianne Girod („Das Menschenbild Maxim Gorkis“). Sie sieht im Kollektiv keine notwendige Einschränkung der Individualität, vielmehr sei das in der sozialistischen Auffassung gemeinte Kollektiv eine Gemeinschaft von Individuen, „die je nach ihren Fähigkeiten auch hervorragende Spezialisten, Neues schaffende Individualitäten und leitende und anleitende Persönlichkeiten sein sollen“ (109). Die Autorin sucht in ihrer Gorkiinterpretation die besondere Art des ‚Gorkischen Humanismus‘, der ein „aktiver“, ein „sozialistischer“ Humanismus sei, herauszuarbeiten. „Dieser Humanismus begnügt sich nicht angesichts der noch in der Welt verübten Unmenschlichkeiten mit der Verkündung hoher, edler Ziele, mit der Forderung nach moralischer Selbstvervollkommnung des einzelnen, wie sie noch L. Tolstoi stellte, sondern er besteht sowohl in unermüdlichem und konsequentem Kampf gegen Verrat und Gewaltverbrechen an Menschen als in der Weckung und Förderung aller der freien Entfaltung des Menschen dienenden Initiative und Hilfe“ (110).

„Das denkende Ego ist ein Wir“, schreibt W. R. Beyer in seinem oben erwähnten Beitrag (321). Die angesehenen Wissenschaftler aus den verschiedensten Ländern Europas, und zwar aus Ost und West, die sich hier zum Thema „homo“ geäußert haben, denken so verschieden, daß sie sich in der Theorie kaum miteinander zu einem „Wir“ zusammenfinden würden. Indem sie aber diese Festschrift nicht, wie es üblich ist, einem „Kollegen“, sondern einem Mann der Praxis, und zwar der harten politischen, der antifaschistischen Praxis gewidmet haben, demonstrieren sie damit doch die wachsende Einsicht, daß die „Geisteswissenschaft“ nicht mehr ein Residuum gelehrter „Privatmenschen“ abgekehrt von der Gesellschaft sein kann, sondern daß sie als Theorie selbst praktisch werden muß, wenn sie es vermeiden will, daß sich der „Schrecken“ noch einmal wiederhole.

Friedrich Tomberg (Karlsruhe)

Plessner, Helmuth: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes. Vierte, unveränderte Auflage. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1959 (174 S., kart., 14,50,— DM).

Das Buch entstand 1934/35. Von den Nazis vertrieben, stellte sich Plessner an der Universität Groningen die Aufgabe, die Herkunft der Doktrinen des Dritten Reiches und die Gründe ihrer demagogischen Wirkung aufzudecken. Hierzu veranlaßte ihn nicht nur der erzwungene Abschied von Deutschland und die Erwartung, daß die Ereignisse eine verhängnisvolle Wendung nehmen würden, sondern vor allem die Vermutung, daß die Roheit der Nazi-Aktionen ein spezifischer Abfall von dem sei, was Plessner dem Besten des deutschen Geistes zugehörig glaubte. Er konzentrierte sein Denken auf die geistige Vorgeschichte des Nazismus, nicht weil er die Notwendigkeit der Analyse der sozialen Genesis und Funktion reaktionärer Philosopheme übersah, sondern weil er, wie Lukács, in dessen „Zerstörung der Vernunft“ er später manche wesentlichen Thesen seines Buches bestätigt fand, immanente Kritik für ein unentbehrliches Moment für die Entlarvung reaktionärer Tendenzen in der Philosophie hielt.

Anders als die Völker des alten Westens, so meint Plessner, kann Deutschland nicht auf ein „goldenes Zeitalter“ zurückblicken, in dem die Mächte der Aufklärung und die formenden Kräfte des Nationalstaates in einer inneren Verbindung stehen. Verantwortungsbewußtsein gegen den Staat und gegen die geistige Welt gerieten auf diese Weise in einen Dualismus, der vom Luthertum und der weiteren kirchlichen Entwicklung nachhaltig verstärkt wurde. In der mönchischen Weltindifferenz Luthers, seiner Wendung ins Innere, sieht Plessner einen wichtigen Grund für die deutsche Katastrophe. Dagegen hätten Katholizismus und Calvinismus, indem sie an dem Primat der Kirche über den Staat festhielten, der Privatisierung der Gläubigkeit einen Riegel vorgeschoben, somit aber auch der Aufklärung und dem innerweltlich-rationalen Staat demokratisch-parlamentarischer Form den Boden bereitet. Aufklärung in klassischer Form sei verweltlichter Katholizismus. Später verstärkte der Einfluß der industriellen Revolution die unpolitische Haltung des deutschen Bürgertums. Die überweltliche Autorität Gottes sei durch die Entwicklung des Ideologieverdachts von Kant zu Marx erschüttert worden. Der verallgemeinerte Ideologieverdacht der Nihilisten schwächte die innerweltliche Autorität der Vernunft. Schließlich hätte die Zerstörung der Philosophie als Instanz durch Marx, Kierkegaard und Nietzsche die Kapitulation vor der Politik erleichtert. Das ist schon richtig. Nur hätte Plessner deutlicher herausarbeiten sollen, wie und warum die Angst vor den politischen Konsequenzen des Denkens von Marx weite Kreise der Bildungsbürger dem Zerstörer der Vernunft aus den Schulen der Lebensphilosophie in die Arme trieb. Das freilich ist in einer bloß geistesgeschichtlichen Analyse nur in engen Grenzen möglich. So wird der Anschein erweckt, als ob

Plessner zwischen Marx einerseits, Kierkegaard und Nietzsche andererseits nicht ausreichend unterscheidet.

Wilfried Gottschalch (Berlin)

Lukács, Georg: Von Nietzsche bis Hitler oder Der Irrationalismus in der deutschen Politik. Bd. 784: Bücher des Wissens, Fischer-Bücherei, Frankfurt/Main 1966 (268 S., 3,80 DM).

Lukács, Georg: Die Zerstörung der Vernunft. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1962 (757 S., Ln., 58,— DM).

Als Taschenbuch sind einige Kapitel aus der „Zerstörung der Vernunft“ erschienen. Das für diese Ausgabe eigens verfaßte Vorwort „Über die Bewältigung der deutschen Vergangenheit“ spricht eine recht andere Sprache als z. B. das Vorwort von 1952. Dies zeigt sich etwa in der Einschätzung der Bundesrepublik: Weder ist sie ‚faschistisch‘, noch hat sie effektiv mit der gesellschaftlich-geschichtlichen ‚Fehlentwicklung‘ gebrochen, die im (als unwiederholbar gesehenen) Nazismus gipfelte. Sie erscheint gefährlich, aber nicht akut. Stalins Politik habe den „objektiv durchaus möglichen Versuch, aus der DDR ein demokratisches Piemont für Gesamtdeutschland zu machen“, verunmöglicht. Von der offiziellen Politik in der BRD sei „nichts zu hoffen“. Eine neue linke Organisation werde es „wahrscheinlich lange nicht geben“, wodurch „Funktion und Gewicht der Ideologen, vor allem der denkenden Schriftsteller, immer größer werden“. — „Die Zerstörung der Vernunft“, die in Westdeutschland erstmalig 1962 erschien, ist in ihrer Aufgabenstellung in mehr als einer Hinsicht vorbildlich. Sie geht von der richtigen Erkenntnis aus, daß die neuere Geschichte sub specie des Faschismus geschrieben werden muß. Und zur Darstellung der Geistesgeschichte bedient sie sich des Begriffs der Vernunft, wie er dem Bürgertum, das mit ihm groß geworden war, zunehmend zum Skandalbegriff wurde. Lukács kann als Kommunist den Begriff der Vernunft so selbstverständlich und siegesgewiß handhaben wie einer der Vertreter etwa des englischen oder des niederländischen Bürgertums im 17. Jahrhundert. Im Nachwort gibt er ihm denselben legitimierenden Inhalt, wie Hobbes und Spinoza: den Frieden. In der Weltfriedensbewegung sah Lukács 1953 die Kraft, deren „bloße Existenz welthistorische Bedeutung fürs Denken (hat): den Schutz der Vernunft als Massenbewegung. Nach einem Jahrhundert der wachsenden Herrschaft des Irrationalismus beginnt die Verteidigung der Vernunft, die Wiederherstellung der zerstörten Vernunft ihren Siegeszug in den Massen . . . das große Gegenbeispiel von heute gegen die panische Angst vor der ‚Vermassung‘, gegen den eng mit ihr verbundenen Irrationalismus.“ — Neben der Fixierung der Friedensbewegung zum Heilsträger gibt es in diesem großartigen Buch noch viele andere Schwächen und Lücken. Die Typisierung von ‚Vernunft‘, ‚Unvernunft‘ und ‚Dialektik‘ — meist springen diese Begriffe, die doch der historischen Konkretion bedürfen, als völlig fertige Typen aus dem Arsenal — gräbt dem ‚Irrationalismus‘ noch nicht das Wasser ab. Auch Vernunft

ist nichts Erstes und Selbständiges. Insgesamt enthalten die Darstellungen zu wenig Widersprüchlichkeit, aber auch zuviel Notwendigkeit. Oft wird eine Philosophie überschätzt als ideologisches Subjekt, als kalkulierendes Hirn der Klasse. Gelegentlich treten sogar existenzialistische Kategorien wie „Entscheidung“ und „Wahl“ in den Vordergrund. In alledem verrät sich ein Mangel an Materialismus, kompensiert durch ein Zuviel an Hegelei. In einen kritisch gemeinten Satz wie diesen: „Daß die mythische Gegenständlichkeit eine vom Subjekt geschaffene ist, unterliegt keinem Zweifel“, gehen mit dem Zauberwort ‚Subjekt‘ (unbestimmt gelassen) zuviele selber idealistische Mythen ein. — Diese Einwände sind nicht nur flüchtig, sie sind auch eher als Aufgabenstellungen für kommende Untersuchungen gedacht denn als Angriffe auf dieses Buch. Für Philosophie, die nicht in erlesenen Belanglosigkeiten geschmäckerlich sich aufgeben will, führt kein Weg an Anspruch und Methode, deren Konkretion Lukács versucht hat, vorbei. Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

Heist, Walter: Genet und andere. Exkurse über eine faschistische Literatur von Rang. (Claassen Cargo, hrsg. von Alfred Andersch) Claassen Verlag, Hamburg 1965 (206 S., Ppb., 11,50 DM).

Man bräuchte um ein Buch wie dieses nicht viel Aufhebens zu machen, hätte es nicht diesen Titel. Während es sich schlicht um gesammelte Essays aus etwa zehn Jahren handelt, intendiert der Titel eine Problematik, die eine genaue Behandlung verdient hätte. Das Verhältnis von praktischer Résistance und theoretischer Kollaboration, die Mythologie des Absurden und der irrationale Aktivismus hätten einen Einstieg bieten können, um die Beziehung von Kunst und Gesellschaft in der Ära des Faschismus zu erkennen. Darüber hinaus hätte eine Klärung der Frage, ob faschistische Literatur überhaupt Rang haben kann, ins Zentrum der gegenwärtigen Diskussion geführt. Ihre Bejahung hätte gleichzeitig ihre Verneinung sein müssen, würde die Notwendigkeit einer Umfunktionierung der Literatur implizieren. — H. hätte das zumal an Céline, dem einzigen offenen Faschisten, dessen Werke zählen, darstellen können. Aber er tut das genaue Gegenteil, nennt die ersten und besten Werke Célines vorfaschistisch, die letzten nachfaschistisch und spricht den mittleren gerade ob des rabiaten Faschismus jede Qualität ab. Bei Genet hingegen ist das Verhältnis zum Faschismus sehr viel vermittelter. H. übersieht vor allem, daß man zwischen manifester Homosexualität und der latenten der Nazis unterscheiden muß (vgl. Argument 32 S. 30 ff.): Der päderastische Hitler, der in „Pompes Funèbres“ auftaucht, ist schon keiner mehr. — Gleichwohl enthält das Buch Ansätze, etwa die Bestimmung des Faschismus als einer „Welt, die die Revolution nicht mehr kennt“ (S. 97), die es notwendig erscheinen lassen, daß H. das Buch, das den Prozeß gegen ‚Genet und andere‘ eröffnet, noch schreibt. Er sollte auch Beckett nicht vergessen.

Hans-Peter Gente (Berlin)

Helms, Hans G.: Die Ideologie der anonymen Gesellschaft. Max Stirners ‚Einzigler‘ und der Fortschritt des demokratischen Selbstbewußtseins vom Vormärz bis zur Bundesrepublik. Verlag M. DuMont Schauberg, Köln 1966 (619 S., Ppb., 29,— DM).

„Heute ist die Mittelklasse in Stellvertretung herrschende Klasse in allen modernen Industriestaaten. Ihr Herrschaftssystem ist das der anonymen statistisch kontrollierten Ordnung.“ Der Faschismus ist laut Helms das Produkt, und seine Ideologie die Ideologie der „Mittelklasse“, Max Stirner ihr frühester konsequenter Ideologe. Das letzte Kapitel beginnt mit den knappen Sätzen: „Von der Gegenwart ist wenig zu berichten, von der Zukunft Schlimmeres zu erwarten, ein Kontinuum der faschistischen Ideologie zu konstatieren.“ Nicht zuletzt der Absurdismus setzt sie fort. „Über das Absurde — existenzialistischer Terminus für das, was bei Stirner unter Einzigkeit subsumiert ist, nämlich das uneinsichtige, unreflektierte und darum absurd erscheinende Verhältnis des isolierten Individuums zur bestehenden Umwelt — hatte Mussolini sich 1914 im ‚Avanti!‘ geäußert. Er sprach von einer ‚wunderbaren, aber absurden Konstruktion. Auch das Absurde kann wunderbar sein. Wir denken an Stirners ‚Einzigler‘.“ — Helms hat besonders viel Material über die weitverzweigten Sekten zusammengetragen, die später in den Hauptstrom des Faschismus einfließen: „der individualistischen Anarchisten, Syndikalisten, Stirneristen, Anthroposophen, Individualisten, Personalisten“ etc.; eine ca. 1 000 Titel umfassende Bibliographie enthält u. a. die Zeitschriften und Propagandabroschüren solcher Gruppen (einer ihrer Verlage nannte sich „Das Dritte Reich“). — Den sektiererischen „gewöhnlichen Faschismus“ darzustellen — wobei Helms in der „Deutschen Ideologie“ von Marx und Engels eine entscheidende Vorarbeit fand und auch als solche anerkannte und benutzte —, ist ein verdienstvolles Unternehmen, das noch viel nützlicher geworden wäre, hätte sein Autor sich weniger vom Stirnerschen Jargon anstecken lassen. Sein grenzenloser Begriff von Faschismus sieht allzu sehr nach dem Werk eines „Einzigler“ aus.

Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

Portmann, Adolf: Aufbruch der Lebensforschung. Rhein-Verlag, Zürich 1965 (268 S., Ln., 24,80 DM).

Von den Einzelerkenntnissen „unseres Bewußtseins“, speziell von einer Verhaltensforschung, die nur Beobachtung von außen gelten läßt, geht Portmann zurück auf eine „verborgene Einheitswirklichkeit“ (13) und findet sie im Lebendigen. Als Ganze, als Realitäten des Erlebens sind Organismen einander gegeben. Was in diese reale Präsenz alles eingeht, kann bloß mit Verstehen nicht gefaßt werden. Daher gilt es für Portmann, die „Sphäre der Subjekte“ erst noch objektiv zu ergründen. Die physikalisch-chemischen Methoden eines biologischen Funktionalismus treffen nach Portmann nur die Realität beziehungsarmer, durchsichtiger Organismen wie z. B. der Qual-

len. Fälschlicherweise seien aber unter dem Gesichtspunkt der Reproduktion Bezugspunkte der gesamten Biologie Stoffwechsel und Fortpflanzung geworden. Dem setzt Portmann als Fixpunkte einer Hierarchie biotischer Merkmale entgegen: Weltbeziehung vom Zentrum einer aktiven Innerlichkeit her und Selbstdarstellung in der Erscheinung. Jeder Organismus verwirkliche die „spezifische Seinsform“, die in seinem Protoplasma festgelegt ist, in relativer Autonomie. Die „Dienstbarkeit“, wie sie beispielsweise im Gesehenwerden der Blüten eintritt, erklärt Portmann für eine sekundäre Auswertung. Für ihn ist relevant, daß die Formen des Lebendigen, d. h. Gestalten, als Selbstdarstellung entstanden sind und sich darin wesentlich von Maschinen unterscheiden, die vom Menschen konstruiert sind und die Leistungen plasmatisch-biochemischer „Maschinen“ der Natur (z. B. eines Insektengehirns) nicht einmal ahnen lassen.

Portmanns Interesse an Gestaltmerkmalen läßt ihn Indizien dafür gewinnen, daß in der Theorie über die Entwicklung der Arten das von Darwin aufgebrachte Modell in letzter Instanz nicht hinreicht. So werden darin Mutationen nur auf Zufall zurückgeführt: „Die Umformung von geometrisch faßbaren Mustern zeigt jedoch in ihrer genetischen Wandlung Gesetzmäßigkeit, die formal nachweisbar ist, wenn sie uns im genetischen Geschehen auch noch verborgen bleibt. Ob es sich um Abwandlung eines Zebramusters oder um die von Schlangenzeichnungen handelt, immer führt die Wandlung von einer Ordnung zu einer anderen“ (102). Freilich wird das Problem bloß verschoben, da Portmann schreibt: „Mutationen wirken umformend an Gestalten . . . das Rätsel des Werdens und des Aufbaus von Gestalten bleibt nach wie vor ungelöst“ (161).

Eigenart, Größe und Grenzen menschlicher Freiheit sind Portmann zufolge nur zu erfahren, wenn man die „strenge“ Bindung an erbliche Entwicklungsgeschehnisse beachtet. Portmanns in der Anthropologie vielzitierte morphologische Thesen lassen den Menschen als „sekundären Nesthocker“ begreifen. Menschliche Individuen holen bestimmte fötale Ausbildungen, die vergleichbare Tiere bei Geburt schon haben, im ersten, extra-uterinen Jahr nach. Kulturelle Einflüsse wirken dabei prägend. So bestimmen Tradition und Lernen auch auf dem weiteren Weg des Individuums einen der „machtvollsten“ Faktoren, die dem Welterleben der Individuen vorgegeben sind: Sie vermitteln die besonderen Gehalte, z. B. die Art, wie das universelle „Lebensfaktum“ der Zweigeschlechtlichkeit beim Menschen in das „Welterleben“ des Individuums „eingegliedert“ wird. Portmann sieht eine „durchgehende Sexualisierung der gesamten Welterfahrung einerseits, aber auch eine ebenso durchgehende Möglichkeit der Vergeistigung unseres sexuellen Erlebens andererseits“ (135). Einen Konflikt zwischen Welterfahrung und Triebansprüchen sieht Portmann durch eine Art Entwöhnung heraufkommen. Von den einzelnen wie von Generationen werde in der technisierten Welt als Schicksal abverlangt, über die Welt der Sinne „hinauszuwachsen“ in eine sekundäre Welt eigener Rationalität. Als Ausgleich, fordert er, müsse das Bedürfnis „nach einer reichen Welt der Sinne und der

Bilder gehegt, ja gesteigert werden“ (144), womit er sich der Tiefenpsychologie verbunden weiß. In die begriffliche Fassung dessen, was Portmann „grundmenschliche Weltsicht“ nennt, geht das Konfliktmodell jedoch nicht ein. Mit keinem Wort erwähnt er die negativ prägende Wirkung von Verboten, Zwängen, Konkurrenz, Klassenzugehörigkeit. — Im Namen eines reicheren Naturbildes, eines Bildes, „das nicht mehr einseitig in den Farben der Kampfstimmung getönt ist“, weist Portmann den Darwinismus ab. Er verurteilt nicht nur seinen „Mißbrauch“ als Doktrin. Schon daß Darwin seine Theorie vom Daseinskampf aus der Rezeption der Bevölkerungswissenschaft von Malthus auf die Naturphilosophie übertrug, erweckt Portmanns Ideologieverdacht. Die Leitidee einer Biologie sei disqualifiziert, solange sie sich aus einer „ganz bestimmten“ Gesellschaftssituation herleitet, d. h. nicht „grundsätzlich“ bloß von einer sozialen Seite des Wesens Mensch spricht wie etwa Aristoteles. Daher heißt es: „Wo der Frühdarwinismus unbedenklich vom Kampf ums Dasein sprach, wird heute die Bezeichnung eines ‚Tributfriedens‘ vorgezogen“ (98); und: „Überproduktion ist eine Naturserscheinung für sich“ (95), d. h. „Ausschuß“ von Keimen ist nicht als Ergebnis eines Kampfes zu denken. — Taugen diese Begriffe aber nicht ihrerseits zur Verschleierung der „Überflußgesellschaft“? Zumal Portmann an einer Stelle zu kurz schließt, die für ein anderes Interesse entscheidend ist: Im „Berufsleben“, sagt er, sei es das Fehlen eines erblichen Polymorphismus, einer „natürlichen Organstellung“ (Troeltsch), das „den Menschen immer wieder vor die Notlage stellt, als Individuum die Eingliederung in den Arbeitsprozeß zu finden, und die Führenden sind gezwungen, die nötigen Sozialregelungen für diese Arbeitsteilung zu ersinnen“ (108).

Rolf Czeskleba (Berlin)

II. Soziologie

Prethus, Robert: Individuum und Organisation — Typologie der Anpassung. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Ilse Grubrich. Welt im Werden. S. Fischer Verlag. Frankfurt am Main 1966 (350 S., Ppb., 17,80 DM).

Goffman, Erving: Stigma. Notes on the Management of Spoiled Identity. Prentice-Hall, Inc. Englewood Cliffs, N. Y., 1963 (147 S., Ppb., 1,95 \$).

Prethus, Professor für politische Wissenschaften an der Cornell University und Herausgeber der Zeitschrift ‚Administrative Science Quarterly‘, handelt in seinem Buch von Verhalten, das von gesellschaftlichen Wertvorstellungen bestimmt ist. „Das Verhalten von Individuen und Gruppen wird heutzutage in starkem Maße von

Organisationen (definiert auch als Miniaturgesellschaften) geprägt, was in einem Gewirr von Belohnungen, Sanktionen und anderen Anreizen zum Ausdruck kommt, die von offenkundigen Zwangsmaßnahmen bis zu subtilsten Gruppenappellen in Hinblick auf konformes Verhalten reichen“ (13). An die Beobachtung einer raschen Strukturveränderung in der Wirtschaft in den letzten 75 Jahren hin zu immer weniger, größeren und mächtigeren ‚Großorganisationen‘ (auch bürokratisches System genannt) schließt Presthus eine Untersuchung über das Individuum an, mit der Behauptung, „daß die unpersönlichen, langfristigen Zielsetzungen von Großorganisationen, ihre strengen Kontrollmechanismen, ihre Größe und ihre Tendenz zu absolutistischen Machtstrukturen auf die Belegschaft möglicherweise disfunktionale, angstauslösende Wirkungen haben“ (27). Er postuliert drei, in ihrer Brauchbarkeit allerdings nicht unbezweifelbare Idealtypen (er beruft sich mehrfach auf Max Weber, als dessen Schüler er sich zu verstehen scheint): den „Aufsteigenden“ (Identifizierung mit Organisation, Respekt vor Autorität, Machtausübung durch Anpassung), den „Indifferenten“ (Abtrennung der Arbeit von sinnvoller Freizeit, Interesslosigkeit an Politik und ‚Gemeinschaft‘) und den „Ambivalenten“ (Nichtanerkennung von Autorität und Status, Wunsch nach schöpferischer Tätigkeit, Nicht-akzeptieren von Organisationszielen, dennoch Beibehaltung von Wertvorstellungen wie Prestige und Einflußnahme), und prüft, inwieweit Anpassung an die aus Organisationen bestehende Umwelt geleistet wird. Wesentliche Merkmale für Organisationen sind für ihn: Spezialisierung, Hierarchie, Oligarchie, Rationalität, zentralisierte Autorität — Statusangst, Rollenkonflikte, Wertverschiebungen, informale Macht-, Prestige- und Kommunikationszentren. Hierbei stützt er sich auf eine Vielzahl von soziologischen Arbeiten und empirischen Untersuchungen. Um die psychischen Auswirkungen auf das Individuum darzustellen, beruft er sich auf Sullivans interpersonale Theorie. So kommt er zu dem Ergebnis, daß das Individuum, von Kindheit an um Vermeidung von Angst bemüht, in autoritären Familien Gehorsam und Anerkennung von Autorität lernend, verbunden mit einem „dringenden“ insbesondere „amerikanischen Bedürfnis geliebt zu werden“ (285), faktisch zum Angestellten einer Großorganisation erzogen wird. Es sei hier, entfremdet von Arbeit, da diese nurmehr in Teilaspekten zergliedert keine Befriedigung mehr verleihe, lediglich auf Ersatze, nämlich Status und Prestige bedacht. Die „demokratisch-humanistischen Wertvorstellungen“ wie „Gleichheit der Chance, Freiheit des Denkens und das Recht auf Selbstverwirklichung“ (25), die der Autor eingangs als „Leitbegriffe“ zur „Beurteilung“ der „Folgeerscheinungen“ von Großorganisationen in Anspruch nahm, werden zwar von ihm am Schluß nicht mehr explizit erwähnt, aber, so kann der Leser schlußfolgern, ihre Verwirklichung ist nicht mehr möglich.

Da dem Buch eine grundlegende Theorie mangelt, und in ihm weder historische noch ökonomische Notwendigkeiten begriffen werden, da schließlich das Buch keinen Ausweg zeigt, sind die dargestell-

ten Einzelheiten mit Beliebigkeit geschlagen. Es ist dem Autor im Grunde gleichgültig, ob er Gewerkschaften, Standard Oil oder Universitäten untersucht, wichtig bleibt nur, daß sie die oben erwähnten Strukturelemente aufweisen. So nimmt auch nicht weiter wunder, daß er zum Schluß nur raten kann, die Universitäten, bzw. Forschungszentren von der Bürokratisierung auszusparen, was er — und hier zeigt sich noch einmal, daß bloß deskriptives Darstellen dessen, was ist, am Ende allenfalls zu einem ‚Zurück‘ gelangt — mit dem romantischen Klischee vom ‚einsamen Forscher‘ glaubt begründen zu können. „Röntgen entdeckte die X-Strahlen, weil er auf eine Schachtel mit photographischen Platten stieß, die auf einem Regal in der Nähe einer Kathodenstrahlröhre angegriffen worden waren; wäre er Direktor eines großen Forschungsinstituts gewesen, so hätte der Mann, der die Röhren beaufsichtigte, die Platten vermutlich, ohne seinem Chef etwas davon zu sagen, weggeworfen“ (290).

Renate Mayntz prüft in einem vergleichenden Nachwort, wieweit sich die amerikanische Analyse auch auf bundesrepublikanische Verhältnisse übertragen läßt. Bis auf einige historische Differenzen und Größenunterschiede scheint ihr das möglich.

Von den Unangepaßten handelt Erving Goffman, Professor für Soziologie in Berkeley, in seinem Buch. Stigma nennt er jede Abweichung von der sozial gesetzten Norm. Am auffälligsten wird diese Diskrepanz zwischen gefordertem und tatsächlichem Sein an denen, die in dem Buch die Stigmatisierten heißen. Den Begriff Stigma wendet der Autor, nach kurzem Rückblick auf seine historische Bedeutung, auf folgende drei möglichen Attribute an: 1. physische Deformation, 2. „unerwünschte Charaktereigenarten“, zu denen auch z. B. Alkoholismus, Homosexualität, Geisteskrankheiten und überhaupt Lebensuntüchtigkeit gezählt werden; 3. phylogenetische Stigmata, bei denen die Zugehörigkeit zu einer Rasse, Nation oder Religion schon zur Diskriminierung ausreicht. Mit zahlreichen Dokumentationen (Tagebücher, Briefe, empirische Untersuchungen und andere Forschungsarbeiten) belegt, veranschaulicht der Autor im einzelnen, mit welchen Antizipationen die oben bezeichneten zu rechnen haben. Sein Hauptaugenmerk gilt dem unmittelbaren Kontakt Stigmatisierter mit sogenannten Normalen. So glaubt er aus seinen Überlegungen sowohl die historische Dimension der Vorurteile als auch ihre möglichen in der Psychopathologie ansässigen Motive aussparen zu können. Im Kulminationspunkt der aktuellen Begegnung analysiert Goffman eine breite Skala potentieller Antizipationen und Reaktionen, kurz die individuelle mögliche Bewältigung mit aufgezwungenen sozialen Identitäten. Auf der Suche nach dem Maß, das den Menschen die Kategorie normal oder abweichend beimißt, stößt der Autor in der amerikanischen Gesellschaft zum Beispiel auf folgende Richtvorstellung: „Es gibt in einer wichtigen Hinsicht nur ein vollständig fehlerloses männliches Wesen in Amerika: ein junger, verheirateter, weißer, urbaner, nördlicher, heterosexueller, protestantischer Vater mit College-Erziehung, voll beschäftigt, von gutem Aussehen, Gewicht und Größe und einer neueren Sportleistungsurkunde“

(S. 128). Nach dieser Elle gemessen aber, so folgert der Autor, gibt es im Grunde niemanden, der in jeder seiner sozialen Zuordnungen sich als normal erweisen kann. So trifft das Schicksal der Stigmatisierten eigentlich die ganze Menschheit, wenn auch in unterschiedlich großem Ausmaß.

Das Buch führt den Untertitel „Notizen zum Management beschädigter Identität“. Es liefert in dieser Form eine so ausführliche, genaue Darstellung von vorurteilsgeprägtem Verhalten und Einstellungen, daß nach seiner Lektüre die übliche gedankenlose Anwendung anezogener und gesellschaftlich eingeübter Antizipationen zumindest für den Leser nicht mehr ganz so wahrscheinlich ist. Dennoch weist es einige Mängel auf. Diskreditierungen, die gebraucht werden, um Klassen zu bezeichnen, mehr noch: um den Klassencharakter der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, werden in diesem Zusammenhang kaum erwähnt. Die Forschung nach psychischen Beweggründen (z. B. bestimmte gesellschaftlich unerwünschte Momente seiner selbst auf eine Weise zu unterdrücken, die ihre Zuschreibung und Verfolgung an anderen notwendig macht — z. B. bei Homosexualität oder Prostitution —) verweist Goffman an die Psychopathologie, die bekanntlich das, was „binnenpsychologisch“ sich nicht darstellen läßt, wiederum der Soziologie anheimstellt. Überhaupt wird die Frage nach dem Warum, Woher und Wozu gesellschaftlich gültiger Standards nicht gestellt. Gleichwohl ist diese Studie in der Behandlung des Themas der sozialen Abweichung ein außergewöhnliches und aufklärerisches Buch.

Frigga Haug (Berlin)

Fügen, Hans Norbert: Die Hauptströmungen der Literatursoziologie und ihre Methoden. Ein Beitrag zur literatursoziologischen Theorie. Abhandlungen zur Kunst, Musik und Literaturwissenschaft Bd. 21, H. Bouvier und Co-Verlag, Bonn 1966 (216 S., kart., 24, —DM).

„Jeder spricht von ihr, aber gesehen hat sie kaum einer“, sagt Peter Demetz. Gemeint ist die Literatursoziologie. Warum es sich in der Tat so verhält, läßt sich an F.s Buch ablesen. — Die 1962 in Mainz als Dissertation angenommene Arbeit möchte einen Überblick geben über das, was sich Literatursoziologie nennt. Indem sie Gegenstand und Methode der Hauptströmungen darstellt, möchte sie sich zugleich als ein eigenständiger Beitrag zur Theorie dieser speziellen Soziologie verstanden wissen. Soziologie ist nach dem Verf. eine empirische Wissenschaft, ihr Gegenstand zwischenmenschliches Handeln. Diese Definition nimmt er zur ‚theoretischen Leitidee‘ (R. König), sich ausgerechnet hier auf Heideggers ‚Zirkel im Beweis‘ berufend.

Nachdem er in der Einleitung bei Herder, Schiller, Goethe, Hegel, Bonald und A. W. Schlegel die „zeitliche Abgrenzung“ für den historischen Beginn einer Beschäftigung mit Literatur unter gesellschaftlichem Gesichtspunkt angesetzt hat, trifft er in den ersten 3 Kap. eine sachliche Abgrenzung. Zunächst gegen die Literaturwissenschaft. Die

zweite Abgrenzung ist gegen eine sozialphilosophisch orientierte Literatursoziologie gerichtet. A. Comte etwa wird vorgeworfen, daß er wider seine Absicht, empirisch die soziale Funktion der Literatur zu untersuchen, sie aus dem Drei-Stadien-Gesetz und dem Gesetz von der hierarchischen Ordnung der menschlichen Fähigkeiten deduziere, also selbst Metaphysik treibe. Jean Marie Guyau, dessen „L'art du point de vue sociologique“ (1889) den Beginn der eigentlichen Literatursoziologie markiert, versteht „Literatur als Stimulans sozial-ethisch hochbewerteter Sympathiegefühle“ (105), seine Lehre hat normativen Charakter. - Mit der marxistischen Literaturbetrachtung setzt sich F. ausführlicher auseinander. Zusammenfassend kritisiert er an ihr: 1. die „monokausale Determination der Literatur (Überbau) durch sozialökonomische Ursachen (Basis)“; 2. das „Prinzip der Parteilichkeit“, das eine „dem Ideal der Objektivität weitgehend angenäherte und wertungsfreie Wissenschaft“ unmöglich macht; und 3. „die Unterwerfung des literarischen Inhalts unter das Maß einer außerliterarischen Wirklichkeit“, wodurch „der Anspruch des literarischen Werkes, ... als eigenständige Wirklichkeit zu gelten“, verlorengelange (104).

Im zweiten Teil der Arbeit behandelt der Verf. die „Problemkreise einer speziellen Soziologie der Literatur“. Geschickt weicht er dem für positivistische Soziologen schwierigsten Problem aus: daß Literatur ein ästhetisches Phänomen ist. Anders als etwa Silbermann, bei dem man sich fragt, ob der Musiksoziologe eigentlich der Notenkennntnisse bedürfe, versucht F., im Anschluß an Roman Ingarden sich eines den ästhetischen Werturteilen vorausliegenden Begriffs der Literatur zu vergewissern: Was die Literatur „schafft“, ist eine reine intentionale Gegenständlichkeit und sind rein intentionale Sachverhalte, die ihren Ursprung in Bewußtseinsakten haben, obwohl sie diese transzendieren“ (16). Mit anderen Worten, F. hält am Scheincharakter der Literatur fest, ohne die ästhetische Geltung mit-voraussetzen zu wollen. Damit fällt das Problem der ästhetischen Wertung fort. Zugleich könne die Literatursoziologie „subjektive Werteinstellungen zum Forschungsobjekt machen“ (41). Das Bedauerliche an F.s Arbeit ist, daß dieser Ansatz nirgends zum Tragen kommt. Es ist fraglich, ob er von F.s Begriff und Methode der Soziologie aus überhaupt zum Tragen kommen kann. Der Verf. unterscheidet aus sachlich nicht einsichtigen Gründen zwischen einem sozialen Verhalten, das sich für die Literatur, und einem, das sich mit ihr vollzieht. „Soziales Grundverhältnis“ nennt er das sich mit der Literatur vollziehende „Wechselverhältnis zwischen Schriftsteller und Leser“. Mit dem für Literatur und Schriftsteller sich engagierenden sozialen Verhalten meint er Dichterkreise, Kritik, Buchhandel, Bibliotheken, Publikum usw. (109).

In diesem Teil der Untersuchung, in dem der Verf. auch das ‚soziale Grundverhältnis‘ in einem langen Exkurs darstellt, erweist sich, daß mit seinem Verfahren der Abgrenzung für Gegenstand und Methode der Literatursoziologie nichts gewonnen, vielmehr alles verloren wird. Die Departementalisierung des Geistes feiert ihre Triumphe,

während sich die Einzelwissenschaften in ihren Aporien verfangen. Kein Zufall ist es denn auch, daß F. die literatursoziologischen Arbeiten von Adorno, Benjamin, Goldmann, Hauser, Loewenthal und Lukács nicht diskutiert und den Marxismus nur in Gestalt der stalinistischen Orthodoxie auftreten läßt. Hans-Peter Gente (Berlin)

Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute. Eine Dokumentation mit Stellungnahmen der Professoren, hrsg. und eingeleitet von Rolf Seeliger, unter Mitarbeit von D. Schoner und H. Haasis. R. Seeliger Selbstverlag, München 1965, Heft 2 (84 S., 2,80 DM), Heft 3 (96 S., 3,40 DM) und Heft 4 (Westberlin) 1966 (123 S., 3,40 DM).

Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen. Mit einem Nachwort von H. Diem, hrsg. von A. Flitner. Rainer Wunderlich Verlag, Tübingen 1965 (244 S., kart., 9,80 DM).

Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München. 8 Beiträge von H. Kuhn u. a., Piper Verlag, München 1966 (282 S., kart., 7,80 DM).

Nationalsozialismus und die deutsche Universität. Universitätstage 1966, Veröff. der Freien Universität Berlin, De Gruyter & Co., Berlin 1966 (223 S., kart., 6,— DM).

Unbezweifelbar hat das deutsche Geistesleben und in ihm insbesondere die Universität dem Faschismus vorgearbeitet und schließlich unentbehrliche Dienste geleistet. Darin mag es begründet sein, daß die Universitäten bis heute nur sehr wenig eigene Gegenkräfte hervorbrachten und überwiegend in doppelter Hinsicht versagt haben. Zum einen gab es kaum kritische Selbstanalyse, geschweige denn praktische Reform. Zum andern ist die Einbeziehung der Erfahrungen mit dem Faschismus und der aus ihm zu ziehenden Konsequenzen in den dargebotenen Lehrstoff völlig ungenügend bzw. in vielen Fächern gleich null. Erst seit wenigen Jahren gibt es offizielle Auseinandersetzungen einzelner Universitäten mit ihrem faschistischen Erbe, erzwungen nicht zuletzt durch studentische Aktionen und deren Widerhall in der Presse. (Vgl. dazu Peter Müllers informativen Überblick in den Nummern 19, 20 und 21 der „Diskussion“.) — Rolf Seeligers Heftreihe, die seit 1964 erscheint, gehört zu den Versuchen, auf dem Weg über die Auslösung persönlicher Skandale die einzig interessante Auseinandersetzung mit Institutionen zu erzwingen. Einzelne Professoren, deren Rang und Veröffentlichungen von „heute“ und „damals“ angegeben sind, werden mit Auszügen aus ihren „damaligen“ Schriften vorgestellt. Die Erwidern der Betreffenden, soweit sie überhaupt reagiert haben, sind als aufschlußreiche Dokumente einer solchen Konfrontation von „damals“

und „heute“ angefügt. Reflexionen über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte werden in diesen Dokumenten interessantes Material finden. Außer in wenigen Ausnahmen, die zur aristokratischen „konservativen Revolution“ zu rechnen sind, drängt sich die Kategorie des alle Wendungen mitmachenden Konformismus auf. Viele der „Ehemaligen“ zeigen sich in ihren Reaktionen so geschmeidig, daß, mit Brecht zu reden, der Gummimensch in Sicht kommt. Daran mag abgelesen werden, wie wenig das System in den Personen sich fassen läßt. Aber nur den „Enthüllungen“ über Personen ist es zu verdanken, daß die Frage der Verfilzung der Universität mit dem Faschismus überhaupt auf institutioneller Ebene gestellt worden ist. Wie diese Auseinandersetzung geführt wird, dokumentieren die drei Vortragssammlungen der Universitäten Tübingen, München und Berlin. In München begnügte man sich mit „Erlebnisberichten“, in der Regel aus katholischer bzw. „deutschnationaler“ Sicht, wobei der entscheidende Akzent auf antikommunistischer Propaganda liegt. Immer wieder die alte Leier: „rot gleich braun“, „brauner Bolschewismus“. Daneben abwechselnd die Gleichsetzung von Faschismus mit „Ungeist“ und mit dem „Diabolischen“. Selbst beim besten moralischen und sogar demokratischen Willen einzelner Referenten, vermögen sie doch, mangels einer Perspektive und soziologischen Blicks, zugleich auf Antikommunismus fixiert, einzig Tabuwörter gegen das Böse auszustoßen. — In Tübingen und Berlin wollte man nicht Erinnerungen vortragen, sondern Analysen. Obgleich die Vorträge bei weitem ergiebiger sind als in München, dokumentieren auch sie, wie halbherzig oder, oft beim besten Willen, begriffstutzig und hilflos die Auseinandersetzung geführt wird (von wenigen hervorragenden Ausnahmen abgesehen). Nicht wenige Beiträge begnügen sich mit Absagen an ganz Vordergründiges: an „blonde Mathematik“ und „deutsche Biologie“, an Schlagworte wie „verjudete Physik“ u. dgl. mehr. Etwas schwerer macht es sich die Kritik an „scheintiefen“ Formulierungen vor allem in der Germanistik. Da man aber dazu eines „echten“ Begriffes von „Tiefe“ bedarf, der dann doch nur wieder in Schlagworten vorgestellt werden kann, kommt dieser Ansatz nicht weit hinaus über das Kritisierte. Auch Begriffe wie „Ideologie“ bzw. „Ideologisierung“ liegen nachgerade für jeden griffbereit. In ihrer Verwendung sind diese Begriffe fast überall selber ideologisch. Werden sie doch nicht auf gesellschaftliche Positionen bezogen, sondern „idealtypisch“ gebraucht, d. h. vom „Idealtypus“ sogenannter reiner Wissenschaftlichkeit oder vermeintlich „ideologiefreien Bewußtseins“ her als deren Gegenteil bestimmt. Ohne es zu wissen, redet man damit einer bloßen Modernisierung das Wort. Dies wird noch deutlicher am Verhältnis zu Politik. Vielen Hochschullehrern scheint die Lehre aus dem Faschismus: nie wieder politischen „Einflüssen“ den Eingang in die Wissenschaften zu gestatten. Am Exempel der DDR sehe man, wohin das führe. Wolfgang Abendroths Berliner Vortrag über „Das Unpolitische als Wesensmerkmal der deutschen Universität“ ist geeignet, jenen Rückzug in „reine Wissenschaftlichkeit“ (was immer das sei) als Fortsetzung der entscheidenden

den gegen Demokratie immunisierenden Tradition erkennbar zu machen. Daß „unpolitisch“ als Synonym für „politisch reaktionär“ zu gelten hat, liest man zwischen den Zeilen und manchmal auch expressis verbis in den meisten Beiträgen. Daß selbst vage Bekenntnisse zu „Werten“ wie „Humanismus“, „Demokratie“ und „wissenschaftlicher Rationalität“ einen relativen Fortschritt, wenn auch einen ideologisch konformen, darstellen, zeigt Theodor Eschenburgs Rückblick auf die deutsche Professorenschaft der Weimarer Republik: „Wer sich zur Demokratie bekannte, sie bejahte, auch wenn es nur in privatem Kreise geschah, galt gesellschaftlich in den weiten Kreisen der Professorenschaft als anrühlich.“

Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

Loewy, Ernst: *Literatur unterm Hakenkreuz. Das Dritte Reich und seine Dichtung. Eine Dokumentation mit einem Vorwort von H.-J. Gamm.* Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1966 (366 S., Ln., 25,— DM).

Aus den Werken von 57 deutschen Schriftstellern zog Loewy die Belege dieser Dokumentation. Zu diesen 57 gehören Autoren wie Paul Alverdes, J. M. Bauer („So weit die Füße tragen“ — 1961: 500. Tausend!), Benn, Bertram, Beumelburg, Binding, Arnolt Bronnen, Carossa, Gerd Gaiser, die beiden Jünger, Agnes Miegel, Ernst von Salomon, Wilhelm von Scholz, Ina Seidel, Frank Thiess, Kurt Ziesel. Mit Recht sieht Loewy, daß es völlig uninteressant wäre, sich auf eine Diskussion über das je verschiedene Verhältnis der einzelnen Autoren zur NSDAP einzulassen. Auch spürt er, daß es nicht darum geht zu bestimmen, was im einzelnen ‚faschistische Literatur‘ ist und was nicht. Stattdessen gliedert er seine Dokumentation nach inhaltlichen Momenten, von denen es als gesichert gilt, daß sie zum faschistischen „Syndrom“ gehören. Solche „Motive“ (wie Loewy sie nennt) sind etwa Irrationalismus, Organizismus, Autoritätsgläubigkeit. Das Verfahren, dessen Brauchbarkeit zunächst einleuchtet, zeigt seine Tücken in Loewys Ausführung. Was Loewy voraussetzt, nicht aber vor den Augen des Lesers ablaufen läßt, ist die „Analyse der ideologischen Struktur der Nazi-Literatur“. Deren Resultat ist die Unterscheidung von „Motivkreisen“ einerseits, historischen „Schichten“ andererseits. Unterschieden werden ferner vier solcher Schichten: die unterste sei „romantisch“ bzw. „neuromantisch“; darüber lagere eine zweite, „deren Hauptmerkmal der Provinzialismus ist“ und zu welcher Heimatdichtung und Arbeiterdichtung („die sich viel eher um die Verherrlichung der Arbeit als um eine Kritik der Gesellschaft bemühte“) zu rechnen seien; die dritte Schicht sei „durch militanten Nationalismus gekennzeichnet“ (hierzu rechnet Loewy auch die Autoren der sog. konservativen Revolution); die vierte Schicht endlich sei die „eigentlich nationalsozialistische“. Der wichtige Beitrag, den der Expressionismus zum Faschismus geleistet hat, gilt Loewy als bloßes „Randphänomen“. — Die Dokumentation gliedert sich nun nach dieser Einteilung in Schichten, die wiederum nach Motivkreisen

unterteilt sind. Im Resultat rächen sich die Mängel der theoretischen Verarbeitung. Die „Motivik“ geht allzusehr der faschistischen Oberfläche auf den Leim. Dies dokumentiert sich schon in den Titeln („Tauben Blüten der Romantik“, „Triumph der Provinz“, „Die braunen Bataillone“ etc.). Ihre Diktion ist reißerisch und mimetisch. Analytisch wäre besser gewesen. Die gleiche Schnodderigkeit stört auch in den Kommentaren, verdirbt manche ausgezeichnete Analyse des Autors. Dafür ein Beispiel: nachdem Loewy den Faschismus definiert als spätbürgerliche Herrschaftsform, redet er wieder von „Hitler und seinen braunen Kumpanen“, leistet also gerade der Personalisierung und Abschiebung ins Raritätenkabinett, die er vermeiden wollte, Vorschub. Gleiches gilt von Formulierungen wie „Ungeist“, „Rattenfänger“, „Irrsinn“, „Unmenschlichkeit“, „verbrecherisches System“, schließlich „braun“. „Dieses Buch hat sich vergleichsweise bescheidene Ziele gesetzt: den Weg des Irrsinns nämlich, auf den sich die deutsche Literatur begab, und die Unmenschlichkeit, die ein verbrecherisches System ihr abverlangte, mit einiger Akribie und systematisch darzustellen.“ — Ein informatives Nachwort befaßt sich mit dem Fortleben (vor allem in Schulbüchern und Literaturgeschichten) der mit dem Faschismus zusammenhängenden Literatur in der Bundesrepublik.

Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

Wulf, Joseph: Die Bildenden Künste im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Bd. 806—808: rororo, Rowohlt-Verlag, Reinbek bei Hamburg, 1966 (460 S., kart., 4,80 DM).

Wulfs Dokumentation ist zusammengesetzt aus Briefen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln und Monographien, die in kurzen Passagen wiedergegeben werden und einzelne Stichworte illustrieren. Das Material gibt Auskunft über Prozesse der Gleichschaltung, die avantgardistische Künstler trafen, über die Institutionalisierung von Kontrollen, über „arteigene“ versus „artfremde“ Kunst und über die Aneignung von Kunstwerken durch Raub und Plünderung. Die Kommentare zu über 60 Abbildungen, die Vorworte zu den einzelnen Kapiteln und eine kurze Einleitung bezeugen Wulfs kompromißlose Verurteilung der Produktionen und ihrer Verstricktheit in antiemanzipatorische Politik. Das resignierende Verwerfen von „Spießersinn und Banausengemüt“ nimmt den aufgeworfenen Fragen jedoch ihre Aktualität. Eine theoretische Aufarbeitung des Materials hätte Wulfs Personalisierung zu kritisieren, die dahin geht, Hitlers Interpretation von Kultur und Kunst sei schlicht Gesetz geworden.

Rolf Czeskleba (Berlin)

Friedan, Betty: Der Weiblichkeitswahn oder Die Mystifizierung der Frau. Rowohlt, Verlag, Reinbek bei Hamburg 1966 (288 S., Ln., 19,80 DM).

Dieses Buch handelt vom „Hausfrauensyndrom“ (17), beleuchtet es von verschiedenen Seiten, kommt immer zum gleichen Ergebnis:

auch Frauen sind Menschen. Deshalb kann man sie in ihren Lebensäußerungen nur bei Gefahr individueller und gesellschaftlicher „progressiver Entmenschlichung“ (183) reduzieren auf das Niveau der „feminine mystique“, dem Bild von Frau, das der „Weiblichkeitswahn“ vermittelt: Hausfrau, Ehefrau, Mutter — die Frau als all-round-Objekt; Objekt der Haushalts-„gadgets“, des Mannes, der Kinder — und der kleinbürgerlichen Suburb (des „Milieus“).

Der aufklärerische Elan des Buches ist gelegentlich arg aufdringlich. Aber es gibt wenig Sentimentalität, dafür gute Analysen und eine erfreuliche Portion Respektlosigkeit, wenn es darum geht, Theorien, Ideologien und Autoritäten aufs Korn zu nehmen: Margret Mead und Parsons („funktionaler Dornröschenschlaf“ [83]), Freud (dessen „sexueller Solipsismus“ (69) hilft, die Frauen zum zweiten Geschlecht zu machen — das Argument erinnert an de Beauvoirs Interpretation der Freudschen Theorie) werden unbefangenen der Komplizenschaft überführt mit jenen gesellschaftlichen Kräften, denen (warum wird leider nicht wirklich gesagt!) so viel daran liegt, durch Mystifizierung des weiblichen Wesens die Frau zu fixieren auf die Unselbständigkeit und das Außer-sich-sein. Die Beschränkung auf die Erfüllung ihrer Weiblichkeit (neues Leitbild = altes Leitbild = „Beruf: Hausfrau“ [33]) wird der amerikanischen Frau suggeriert, in einer Zeit, „in der Castro eine Revolution in Kuba machte und die Männer sich anschickten, den Weltraum zu erobern“ (28).

Eindrucksvoll ist, wie leicht die Frauen sich in den „Dienst der Absatzsteigerung“ (139) stellen lassen, wie leicht sie sich einreden lassen, Hausfrauenarbeit sei etwas besonders Erfüllendes und Anspruchsvolles — auch wenn sie todunglücklich sind und neurotisch auf dieses Leben reagieren. Bedenklich sind die Folgen: Infantilismus bei den durch „Absorption“ der Persönlichkeit des Kindes durch die dem Mittelstand angehörende Mutter“ (187) geprägten Jugendlichen und Erwachsenen; Ego-Schwäche durch zu große Identifikation von Mutter und Kind; Verlust von Liebesfähigkeit und Lustempfinden bei diesen „weiblichen“ Frauen — das „verwirrte Ich“ (203) macht die Begegnung und Kommunikation von selbständigen, erwachsenen Menschen auf gleicher Basis unmöglich.

Die Verfasserin schließt zu kurz, wenn sie Ausbildung und schöpferische Arbeit als „neuen Lebensplan“ (225) anpreist und damit die Probleme zu lösen glaubt. Diese etwas krampfhaft „konstruktive“ Empfehlung tut jedoch dem Buch wenig Abbruch.

Ursula Schmiederer (Marburg)

III. Psychologie

Navratil, Leo: Schizophrenie und Kunst. dtv, Bd. 287, München 1965 (150 S., kart., 2,80 DM) (I).

Navratil, Leo: Schizophrenie und Sprache. dtv, Bd. 355, München 1966 (175 S., kart., 2,80 DM) (II).

Dr. med. Dr. phil. Navratil, Jahrgang 1921, sammelte seine Erfahrungen und Materialien an der Heil- und Pflegeanstalt Gugging in Niederösterreich, wo er seit 1956 Primararzt ist. Seine beiden Bücher ergänzen sich hervorragend, deuten aber eine Entwicklung Navratil's zu bedauernswerter Selbstbeschränkung auf sein Fach an. Seine einleitende Definition der Schizophrenie, besonders deutlich historisch entwickelt in (II), faßt sie mit Manfred Bleuler nicht als „eine Krankheitseinheit; sie ist ein psychopathologisches Syndrom, das bei den verschiedensten Erkrankungen auftreten kann“ (II, 37), welche etwas vage Bestimmung er verbindet mit Freuds Ansicht, die Psychose sei „der Versuch einer Heilung“ (II, 38), bei der er allerdings im Gegensatz zu Freud „emotionale Anteilnahme“ (II, 40) des Arztes verlangt. Die Einleitung schließt mit einem befremdend überschwenglichen Lob der „Psychotherapie der Schizophrenie“ (II, 41).

Das Wesen der Schizophrenie wird klarer bei der Betrachtung ihrer zeichnerischen und lyrischen Erscheinungsformen. „Die Grundstörung der Schizophrenie betrifft ja nicht die Vernunft, sondern die Integration von Emotion, Intellekt und Psychomotorium“ (II, 135). „In der Schizophrenie zerbricht das soziale und konventionelle Beziehungsgefüge, es zerbricht damit die ratio, die Welt, die Realität, das Ich. In der Phase der Restitution wird das alles von Grund auf neu aufgebaut. Das Ergebnis ist — wenn keine Heilung eintritt — freilich ein schizophren abgewandeltes Ich. Formalismus, Deformation und Symbolismus sind die Hauptmerkmale des schizophrenen Gestaltens“ (II, 161). Der Schizophrene „richtet mit seinen bizarren Sprachgebilden Bastionen an seinen Ichgrenzen auf“ (II, 163). So wenig wie die Schizophrenie ist das Ich positiv bestimmt.

„Das schizophrene Gestalten ist entweder durch Überbetonung oder durch den Verlust formaler Kategorien gekennzeichnet. Strenger Formalismus und Zerstörung der Form sind — wie die schizophrene Bildnerie am eindringlichsten zeigt — nahe miteinander verwandt. Beide Methoden tun der natürlichen Umwelt Gewalt an. Darin liegt das Gemeinsame der entgegengesetzten Tendenzen und ihre Beziehung zur Schizophrenie“ (I, 80), bei der es sich also „mehr um Stadien als Formen des Irreseyns“ (Ernst Albert von Zeller, 1804 bis 1877) (II, 33) handelt. Diese Stadien, besonders eklatant als Extreme, tauchen denn immer wieder in den guten Fallbeschreibungen und Materialanalysen auf und werden von Navratil in ihren verschiedenen Äußerungsformen stets zuverlässig als Restitutionsversuche des geängsteten Kranken gewertet, der nach „Selbstverwirklichung“ (II, 163) strebt. „Es braucht nicht mehr betont zu werden, daß die Überwindung von Angst durch den Gewinn einer objektiven Betrachtungsweise mit einer Festigung des Ichgefüges identisch ist“ (I, 106).

So steht dem relativ Gesunden mit festerem Ichgefüge der relativ Kranke mit extrem starrem oder formlosem Ich gegenüber; der eine steht mit der Außenwelt auf gutem Fuß, dem anderen ist sie ein Alptraum, und womöglich schafft er neu, wo jener nur ordnend eingreift. Diese zwei Pole sah Navratil auch in den Begriffen Klassik und Ma-

nierismus, und hatte sich in (I) zum Thema gesetzt die Parallelität schizophrener und manieristischer Gestaltung mit Beispielen zu belegen. Das gelingt ganz hervorragend: „So wertvoll die Unterscheidung von Klassik und Manierismus in psychologischer Sicht ist, so glauben wir doch, daß es sich dabei — wie bei den meisten dichotomen Typologien — nur um zwei Typenpole handelt, welche durch eine kontinuierliche Reihe von Übergangsformen miteinander verbunden sind. Die einzelnen Werke müssen wohl entsprechend der Häufung ihrer klassischen und manieristischen Merkmale in dieses Typensystem eingeordnet werden“ (I, 108). Man meint, hier sei von Gesundheit und Schizophrenie die Rede. Und wirklich: „Der Psychiater ist immer wieder erstaunt über die Fülle schizophrener Stilelemente in moderner Malerei und Plastik. Liegt hier nur eine oberflächliche Ähnlichkeit oder eine innere Verwandtschaft vor?“ (I, 10).

Jedenfalls liegt genau hier die große Schwäche von Buch (I): die schizophrenen Stilelemente sind in streng genetischer Betrachtung der Krankheitsverläufe gewonnen; ihnen stehen die manieristischen der modernen Kunst wie beziehungslos gegenüber; es fehlt die Genese des Manierismus als Äußerung einer schizophrenen Gesellschaft, wie sie bisher allein Adorno in seiner „Philosophie der neuen Musik“, in allerdings zu essayistischer Form, mehr andeuten als wissenschaftlich schildern konnte.

Buch (I) hatte sein Leben erhalten aus der anregenden Fragestellung, die einen steten Bezug auf G. R. Hocke zur Folge hatte. Weder Leser noch Autor aber haben eine Antwort erhalten, woraus zumindest letzterer seine Konsequenzen zog: „Die Ähnlichkeit der schizophrenen mit der modernen Poesie war uns allen klar. Den Vergleich im einzelnen wollten wir aber dem Leser überlassen, zumal eine solche Aufgabe den Rahmen der geplanten Untersuchung gesprengt hätte“ (II, 9); er fragte nicht mehr, erwähnte Hocke nur noch nebenbei und flüchtete sich zu Gero von Wilpert und der klappernden Terminologie der Rhetorik. Gleichwohl bieten Navratil's Bücher eine Fülle anregender Beispiele und wertvoller Literaturhinweise in angenehmer exakter Form.

Walter Krauss (Stuttgart)

Beradt, Charlotte: Das Dritte Reich des Traums. Nymphenburger Verlagsanstalt, München 1966 (152 S., Ln., 14,80 DM).

Der Reichsorganisationsleiter Robert Ley meinte 1937, der einzige Mensch, der in Deutschland noch ein Privatleben führe, sei jemand der schläft. Charlotte Beradt dagegen will beweisen, daß der Faschismus aufs Ganze ging und niemand auch nur nachts in einem Reservat leben konnte. Von 1933—1939 sammelte sie bei Freunden, Verwandten und Bekannten Beweismaterial: etwa 300 Traumberichte. — Ein alter Fabrikbesitzer träumte: „Goebbels kommt in meine Fabrik. Er läßt die Belegschaft in zwei Reihen, rechts und links, antreten. Dazwischen muß ich stehen und den Arm zum Hitlergruß heben. Es kostet mich eine halbe Stunde, den Arm, millimeterweise, hochzubekommen. Goebbels sieht meinen Anstrengungen wie einem

Schauspiel zu, ohne Beifalls-, ohne Mißfallensäußerung. Aber als ich den Arm endlich oben habe, sagt er fünf Worte: ‚Ich wünsche Ihren Gruß nicht‘, dreht sich um und geht zur Tür. So stehe ich in meinem eigenen Betrieb, zwischen meinen eigenen Leuten, am Pranger, mit gehobenem Arm. Ich bin körperlich dazu nur imstande, indem ich meine Augen auf seinen Klumpfuß hefte, während er hinaushinkt. Bis ich aufwache, stehe ich so.“ Eine Verkäuferin träumte, daß sie im Kino von Göring angefaßt wird, ein Journalist, daß er Hitler im Meer versenkt, eine Frau, daß sie zu Blei verwandelt wird. — Jeder dieser Träume soll als ‚praktischer Fall‘ zu Hannah Arendts Totalitarismus-Theorie dienen, die obendrein ständig durch Kafka- und Orwell-Zitate ästhetisiert wird. Private Determinanten von Traumgehalten gibt es für Beradt ebenso wenig wie die Notwendigkeit, aus dem verbalisierten manifesten Trauminhalt den unausgesprochenen latenten herauszulesen. Hier beruft sich Beradt auf Jaspers' Wort vom „existentiellen Unsinn der Traumdeutung“ wie von der „Tendenz zum Herabziehen des Menschen“ (73). Beradt mißt ihren gesammelten Träumen soviel Bedeutung zu, daß sie sie als Kriterium für eine spezifische Unterscheidung zwischen ‚Totalitarismus‘ und ‚Demokratie‘ verwendet. Ein so durchtrainierter science-fiction-Staat, als den Beradt den Nationalsozialismus darzustellen versucht, war dieser niemals, nicht einmal im Programm. All diese Träume können auch zu anderen Zeiten und in anderen Ländern geträumt werden; die Geschichte wechselt in so kurzer Zeit nur die Requisiten. Man merkt einigen ‚Traumdokumenten‘ an, daß die Berichterstatter wußten, was Beradt hören wollte.

Jürgen Werth (Berlin)

Fraenkel, Heinrich und Roger Manvell: *Himmler. Kleinbürger und Massenmörder.* Verlag Ullstein GmbH, Frankfurt/M.-Berlin-West 1965 (260 S., Ln., 18,50 DM).

Das Buch ist der dritte Teil einer „Trilogie“ von Biographien, mit denen Fraenkel und Manvell die „wahre Natur dieses Regimes und der Menschen, die es geschaffen haben“ begreiflich machen wollen. Die Lebensgeschichten Goebbels', Görings und nun Himmlers wurden aus Akten und Interviews rekonstruiert mit dem Ziel, „festzustellen, welche besonderen Eigenschaften sie und die Männer, die sie als ihre Helfer auswählten, tatsächlich besaßen“. — Im Anhang werden Aussagen Adolf Eichmanns und Beobachtungen vom Frankfurter Auschwitzprozeß wiedergegeben, die den Einfluß Himmlers nachweisen sollen.

Die Verf., die außer den Biographien ein Buch „Der 20. Juli“ veröffentlichten, sind zwar dem Ziel verpflichtet, aus der Erkenntnis der Vergangenheit Lehren für die Zukunft zu ziehen. Ihre biographische Methode, die auf „historische Individuen“ zugeschnitten ist, leistet das aber nicht. Statt psychische Strukturen und deren soziale Bedingtheit herauszuarbeiten, wie es der Untertitel verspricht, wird Himmlers Lebensweise und sein pathologisches Selbstbewußtsein bloß als kleinbürgerlich denunziert, um einen Schauprozeß zu bieten.

Die Anklage ist wirr wie bei einer Gespensterjagd: „Keiner von ihnen (Hitler, Goebbels, Göring und Himmler) erwies sich als das, was er zu sein schien, sonst hätten sie niemals aus eigener Kraft die höchste Macht über eine große Nation errungen“. Diese These: „Die Natur des Regimes... entsprang unmittelbar dem Charakter der Männer, die es geschaffen hatten“ (8), bemühen sich die Verf. nirgends zu erklären.

Rolf Czeskleba (Berlin)

IV. Soziale Bewegung und Politik

Olzog, Günter: Die politischen Parteien. Geschichte und Staat, Bd. 104, Günter Olzog Verlag, München und Wien 1965 (160 S., kart., 2,90 DM).

Nach Wolfgang Treues 1961 erschienenem Buch „Die deutschen Parteien“, in dem der sehr mangelhafte Versuch gemacht wurde, zum ersten Mal eine übersichtliche Darstellung der politischen Parteien Deutschlands zu liefern, war es dringend notwendig, die immer noch bestehende Lücke in der politikwissenschaftlichen Literatur auszufüllen. Olzog ist dies mit dem vorliegenden Taschenbuch wiederum nicht gelungen. Er will eine „Arbeitshilfe für die praktische Arbeit auf dem weiten Feld der politischen Bildung und staatsbürgerlichen Erziehung“ (7) auch an der Hochschule bieten, doch kann nur der politische und wissenschaftliche Laie, der sich einen ersten Überblick verschaffen will, einige Anregungen gewinnen. Die Hauptmängel, die einem fruchtbaren wissenschaftlichen Gebrauch im Wege stehen, sind oft fehlende exakte Quellennachweise und eine einseitige und mangelhafte Auswertung der vorhandenen parteitheoretischen und parteigeschichtlichen Forschung, die die Erkenntnisse von Sigmund Neumann, Duverger, Kirchheimer, sowie einige parteihistorische Monographien nicht genügend berücksichtigt, sondern sich im wesentlichen auf Bergsträsser, Mommsen und Buchheim stützt.

In einem ersten Teil gibt Olzog eine Übersicht über die Grundlagen, die Geschichte und die Organisation der Parteien in der Bundesrepublik; im zweiten Teil schließt sich eine Auswahl aus Programmen der deutschen Parteien seit ihren Anfängen im Vormärz an. Begriff und Wesen der Parteien wird sehr kurz gehalten. Obwohl Mangoldts positiver Kommentar zu Leibholz' Thesen ausführlich abgedruckt wird, kommt Leibholz selbst nicht zu Wort. Die Problematik von Alternative und Konsensus wird kaum reflektiert. Die sich anschließende Darstellung der Entstehung und Geschichte der Parteien in der Bundesrepublik krankt an vielerlei Mängeln, wie fehlenden historischen Begründungen z. B. für den Bruch zwischen den Besatzungsmächten nach 1945, kommentarlosem Abdruck von parteipolitischen Erklärungen und vor allem gänzlichem Verzicht auf die Darstellung der sozialen Basis der Parteien; die ständige Wiederholung des Terminus „Trend zur Konzentration“ scheint den Verfasser differenzierter Begründungen für die Auflösung kleiner Par-

teien in den fünfziger Jahren zu entheben. Der einzige wirklich brauchbare Abschnitt des Buches bietet eine übersichtliche Darstellung der Organisation der drei großen Parteien, in kurze Abschnitte gegliedert (z. B. „Mitglieder“, „Organe“). Die Programmauswahl im zweiten Teil ist ein gekürzter Abdruck von Mommsens Parteiprogrammen, also zu entbehren. Eine soziologische Unterscheidung und Einordnung der Parteien in die Gesamtgesellschaft ist dadurch nicht zu ersetzen. So vermißt man auch nach dem Erscheinen dieses Buches weiterhin einen brauchbaren Überblick über die deutschen Parteien der Gegenwart, wie er etwa seit 1962 in Helga Grebings Buch für die Geschichte der politischen Parteien vorliegt.

Karl Theodor Schuon (Marburg)

Röhrig, Paul: Politische Bildung — Herkunft und Aufgabe, Ernst Klett-Verlag, Stuttgart 1964 (280 S., Ln., 19,80 DM).

Aus der Vielzahl der Aspekte, die Paul Röhrig in seiner detaillierten Untersuchung über „Herkunft und Aufgabe“ politischer Bildung behandelt, sei nur auf zwei Problemkreise verwiesen, die aber charakteristisch für den gedanklichen Hintergrund sind, vor dem Röhrig seine Konzeption der politischen Bildung entwickelt.

In seinen Ausführungen über „Die politische Aufgabe der Erwachsenenbildung“ (164) geht Röhrig davon aus, daß angesichts einer Gesellschaft, die „Anpassung und Konformismus durch sozialen Aufstieg honoriert und Denken, das immer wieder in Frage stellt, dem es um Sinn und Sinnzusammenhang geht, auf politisch-gesellschaftlichem Gebiet als störend empfindet“ (175), nicht Anpassung, sondern Widerstand das Ziel der politischen Bildung sein muß. Diesem Postulat könne aber nur eine Aufklärung genügen, die sich nicht auf bloße Faktenvermittlung, wie Gehlen sie z. B. fordert, beschränkt. Aufklärung habe vielmehr „einem neuen Aberglauben zu wehren, nämlich dem ‚an die Unbedingtheit und Unabänderlichkeit dessen, was der Fall ist‘ (Adorno). Informationen über Fakten zeigen das, was der Fall ist, und zerstören damit noch nicht den Aberglauben an dessen Unabänderlichkeit. Erst wenn jene ‚übermächtigen Verhältnisse‘, die den Menschen zu ihren bloßen ‚Agenten‘ machen, als Menschenwerk durchschaubar gemacht werden, kann man ‚in den Menschen die Ahnung erwecken, die sie insgeheim hegen: daß sie betrogen werden und sich nochmals selber betrügen‘ (Adorno)“ (172).

Interessant ist auch Röhrigs Einschätzung der Möglichkeit der politischen Pädagogik heute (201). Es sei geradezu symptomatisch für die gegenwärtige Epoche, daß man sich immer wieder gegen den Verdacht zu sichern habe, „als täusche man sich über die dunkle Seite der Welt, vor allem der Politik hinweg und hafte noch am pädagogischen Idealismus“ (202). Unter Berufung auf die sog. Wirklichkeit rechne man den Pädagogen einiger Jahrhunderte nicht nur ihren irrigen Fortschrittsglauben vor, sondern suche auch darin Schuld und Ursache der jüngsten Katastrophen. Übersehen werde aber dabei, daß

die Ursachen der „tektonischen Erdbeben‘ (Weinstock) der letzten Jahrzehnte . . . weitgehend durchschaubar sind und sich nicht als Werk von Dämonen, sondern als menschliche Willenshandlungen zeigen“ (202). Wenn eine Erziehung das Verhängnis nicht aufgehalten habe, so spreche das „noch nicht gegen die Möglichkeit, daß sie es nicht vermocht hätte“ (202). Der Rekurs auf die „Wirklichkeit“ zeige ja gerade nicht „einen natürlichen, un-erzogenen Menschen“ (202), der gleichsam „tabula rasa“ ist. Was Manipulation und Gesinnungsschulung — in unserem Sinne Formen einer negativen Erziehung — vermögen, „das ist gewiß in der jüngsten Geschichte besonders deutlich geworden“ (202).

So fordert Röhrig, man solle nicht „das wahre Bild des wirklichen Menschen (Weinstock)“ zum Maßstab politischer Erziehung machen. Das entscheidende Kriterium müsse vielmehr der Begriff des „wahren Menschen“ sein. An diesem lasse sich der wirkliche Mensch messen und beurteilen und von dort könne auch gesagt werden, „was die Erziehung zu tun hat“ (202). Den „realistischen“ Pädagogen wirft Röhrig in diesem Zusammenhang vor, sie verzichteten im Grunde nicht nur auf den Aspekt einer besseren Zukunft, sondern befänden sich darüber hinaus mit jenen auf einer Ebene, die an einer anderen Wirklichkeit gar nicht interessiert sind. „Die einen erziehen für den politischen Kampf, weil der Kampf nach ihrer Ansicht nicht aus der Welt zu schaffen ist und einfach zur Politik gehört, die anderen deshalb, weil sie den Kampf wollen“ (203). In der praktischen Konsequenz aber schrumpfe diese Unterscheidung auf eine bedeutungslose Nuancierung zusammen. So sehe sich Litt gezwungen, „gegen Kerschesteiner, Foerster und Oetinger Carl Schmitts Theorie des politischen Kampfes zu verteidigen“ (203). Er könne sich von Schmitt nur absetzen, indem er dessen Theorie dadurch modifiziere, „daß der politische Kampf nicht unbedingt ein ‚existentieller‘ sein müsse, der . . . schließlich in physische Vernichtung des Gegners ausläuft“ (203). Weinstock ergehe es nicht wesentlich anders. Angesichts der „Allvernichtungsgewalt“ (Weinstock) (203) der Waffen verlange er zwar „die Abkühlung des heißen zum kalten Krieg“ (Weinstock) (203), zugleich zeige aber seine Forderung, „daß der Kampf auf alle Fälle nicht enden soll, auch wenn die bewaffnete Auseinandersetzung durch die Entwicklung der Waffen selbst in ‚krasse Widervernunft verkehrt‘ (Weinstock) wurde“ (203).

Überzeugend weist Röhrig nach, daß zwischen einer Pädagogik, die das Individuum allzu rasch auf eine tragische, vom Kampf bestimmte Ursituation festlegt, und der heute allgemeinen Überschätzung der pädagogischen Methode, die nicht nur für die „Vermittlung von Wissen und Können zum Zwecke von Leistung und Erwerb“ (203), sondern auch zur „Charakterbildung gemäß den Maßgaben der Gesellschaft“ (203) herhalten muß, um sowohl den vermittelten Stoff als auch den Schüler zu fungiblen Objekten zu degradieren, ein innerer Zusammenhang besteht. Beide Ansätze laufen in ihrer letzten Konsequenz darauf hinaus, „die Erziehung am Bestehenden auszurichten“ (203). Aber „ . . . die Bildung bleibt dann aus dem Spiele und

der Mensch verharrt in seiner ‚Reflexivität‘, in der er zwar ‚wirklicher‘, aber deshalb noch nicht ‚wahrhafter‘ Mensch ist“ (203).

Richard Saage (Frankfurt am Main)

Flechtheim, Ossip K.: Weltkommunismus im Wandel.
Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1965 (256 S.).

Die einzelnen Beiträge des vorliegenden Bandes, dessen erste drei Kapitel bereits in den Jahren 1935—1937 geschrieben worden sind, versuchen, die jüngsten Umwandlungen im östlichen Staatensystem, den Trend zur „Domestizierung und Differenzierung“, in historischer Perspektive zu analysieren. Zunächst werden in großen Umrissen die historischen und sozialen Voraussetzungen für die Entwicklung der bolschewistischen Partei in dem zerfallenden Zarenreich aufgezeigt.

Nach 1917, als sich die Revolution in keinem weiteren Lande zu konsolidieren vermochte, sahen sich die Bolschewiki sehr bald gezwungen, zu den traditionellen Mitteln einer nationalstaatlich orientierten Außenpolitik zu greifen, denen sich auch die Strategie der Komintern anzupassen hatte. Im einzelnen wird den verhängnisvollen Folgen dieses Unterwerfungsprozesses der internationalen Arbeiterbewegung unter die nationalen Interessen des Sowjetstaates bis zur Auflösung der KI im Mai 1943 (eine Konzession gegenüber den Alliierten) nachgegangen.

Der letzte Teil des Buches befaßt sich mit der inneren Entwicklung der Sowjetunion nach Stalins Tod, dem stufenweisen Abbau des administrativen Zwanges, dem im außenpolitischen Bereich ein immer stärkeres Hervortreten der nationalen und sozialen Besonderheiten der einzelnen sozialistischen Staaten entspricht; diese Tendenzen bestimmt Flechtheim als „Nationalkommunismus“ und „Polyzentrismus“. Leider wird jedoch nicht näher auf die sozialökonomischen Hintergründe dieser Veränderung eingegangen; statt dessen spricht der Verf. von imaginären „religiösen Fetischen“ (p. 65) der Bolschewiki, die nun „schon seit geraumer Zeit im Begriff (sind), ihren alten naiv-ideologischen, voluntaristisch-subjektivistischen Charakter abzustreifen und ‚politischer‘, ‚machiavellistischer‘ zu werden“ (p. 157). Weiter wird ein Vergleich mit den „Glaubenskämpfen des 16. Jahrhunderts“ (p. 202) nur wenig zum Verständnis der Differenzen zwischen den kommunistischen Parteien beitragen können; es bleibt auch problematisch, wenn man meint, „der Kommunismus (sei) mehr an der Produktion als am Konsum orientiert“ (p. 220).

Trotz dieser offensichtlichen Ungenauigkeiten ist jedoch auch Flechtheims neues Buch in weiten Teilen instruktiv und anregend. Darüber hinaus könnte es auch eine politische Funktion erfüllen, indem es hilft, der offiziellen Ideologie den Boden zu entziehen, die noch immer mit dem Schreckbild eines ausgreifenden „totalitären Weltkommunismus“ das eigene Herrschaftssystem zu rechtfertigen sucht.

Gert Meyer (Marburg)

Sachsse, Hans: *Verstrickt in eine fremde Welt. Südasiens Kulturen und die Entwicklungshilfe des Westens, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1965 (208 S., Ppb., 28,— DM).*

Laut Klappentext dienten dem Verfasser „Indien und Thailand... als Beispiel, den geschichtlichen und religiösen Wurzelgrund darzustellen, aus dem der Mensch nicht ohne inneren Bruch gelöst werden kann. Dem stellt er die geistigen und moralischen Anforderungen moderner Naturwissenschaft und Technik gegenüber. In der Diskussion der Standpunkte wird die Problematik dargelegt und nach Wegen fruchtbarer Koexistenz gesucht. Das Buch geht von aktuellen Tagesproblemen aus. Fragen, die nicht mit vorläufigen, äußeren Lösungen abgetan werden, führen zu vertiefter Reflexion.“ Reflexion besonderer Art — muß hinzugefügt werden. Leider hat sich der Verfasser nicht auf die Wiedergabe seiner Ansichten über Buddhismus und Christentum, über Platon, Plotin, Meister Eckehart, Rilke, das Buch Hiob etc. beschränkt. All das, was er zu Unrecht für Philosophie hält, überschwemmt in ärgerlicher Weise etwas, was — ebenfalls zu Unrecht — als ein Versuch ausgegeben wird, Aussagen über die Probleme ökonomisch schwach entwickelter Gesellschaften zu machen.

Es werden einige (bekannte) Zahlen über Bevölkerungswachstum, über landwirtschaftliche Erträge etc. wiedergegeben; die Frage, ob in Südasiens „kleine“ oder „große“ Industrieanlagen errichtet werden sollten, wird wohl abgewogen mit „mittlere“ beantwortet; wir erfahren, daß der König von Thailand noch vor 30 Jahren „einem jeden, den er dazu für würdig befand, eine weitere Frau antrauen konnte“. Aber die Zeiten haben sich geändert: „heute verfügt der Ministerpräsident und Fieldmarshal über die Macht im Staate; ... die soziale Ordnung ist zweigleisig geworden“ (71). Kein Wort darüber, welche sozialen Schichten hier repräsentiert wurden bzw. werden! Zum Ausgleich dafür wird einige Seiten später mitgeteilt, daß die „Erfahrung der Mystik“ „eine menschliche Grundsituation“ ist, „in der das Abendland und Asien eng verbunden sind“ (79).

Der Verfasser schreckt nicht einmal vor dem Klischee zurück, daß „Reichtum, so begehrt er ist, ... die Menschen nicht zufrieden (macht)“ (113). Ergo ist auch für gesellschaftliche Entwicklung „ein rationaler Grund ... nicht anzugeben“ (117). Merke: „Wer praktisch oder theoretisch mit den Ländern Südasiens zu tun hat, wird (in diesem Buch) für die Tagesarbeit gedankliche Vertiefung und für die geistige Problematik lebendige Veranschaulichung finden.“ (Klappentext)

K. Steinhaus (Marburg)

Horlemann, Jürgen und Peter Gäng: *Vietnam, Genesis eines Konfliktes. Bd. 173: Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main 1966 (210 S., kart., 3,— DM).*

Der Mangel an zuverlässiger Information über den Vietnamkrieg ist in der Bundesrepublik besonders groß. Diese Lücke zu schließen war die Absicht der Verfasser. Ihr Buch ist eine bemerkenswerte

Fleißarbeit. Jahrgänge von Zeitungen, Zeitschriften und ein beträchtlicher Teil der über Vietnam geschriebenen Bücher sind hier verarbeitet. Das Resultat ist in der Tat ein im wesentlichen zutreffender Abriß der Hintergründe, die zu dem Vietnam-Massaker geführt haben.

Das Buch leidet allerdings an einigen bedauerlichen Schönheitsfehlern. Auch die besten Zeitungsreporter fallen Irrtümern zum Opfer, wenn sie über ein Land berichten sollen, das sie nur ungenügend kennen. Solche Irrtümer sind leider gelegentlich auch in Horlemanns und Gängs Buch übernommen worden. So wurde z. B. die bemerkenswerte politische Zeitschrift *Lap Truong* (nicht *Sap Truong*) — ein Blatt, dessen Aufmachung etwas an den seligen „*France-Observateur*“ erinnerte — niemals von Thich Tri Quang (S. 145) selber herausgegeben, sondern von buddhistischen Laien, Universitätslehrern aus Hué. (Und Thich Tri Quang, der Organisator der buddhistischen Opposition gegen Ngo Dinh Diem und Verfechter eines außenpolitischen Neutralismus, ist nicht „Präsident der buddhistischen Vereinigung von Thua Thien“ (S. 146), sondern Generalsekretär des klerikalen Institutes in Saigon, dem das bekanntere „*Vien Hoa Dao*“, das Institut für weltliche Angelegenheiten unter dem antikommunistischen Mönch Thich Tam Chau, zumindest formal unterstellt ist. Hué und Thua Thien sind lediglich die „Hausmacht“ Thich Tri Quangs.

Sachlich ist nur ein einziges Versäumnis zu kritisieren: die Autoren haben es für überflüssig gehalten, Glanz und Elend der „dritten Kraft“, als die die buddhistische Oppositionsbewegung sich verstehen wollte, in den Jahren 1963—1966 zu analysieren. Warum war ein unabhängiger Kurs zwischen amerikahörigen Kompradoren und der Befreiungsfront nicht durchzuhalten? Der Zusammenbruch der Ideologie von der dritten Kraft und ihre zunehmende Polarisierung sind das entscheidende innenpolitische Ereignis dieses Jahres in Südvietnam, und es wäre lohnend gewesen, dies im Zusammenhang mit der nahezu vollständigen Übernahme des Landes durch amerikanisches Militär und durch amerikanische „Verwaltungsexperten“ zu sehen.

Ein letzter Hinweis aufs Literaturverzeichnis: es ist bedauerlich, daß weder LE THANH KHOI's „*Le Vietnam, Histoire et Civilisation*“, Editions de Minuit, Paris 1955, noch P. ISOARTS „*Le Phénomène National Vietnamien*“, Bibl. du Droit International, Paris 1961, genannt oder im Text berücksichtigt sind: beides Standardwerke über vietnamesische Sozialgeschichte.

Diese Bemerkungen sollen das unbestreitbare Verdienst des Buches um Vietnam-Information nicht schmälern. Sie wollen nur auf die Gefahren aufmerksam machen, die in der Methode liegen, aktuelle politische Vorgänge lediglich aus Sekundärliteratur und Zeitungsausschnitten zu rekonstruieren.

Georg W. Alsheimer (Saigon)

Hausner, Gideon: *Justice in Jerusalem*. Harper & Row, New York 1966 (12,50 \$).

In den mehr als 500 Seiten gibt der Generalstaatsanwalt und Ankläger im Eichmannprozeß eine ebenso gründliche wie objektive Dokumentation über den Prozeß gegen den „Endlöser“ und die Hintergründe. Wer den Prozeß verfolgt hat und einiges über die Vernichtungsaktion wußte, ist erstarrt vor Entsetzen bei der erneuten Konfrontation mit diesem Infernissimo, in Vergleich zu dem Dantes Inferno eine Lappalie war. Nicht empfehlen können wir die Lektüre unseren jüdischen Freunden, da es nur die alten Wunden wieder aufreißt. Aber das Buch gehört nicht nur in die Hand der jungen Generation, sondern vor allem derjenigen, die die Schuld des deutschen Volkes bagatellisieren oder vom Tisch wischen möchten und die das eigene Leid dramatisieren und gegen die Schuld kompensieren wollen.

Leider hat, soweit ich sehe, noch kein deutscher Verlag eine deutsche Ausgabe geplant, aber alle, die in der Lage sind, die amerikanische Ausgabe zu lesen, sollten sich nicht um die Lektüre „herumdrücken“.

Wir wissen aus vielen Diskussionen mit Jugendlichen, wie die Eltern immer den Fragen ihrer erwachsenen Kinder ausweichen. Wir können ihnen nur raten, wenn sie keine Antwort geben können oder geben wollen, dann sollen sie den fragenden jungen Menschen dieses Buch schenken, damit die heranwachsende, suchende Generation eine Antwort auf ihre Fragen bekommt und vielleicht einen anderen Weg sucht, der sie nicht so schuldbewußt vor ihren Nachkommen stehen läßt, wie wir Alten es leider müssen. Heinrich Grüber (Berlin)

Maser, Werner: Hitlers Mein Kampf — Entstehung, Aufbau, Stil, Änderungen, Quellen, Quellenwert, kommentierte Auszüge. Bechtle Verlag, München 1966 (344 S., Ln., 26,— DM).

Wenn Autoren unbedingt der Pression ihres Verlags nachgeben und ihre Zettelkasten der Veröffentlichung freigeben müssen, dann sollte der Verlag wenigstens eine passende Form für sein Produkt finden. Hier wäre der Loseblattordner am Platz, damit der Leser zumindest über die Reihenfolge der aneinandergelagerten Zitate, Fakten, Anmerkungen und gelegentlichen Überlegungen verfügen kann. Der Verlag hat aber nur einen schüchternen ersten Schritt in diese Richtung getan, indem unterlassen wurde, die Kapitel zu nummerieren. Auch wird durch einen Zettel beim Leser um Entschuldigung gebeten, daß das Personen- und Ortsregister unvollständig und fehlerhaft ist, man möge aber verstehen, daß der Verlag den durch den Vorabdruck im Spiegel weich gemachten Markt schleunigst erreichen mußte. Von 1 200 Registerangaben fehlen nur etwa 950. Das „Buch“ hat drei Quellen: Mein Kampf, der sehr viel leichter zu erwerben ist, als M. angibt; den Aufsatz von Hammer in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte 1956; und M.s eigenes, ernstes Werk über „Die Frühgeschichte der NSDAP“. Das „Buch“ ist also absolut überflüssig. Mit einem amokgelaufenen positivistischen Eifer macht sich der Verf. über die 2 500 stilistischen und grammatikali-

sehen Änderungen breit, die zwischen 1925 und 1939 im Text von *Mein Kampf* gemacht wurden (es gab kaum inhaltliche Änderungen); den Gedankenstil Hitlers versucht er aber mit solchen verfeinerten Begriffen wie „lärmende Aufrichtigkeit“, „apodiktische Behauptungen“, „schwülstige Berichte“, „schmuddelige Prosa“ (alle S. 43) u. dgl. mehr, kritisch zu durchleuchten. In einem Punkt aber ist das „Buch“ tatsächlich einleuchtend: es wird dem Leser klar, daß die zusammenhanglose, assoziative Hektik des Hitler'schen Originals keineswegs allein auf die Irrationalität seiner Zielvorstellungen zurückzuführen ist; derartige wird vielmehr — und gerade heute — von einem kapitalistischen Verlagswesen stark gefördert.

Tim Mason (Oxford)

Boberach, Heinz (Hrsg.): *Meldungen aus dem Reich*. Auswahl aus den Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939 bis 1944. Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin (West) 1965 (584 S., kart., 26,— DM).

Selten kann man ein neues Buch zur Zeitgeschichte vorbehaltlos willkommen heißen. Boberach, Archivrat im Bundesarchiv, hat eine umfangreiche Auswahl aus den Stimmungsberichten des SD für die Zeit vom Oktober 1939 bis Juli 1944 herausgegeben, die ein detailliertes Bild aller Bereiche des öffentlichen Lebens in den Kriegsjahren vermittelt. Im Anmerkungsapparat werden die „Meldungen“ — Auszüge aus den Berichten mit Abständen von etwa 2 Wochen — an Hand des Reichsgesetzblattes, der Wehrmachtsberichte, der „Vertraulichen Informationen“ für die Presse und zahlreicher anderer Quellen erläutert und ergänzt. Das Buch bildet so eine unabdingbare Grundlage für das Studium des Nationalsozialismus — und ist zudem sehr spannend.

Es bedürfte eines längeren Aufsatzes, die Problemkreise zu diskutieren, die hier größtenteils zum erstenmal abgesteckt werden; hier können nur einige Punkte hervorgehoben werden. Die wichtigste Frage ist die nach der Zuverlässigkeit der Meldungen. Dem verantwortlichen Amtsleiter im RSHA, SS-Standartenführer Ohlendorf, stand die verfeinerte Methodologie der heutigen Meinungsforschung nicht zur Verfügung. Die Berichte sind impressionistisch, beruhen aber auf den Impressionen eines großen Mitarbeiterstabes: allein im Bezirk Koblenz etwa 80 Mann, deren Chef täglich an Ohlendorf zu berichten hatte. Dieses Material wurde im RSHA ausgewertet und zusammengefaßt und in Form der „Meldungen aus dem Reich“ zweimal in der Woche den Reichsministern und den Reichsleitern der NSDAP zugeleitet. Dieser enorme Aufwand spricht für einen hohen Zuverlässigkeitsgrad. Dabei sind die Meldungen notwendigerweise begrifflich und quantitativ sehr undifferenziert: verallgemeinernden Berichten über ‚die Bevölkerung‘, ‚den Volksgenossen‘ und ‚Arbeiterkreise‘ stehen wörtliche Zitate einzelner Personen gegenüber. Boberach selbst verweist in seiner Einleitung auf die widersprüchlichen Anwendungen des Wortes ‚Bevölkerung‘, der z. B. manchmal ein sehr militantes, manchmal aber gar kein ‚Rassenbewußtsein‘ unterstellt

wird; die Vermutung liegt nahe, daß man des öfteren statt ‚Bevölkerung‘ ‚einzelne Pgs‘ oder ‚einzelne Volksgenossen‘ lesen muß.

Die Berichte erlauben nur in großen Zügen auf die Haltung der Bevölkerung gegenüber dem System zu schließen; sicherlich liegt das auch daran, daß diese Haltung selbst uneinheitlich war. Dabei fällt die immer wieder erwähnte Sehnsucht nach Frieden besonders stark auf, — die jahrelange Propagierung der ethischen Werte des Krieges blieb offenbar weitgehend ohne Erfolg. Zugleich herrschte ein außerordentlich großes Interesse für die Wochenschau, die laufend über die militärischen Erfolge berichtete. Sie wurden zwar mit Begeisterung aufgenommen, aber die scharfe Kritik bzw. die gedrückte Stimmung angesichts des fortdauernden Mangels an Lebensmitteln und Kohlen dauerten an. Die Bevölkerung wurde keineswegs zum passiven Gegenstand der totalitären Publizistik, sie konnte nur unter deren Wirkung keinen Blick für die politischen Zusammenhänge entwickeln. Die bittere Härte des alltäglichen Lebens scheint keine weitverbreitete Kritik am System oder an dessen Zielen erzeugt zu haben. Der Terror ließ diese sowieso nicht zu. Die Freude über die Besetzung Dänemarks dürfte für das allgemeine ‚Verstehen‘ der Zusammenhänge beispielhaft sein: man nahm an, daß die Versorgung mit Butter, Milch und Käse jetzt besser werden müsse.

Während die Selbständigkeit und der Mut weiter Kreise zur Kritik in sozialpolitischen und religiösen Angelegenheiten überraschend groß war, erscheinen außenpolitische Richtlinien der Regierung in dem Bewußtsein der Bevölkerung als so gut wie austauschbar: eine verstärkte Hetze gegen Frankreich im Juni 1940 bewirkte einen „vollkommenen Umschwung in der Stimmung“ (74); als im Herbst 1940 die alte mildere Linie wieder eingeschlagen wurde, fand auch sie Verständnis. Der Angriff auf die Sowjetunion löste nur für „wenige Stunden“ eine allgemeine Bestürzung aus, die sehr schnell einer „zuversichtlichen Haltung“ und sogar einem starken Optimismus Platz machte (158). Die Kriegserklärung gegen Amerika wurde „nur in bäuerlichen Kreisen . . . ganz vereinzelt“ kritisiert (198).

Mit den „Meldungen“ wollte Ohlendorf „Partei und Staatsführung ein ungeschminktes Bild darüber geben, wie sich die Maßnahmen der beiden Institutionen auf allen Lebensgebieten . . . auswirkten“ (XI), mit dem Ziel, dadurch die Leistungsfähigkeit des Systems steigern zu können. Die Kritik an einzelnen Maßnahmen und an der Verwaltung war in der Tat stellenweise sehr scharf und hatte manchmal auch eine Veränderung in der Taktik oder ein neues Gesetz zur Folge (38, 42, 54 u. a. m.). Wie ungeschminkt aber die Meldungen in Wirklichkeit waren, ist nicht immer klar. Man hat oft den Eindruck, als würde Ohlendorf der ‚Bevölkerung‘ seine eigenen Meinungen in den Mund legen. Mit Ausnahme der häufigen Fälle, in denen die Arbeiterklasse verlangt, daß auch die Besitzenden für den Krieg Opfer bringen sollten, wirken die wiederholten Meldungen, daß eine viel straffere Handhabung der Innen- und Wirtschaftspolitik gefordert wird, wenig glaubwürdig. Angebliche Klagen in diese Richtung stehen in glattem Widerspruch zu den ebenfalls wiederholten Mel-

dungen über die Kriegsmüdigkeit, Erschöpfung, gedrückte Stimmung usw.

Wenn Ohlendorf in diesen Fragen eine gezielte Schwarzmalerei betrieben hat, so ist es auf der anderen Seite fraglich, ob die Hitler-Reden immer einen so starken Eindruck hervorriefen, wie berichtet wird. Es ist unmöglich, eine präzise Antwort auf diese Frage zu geben; Ohlendorf konnte es sich wohl leisten, über Mißerfolge von Rosenberg oder Goebbels zu berichten, aber es erscheint sehr unwahrscheinlich, daß er über einen Mißerfolg Hitlers hätte berichten dürfen. Die Reportagen über die Aufnahme von Hitler-Reden lesen sich, im Gegensatz zum gewöhnlichen Stil der Meldungen, etwas schablonenhaft. Aber auch, wenn diese Berichte tatsächlich übertrieben sind, geht aus ihnen doch hervor, daß die charismatische Wirkung des „Führers“, auch in der Arbeiterklasse, sehr stark war.

Das demoskopisch-plebiszitäre Element im Nationalsozialismus ist ein sehr komplexes Phänomen: bis in den Krieg hinein hat es die Sozialpolitik weitgehend bestimmt, nahm aber in anderen Bereichen eher die Form einer künstlich erzeugten nachträglichen Bestätigung an (so in der Außenpolitik), und in wieder anderen Bereichen spielte es gar keine Rolle (so in der Justiz). Mit dem Fortschreiten des Krieges war das plebiszitäre Element überhaupt nicht mehr mit der sozialen und militärischen Lage in Einklang zu bringen. Die Regierung hörte zwar nicht auf, das Volk propagandistisch zu beeinflussen, aber Ohlendorfs Berichterstattung wurde zuerst eingeschränkt (Juni und November 1943) und schließlich im Juli 1944 ganz eingestellt. Weil die Berichte des SD wenigstens noch mittelbar mit der Realität in Kontakt waren, galten sie als defaitistisch. T. W. Mason (Oxford)

Kühnl, Reinhard: *Das Dritte Reich in der Presse der Bundesrepublik. Kritik eines Geschichtsbildes, Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/Main 1966 (220 S., kart., 12,80 DM).*

Ziel vorliegender Untersuchung ist es gewesen, die Resonanz der westdeutschen Presse auf die in die Jahre 1963/64 fallenden „Gedenktage“ an den 30. Januar 1933, den 1. September 1939 und den 20. Juli 1944 zu analysieren. Dabei wurden 270 Berichte und Kommentare von 52 bundesrepublikanischen Tageszeitungen herangezogen. Das Interesse des Autors galt vor allem drei Fragen: „1. Welches Bild zeichnet die Presse der BRD vom Dritten Reich und seiner Vorgeschichte? 2. Von welchen Faktoren — historischen Tatsachen, bestimmten Rücksichten, politischen Problemen der Gegenwart — ist dieses Bild bestimmt? 3. Ist dieses Bild geeignet, ein kritisches demokratisches Bewußtsein der Bürger zu fördern und damit... zu leisten, ... daß eine Neuauflage (des Nationalsozialismus) in irgendeiner Form ausgeschlossen wird?“ In der Mehrzahl der Fälle werden soziale und politische Prozesse teils offenkundig verfälscht, teils inadäquat durch Psychologisieren und Moralisieren beurteilt, falsche — den Entlastungs- und Rehabilitierungsbedürfnissen der Meinungsproduzenten entsprechende — Akzentuierungen gesetzt, einerseits Auslassungen vorgenommen, andererseits konkretistisch-detailliert

Oberflächenprozesse geschildert. Umgekehrt — aber gleichsam komplementär — dringt die Betrachtung in die „Tiefe“ geschichtsmetaphysischer Beschwörung von „Schicksal“, „dämonischem Rausch“ u. ä.

Die Resultate der Untersuchung lassen sich knapp zusammenfassen: Sowohl in der Rezeption der Methoden wie auch der Ergebnisse der politischen Wissenschaft verhält sich die Presse auffallend ignorant. Damit verbindet sich „eine deutlich feststellbare politische Tendenz, die sich durch die gesamte Berichterstattung von der ‚Machtergreifung‘ bis zum 20. Juli zieht. Die historische Rolle des Bürgertums, der konservativen Schichten . . . wird so aufgebessert, daß sie den heutigen Maßstäben einer freiheitlichen demokratischen Verfassungsordnung wenigstens annähernd entspricht. Der Anteil dieser sozialen Gruppen an der Etablierung und Festigung des Dritten Reiches wird teilweise verschwiegen, teilweise bagatellisiert, teilweise entschuldigt“ (175). Umgekehrt verfährt die Presse im allgemeinen mit der Arbeiterbewegung: „Ihr Anteil an der Errichtung und der Verteidigung der Republik und am Kampf gegen das Dritte Reich wird verschwiegen, verkleinert oder ins Gegenteil verkehrt“ (175). Hiermit sind implizit die beiden anderen Ausgangsfragen K.s beantwortet. Das von der Presse ausgegebene Geschichtsbild dient eindeutig den sozial und politisch herrschenden Gruppen. Die beiden letzten zu Beginn der Untersuchung gestellten Fragen beantwortet K. freilich nur in dem Maße, wie es das bei der — allerdings extensiven — Beantwortung der ersten Frage erbrachte Material gestattet. Das Problem des von sozialen Bedürfnissen und Rückprojektionen bestimmten Geschichtsbildes würde, wie er selbst bemerkt, eine umfassende Analyse der Machtstruktur der BRD erfordern. Aber auch die zweite Frage nach der Art des durch die Presse erzeugten politischen Bewußtseins kann nicht hinreichend mit der Klage über mangelndes „kritisches, demokratisches Bewußtsein“ und dem Hinweis auf die damit in Zusammenhang gebrachten Pluralismus-Konzeptionen beantwortet werden. Gerade an dem hier behandelten Themenkomplex hätte sich deutlicher zeigen lassen, was konkret kritisch-demokratisches Bewußtsein bedeutet; offenbar genügt gerade ein solches in Krisenphasen des Spätkapitalismus nicht, welches konzediert, daß „im modernen Industriestaat“ . . . „verschiedene gewissermaßen legitime Interessen . . . konkurrieren, aus denen sich die staatliche Willensbildung als Kompromiß und Resultante ergibt“ (178). So wird nicht immer klar, was unter dem „Geist der Demokratie“ (78, 122), der „demokratisierten Wirtschaftsverfassung“ (74) eigentlich zu verstehen sei, was aber gerade bei der kontrastierenden Darstellungsweise einer Verdeutlichung bedurft hätte. Das Problem der Bedingungen der Möglichkeit von funktionsfähigen pluralistischen Gesellschaften und Wirtschaftsverfassungen und von einem ihnen wohl entsprechenden politischen Bewußtsein (demokratisch-kritisch) wird kaum reflektiert, was vielleicht auch über die Zielsetzung der Arbeit hinausgegangen wäre. Anscheinend hat unsere „pluralistische Gesellschaft“ über das Dritte Reich auch ein ihr entsprechendes „pluralistisches Geschichtsbild“. Denn auch in diesem Punkt finden wir

— wie die Untersuchung gerade gezeigt hat — Vielfalt in der Einhelligkeit.

Die kritischen Bemerkungen ändern nichts an dem Wert der Studie, der gerade in der systematisch sinnvollen Verarbeitung einer Fülle von Material und der empirischen Beweiskraft liegt. Schon in der unbefangenen Darstellung historischer Zusammenhänge und deren falscher Widerspiegelung im Bewußtsein der Zeitgenossen sind für eine umfassende Ideologiekritik gewisse Teile und Vorarbeiten vorgelegt, die aufklärend wirken könnten in jener Phase der Restauration, in der, wie der Verf. selbst vermerkt, „ein demokratischer Liberalismus schon als ‚links‘ gilt“ (180).

H. D. Boris (Marburg/L.)

Boveri, Margret: Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler. Texte und Dokumente zur Zeitgeschichte. Walter Verlag, Olten und Freiburg i. Br. 1965 (744 S. brosch., 28,— DM).

Es ist schwierig, ein exzentrisches Buch über einen exzentrischen Mann und eine Zeit größter politischer und ideologischer Unsicherheit zu rezensieren. Vordergründige Fragen nach dem Exemplarischen oder nach dem für eine Theorie Fruchtbaren scheinen fehl am Platz zu sein, und die faszinierende Fülle des angebotenen Materials verbietet jede komprimierte Inhaltsübersicht.

Frau Boveri erzählt die Biographie des Berliner Tageblatts in den Jahren der Chefredaktion Paul Scheffers, 1934—1936. Nach dem Buch zu urteilen, teilt sie die Geschichtsauffassung ihres einstigen Chefredakteurs, der ihr 1953 aus Amerika schrieb: „Geschichte ist von ihrer eigenen Methodologie aufgeessen worden. Grundlage ist nicht das Bild, das sich der Historiker macht, sondern das chronologisch aneinandergesetzte Dokumentenmaterial, das angeblich ‚Richtigkeit‘ garantiert. Es ist der security-Wahn im Forschen, wie sonst bei Militärs und dem timiden Bürger von heute. Das hat der Geschichtsschreibung den Rücken gebrochen ... Sie schreiben wie Schulbuben, denen der Lehrer über die Schulter guckt“ (674). Frau Boveris große Stärke liegt gerade in der ungewöhnlichen Plastizität ihrer Erzählungen, in der Differenziertheit ihrer Versuche, die geistige Situation und die Taktik einer bürgerlich-nationalen Opposition zu rekonstruieren.

Eben die Ausdrucksmittel, die der journalistischen Opposition zur Verfügung standen, verdeutlichen am allerbesten die Totalität der NS-Herrschaft im publizistischen Bereich; darin liegt der große Wert der Dokumententeile dieses Bandes. Die Prosa des BT in diesen Jahren war außerordentlich komplex, stilistisch gezüchtet, dem heutigen Zeitungsleser einfach unzumutbar — umsoweniger wurde es in der NSDAP gelesen. Der Ausgangspunkt kritischer Artikel lag immer ganz abseits vom eigentlichen Inhalt und die Kritik war hintergründig, bis zur Unkenntlichkeit verklausuliert. Aber „der Leser damals war viel feinhöriger als heute“ (271): zu Freuds 80. Geburtstag veröffentlichte man einen Aufsatz über Jung und die Tiefen-

psychologie — mindestens ein Leser hat es begriffen (475, 501); und zum 80. Geburtstag Houston Stewart Chamberlains brachte man einen Brief von ihm an Hitler aus dem Jahr 1923, worin es hieß: „... trotz Ihrer Willenskraft halte ich Sie für keinen Gewaltmenschen. ... Sie sind ja gar nicht ... ein Fanatiker, vielmehr möchte ich Sie als den unmittelbaren Gegensatz eines Fanatikers bezeichnen“ (293) — Absender und Empfänger wurden leise verspottet. Durch implizite Vergleiche zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus konnte man, mittels der erwünschten Kritik an jenem, auch diesen in Frage stellen. Scheffer selbst verkleidete die Vorgänge häufig und „bezeichnete etwa die konsequente Durchführung einer menschenfeindlichen Maßnahme als ‚bewundernswerten Mut‘“. Das stellte „die tödlichste Form von Scheffers Kunst der Schmeichelei dar. Davon, daß sie wirken werde, war er immer überzeugt. Die Erfahrung hat ihm nur eine Zeitlang recht gegeben“ (315). Einmal wurde Scheffer ganz offen — denn es gab keine Vorzensur — und machte den Gauleiter Streicher lächerlich, als dieser Prinzipien der Kunstkritik verkünden wollte; die Initiative wurde mit einem großen Krach belohnt. Obwohl einige Mitarbeiter gelegentlich kurz verhaftet wurden, gelang es dem BT bis 1936, einen jüdischen Kommunisten als Korrespondenten in Warschau zu halten.

Aber wozu denn dieser Einsatz, dieses Risiko? Scheffer meinte, daß es mit der Weimarer Republik endgültig aus war. Dementsprechend wollte er „auf dem Boden des Dritten Reichs selbst eine Gegenposition schaffen. ... Es war die Vision eines dritten Orts, eines Ansatzpunktes für künftige Möglichkeiten“ (192 — d. h. weder NS noch Weimar). Sein Stab sehr junger, bildungsbesessener Mitarbeiter war gleicher Meinung, und gerade die Schwierigkeit der Aufgabe, „mit einer unerfahrenen Redaktion ... ein angesehenes Weltblatt inmitten der Diktatur ohne ausreichende Geldmittel zu einem Organ der Sachlichkeit und der vorsichtigen, im wesentlichen aber unnachsichtigen Kritik zu machen“ (246), verlieh dem Versuch eine überraschende Kühnheit und einen beachtlichen Elan. Nicht nur im Ausland genoß das BT eine wachsende und aufmerksame Leserschaft. Heute schreibt Frau Boveri, daß die Konzeption „von vornherein zum Scheitern verurteilt war“. Aber „auch das Unmögliche zu versuchen, kann seine Meriten haben“ (194).

Das Unmögliche zu versuchen aber diene ganz anderen Funktionen als der schrittweisen Verwirklichung des Unmöglichen. 1934 stimmte Goebbels dem Schefferschen Unternehmen zu, weil ihm ein nationales, bürgerliches Blatt von hohem Niveau außenpolitisch sowie propagandistisch nötig war. Scheffer stellte sich nachher genau diese Frage: „Gewinne ich mehr Vorteile für einen kommenden Umsturz der Nazis durch das, was ich gegen sie tue, als ich der Erhaltung des Systems durch meine Mitarbeit Vorschub leiste?“ (318). Frau Boveri ist unsicher; sie und er meinten damals mit Vorbehalten, ja, denn beide schrieben weiter nach der Auflösung des BT.

Dagegen das Urteil eines anderen Redaktionsmitglieds aus der Weimarer Zeit: „Im Jahr 1934 waren die Gebäude und das Prestige

des Blatts im Ausland noch vorhanden. Dieses Prestige benutzte Scheffer, um eine Fassade vor das Verbrecher-Regime zu bauen, hinter der Hitler in Ruhe seinen Krieg gegen die Menschheit vorbereiten konnte“ (Leserbrief, *Die Zeit*, 7. 1. 66). „Wir lügen alle“ ist gewiß keine Apologetik, aber man darf eine solche kritische Distanz von einem autobiographischen Werk nicht erwarten. Frau Boyer stellt lesbar und detailliert die Denk- und Handlungsweise dieser Gruppe der bürgerlichen Opposition dar. Die historische und gesellschaftliche Bedingtheit der Gruppe, die — für uns — Unzulänglichkeiten ihrer Position werden im Werk nur implizit behandelt: alles gilt der Rekonstruktion.

T. W. Mason (Oxford)

Lewy, Guenter: *Die Katholische Kirche und das Dritte Reich*. Aus dem Amerikanischen von Hildegard Schulz, Piper Verlag, München 1965 (434 S., Ln., 24,— DM).

Lewy beschreibt die Politik zwischen katholischer Kirche (dt. Episkopat und Vatikan) und dem NS, sowie ihre Vorgeschichte in der Weimarer Republik. Er recherchierte Akten der Diozösenarchive, die ihm zu diesem Zwecke Zutritt gewährten, des Auswärtigen Amtes, der entsprechenden Ministerien und der SS.

Mit der Gründung der Republik wurde die kath. Kirche von den einschränkenden Gesetzen Bismarcks befreit. In der Epoche zwischen Novemberrevolution und Machtergreifung hatte sie nebst ihren Organisationen ihre „Blütezeit“ (16). Sie war ein in allen gesellschaftlichen Bereichen integrierter antidemokratischer Bestandteil der Republik. Der deutsche Episkopat verdamnte die Novemberrevolution, die „Ketten von Versailles“ und den Pazifismus. Dem „Volksverein für ein katholisches Deutschland“ war die Dichotomie von Freund-Feind Motor von Geschichte und er lehrte, daß „Politik eine kämpferische Auseinandersetzung der Völker und Staaten ist“ (29). Papst Pius XI. und der deutsche Episkopat protestierten im Namen einer berufsständischen Gesellschafts- und Wirtschaftsform gegen Liberalismus und Individualismus einerseits, Sozialismus und Kollektivismus andererseits.

Als der Faschismus an der Macht war, vermied die Kirche nicht nur alles, „was wie eine Mitarbeit an der antifaschistischen Front hätte aussehen können“ (W. Gurian, 274), sondern kollaborierte obendrein mit dem NS. Politische und ideologische Differenzen galten gemeinhin als „spätere Nebenflüsse“, die die „ursprünglich reine Quelle“ der „Bewegung“ vergifteten (so Kardinal Faulhaber, 19).

Lewy beschreibt ausführlich den Widerspruch zwischen moralischem Anspruch und Politik der kath. Kirche während des Faschismus¹. Die Bedingung für diesen Widerspruch sucht er nicht durch historische Analyse zu klären, sondern begreift sie als zeitlosen Widerspruch von Theorie und Praxis der institutionalisierten Religion. Moralische Ansprüche (wie jegliche wertende Theorie) lassen sich

1 Siehe dazu auch Tombergs Rezensionen zu Hochhuths „Stellvertreter“ und Raddatz' „summa iniuria oder Durfte der Papst schweigen?“, in: *Das Argument* Nr. 28, S. 46 f.

nicht durch Institutionen verwirklichen, da diese, als notwendig angepaßte, a priori der falschen Wirklichkeit verfallen. Konstatiert Lewy damit die Unmöglichkeit sinnvoll geplanter historischer Arbeit, so kann er nur hoffen, daß sich bei der Gefahr einer Wiederholung der „ungeheuerlichen Barberei“ das zuvor entpolitisierte Gewissen spontan einer „besseren moralischen Führung“ unterordnet. (370) Dirk Müller (Berlin)

Petersen, Jan: *Unsere Straße. Eine Chronik.* Geschrieben im Herzen des faschistischen Deutschland 1933/34. Aufbau-Verlag, Berlin (DDR) 1963 (308 S., Ln., 2,85 MDN).

Das Buch ist, was sein Untertitel angibt: mehr Dokument als Roman; ein Bericht über den Versuch des Widerstandes gegen den Faschismus in den ersten einhalb Jahren des Dritten Reiches, vorgeführt am Detail der Berliner Wallstraße. Dennoch kann etwa die Schilderung des Schicksals von Erich Mühsam neben dem Ossietzky-Bericht Carl J. Burckhardts bestehen. Was sie unterscheidet, ist typisch für die Geschichte der antifaschistischen Literatur. Burckhardts „Meine Danziger Mission“ erschien nach dem Krieg; Petersens Buch wurde 1936 in Moskau deutsch gedruckt und erschien bereits in der Vorkriegszeit in vielen Übersetzungen. Es ist eines der wenigen wirklichen Bücher des Widerstandes; nicht die Arbeit eines Exilierten, nicht die nachträglich mehr oder minder zurechtgestutzten Aufzeichnungen der „inneren Emigration“. Dabei liegt es Petersen fern, gegen die Emigranten, wie es etwa die Autoren der „inneren Emigration“ taten, zu hetzen. Vielmehr fühlt er für sich und seine Generation der damals unbekanntenen Nachwuchsschriftsteller nach dem erzwungenen Weggang der namhaften Dichter die Verpflichtung, „... der Welt mit schriftstellerischen Mitteln das wahre Gesicht des Dritten Reiches zu zeigen“¹. Seine Hoffnung freilich, daß die faschistische Unterdrückung der Literatur „... die Geburtsstunde eines neuen Typus der antifaschistischen Literatur“¹ sein werde, war zu optimistisch. „Unsere Straße“ blieb das annähernd einzige Beispiel dieses Typus. Scharf hebt sich seine Haltung von der der „inneren Emigration“ ab. In der ersten Nummer der „Neuen deutschen Blätter“, die in Prag erschienen und deren illegaler Berliner Herausgeber er war (zusammen mit Anna Seghers, Wieland Herzfelde und Oscar Maria Graf in Prag), stand der programmatische Satz: „Wer schreibt, handelt“; und weiter: „Die Neuen deutschen Blätter wollen ... mit den Mitteln des dichterischen kritischen Wortes den Faschismus bekämpfen ... Es gibt keine Neutralität. Für niemand. Am wenigsten für den Schriftsteller. Auch wer schweigt, nimmt teil an dem Kampf. Wer ... in ein nur privates Dasein flieht ... der verdammt sich selbst zur sozialen und künstlerischen Unfruchtbarkeit und räumt dem Gegner das Feld...“². Jan Petersen (d. i. Hans

1 Jan Petersen, Deutschland ist nicht Hitler. Rede auf dem internationalen Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur, Paris 1935, in: *Neue Deutsche Literatur* H. 1/1956 S. 111—113.

2 Z. n. Brenner, Hildegard, *Deutsche Literatur im Exil*, in: Kunisch, *Deutsche Literatur im 20. Jahrhundert*, S. 681 f.

Schwalm) wurde 1906 in Berlin geboren. Er besuchte die Volksschule und war dann Dreher und Werkzeugmacher. 1930 wurde er Mitglied der KPD. Seine Haltung zur Partei scheint ganz unkritisch gewesen zu sein. Man vermißt Spuren von Gedanken zu dem zeitweiligen Bündnis mit den Nationalsozialisten, oder die Auseinandersetzung mit jenen Kommunisten, die sich um die Zeitschrift „Gegen den Strom“ sammelten. Die spärlichen Sätze zur Person Thälmanns sind von mehr emotionaler Verehrung. 1931 stieß Petersen zum „Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands“, von dessen ca. 500 Mitgliedern (1932) etwa die Hälfte Arbeiter und 1 % freie Schriftsteller waren. In dieser Organisation bildeten sich unter der Leitung von Becher, Renn und Andor Gabor „... die ersten Formen einer sozialistischen Gemeinschaftsarbeit auf literarischem Gebiet...“ heraus³. Sie löste sich faktisch 1933 auf; in der Nachfolge entstand die illegale Zeitschrift „Stich und Hieb“, über die ihr Leiter Petersen ebenfalls in „Unsere Straße“ berichtet und für deren lächerlich kleine Auflage von 200 bis 300 Stück Petersen und seine Mitarbeiter ihr Leben einsetzten. Der ständigen Verbindung mit den übriggebliebenen Mitgliedern des BPRS verdankt Petersen viel Material zu seinem Buch. Denn wenn auch „Unsere Straße“ das Schicksal einer ganz bestimmten Berliner Arbeiterstraße schildert, so verarbeitete er doch auch andere Erlebnisse und Ereignisse, die er erfahren konnte. Ein zentrales, praktisches wie ästhetisches Problem des Autors war es, eine möglichst genaue Darstellung des Bereiches, den er kannte, mit der Tarnung seiner und aller beschriebenen, noch lebenden Personen zu verbinden. „Es kaum darauf an, ein wahrheitsgetreues Bild zu vermitteln — ohne der Gestapo Fingerzeige zu geben“ (10). Petersen wollte so konkret wie möglich Mord als Mord, Verbrechen als Verbrechen schildern, ohne sich in die Metaphorik zurückzuziehen, was der von anderen deutschen Autoren, die dem Faschismus ablehnend gegenüberstanden, beschrittene Ausweg war. Er veränderte oder vertauschte Namen, Beschreibungen und Familienbeziehungen der handelnden Personen und zog die Gefahr der Entdeckung der Gefahr der Unverständlichkeit vor. Die Tarnung — und das scheint heute bei seinen genauen Schilderungen erstaunlich — gelang.

Jan Petersen lebt heute in Ost-Berlin. Sein Buch wird im Dietz- und Aufbau-Verlag seit 1947 ständig neu aufgelegt. In Verlagen der Bundesrepublik wurde er nie gedruckt, der westdeutschen Literaturgeschichte blieb er weitgehend unbekannt.

Gerhard Voigt (Berlin)

Ehlers, Dieter: Technik und Moral einer Verschwörung. Der Aufstand am 20. Juli 1944. Athenäum-Verlag, Frankfurt/M. 1964 (250 S., brosch., 9,80 DM).

Der Verf. sagt im Vorwort, daß der NS noch „diesseits der Schwelle“ liege, „hinter der jedes politische Ereignis... einfriert im Raum des endgültig Gewesenen“ (9). Was hier an ungewisser Aktualität des Faschismus behauptet wird, müßte durch die Analyse seiner

3 Lexikon Sozialistischer Deutscher Literatur, Halle/Saale, 1963, S. 133.

gesellschaftlichen Bedingungen aufgelöst und entfaltet werden. E. verwirft aber seine Erfahrung und will nach der Devise des Historismus „mit möglichst objektiver Redlichkeit zu den Vorgängen, wie sie eigentlich gewesen sind“ (10), zurückkehren. Diese Redlichkeit hält das erkennende Subjekt und mit ihm die Aktualität des Erkenntnisgegenstandes draußen. Sie neutralisiert den historischen Prozeß zum Material wissenschaftlicher Veranstaltung. Zwei Verfahren sind denkbar: die historiographische Reproduktion der Fakten oder ihre typologische Gliederung. E. entscheidet sich für das letztere. Er hält sich an die „eingeschlagenen Tatwege“ (12) der einzelnen Verschwörer und schlüsselt nach Methoden des passiven und des aktiven Widerstandes auf. Damit wird der Revolver des Selbstmörders bzw. die Bombe des Attentäters zum Kriterium. Einzelne allein handeln — isoliert wie Schauspieler vor der Kulisse agieren sie vor der kompakten Düsternis des totalitären Staates. E.s Kategorien individualisieren. Der Individualismus des Widerstandes wird nicht durch eine Bedingungsanalyse aufgelöst, sondern als unbefragbares Faktum methodisch ausgeschieden und als Bestätigung der Hauptthese wieder akzeptiert: der 20. Juli sei eine „demokratische Verschwörung im totalitären Staat“ (9), Keim und Vorwegnahme unserer freiheitlichen Demokratie (16); denn man habe „individualistisch ... diskussionsfreudig“ und „umständlich“ gehandelt (22). Dieser formale Zirkel verrät bald das ideologische Interesse der Arbeit: in „taktisch nutzloser, demokratisch sinnvoller Weise“ habe Goerdeler „innerhalb der berufsständischen Elite ein möglichst vielfaches Votum eingeholt“ (93). Als parlamentarische Residualform wird erklärt, was in Wahrheit der exklusive Kontakt der ehemaligen power elite ist. Sie dachte nie daran, an der konkreten Unterdrückung anzusetzen, die Mehrheit der Unterdrückten einzubeziehen. Der „demokratische Widerstand“ war ein Widerstand ohne demos. Seine Aktion folgte dem Dienstweg, sie lief über Denkschriften, Memoranden und Vorträge (vgl. 77 ff). Nach dem Putsch sollte „das gedrillte deutsche Volk ... in seiner Massenhaftigkeit“ weiterhin gehorchen, „nur‘ eben unter anderen, neuen Vorzeichen“ (166). Der Putsch sollte lediglich die gesellschaftliche Herrschaftsstruktur vom NS trennen und erhalten durch die Vernichtung seiner Repräsentanten. Denn die Politisierung der neutralen Beamtenhierarchie begann, als die Funktionstüchtigkeit der Herrschaftsapparatur einen unmittelbar einsichtigen Inhalt bekam: Zerstörung und damit die mögliche Aufhebung der Herrschaft in der heraufbeschworenen Niederlage. Die politischen Vorstellungen der Verschwörer hatten schon ihre antidemokratische Karriere hinter sich. Für sie resultierte der NS aus der Säkularisierung, der Unfähigkeit zur Transzendenz (88), „ihr Widerstandsrecht ... war antirationalistisch, wenn man so will, auch antiliberal“ (143). Die Affinität in diesen Gedanken zum Faschismus, die dieser ungleich radikaler zu nutzen verstand, ist für den Verf. in der billigen Antinomie gelöst, „daß zum Wesensmerkmal freiheitlich demokratischen Widerstandes die Zwangslage gehört, totalitäre Methoden anwenden zu müssen“ (21).

Der Staatsstreich wurde mit dem unmittelbaren Wohl „der Person, des Mitmenschen“ (163) gerechtfertigt, ohne die gesellschaftlichen Bedingungen zu reflektieren, unter denen sich die so verhaßte „Masse“ in „Mitmenschen“ auflösen könnte. Daß die Massen ein Interesse an der Bestimmung ihrer Lebensbedingungen haben, und daß man sie dadurch für die Ziele des Widerstandes gewinnen könnte, war undenkbar, sobald man darin den perhorreszierten Bürgerkrieg heraufbeschworen sah. Für die Verschwörer hätte eine leviäen masse nur den Zwangskanon konservativer Schreckbilder realisiert: sie hätte (im fünften Kriegsjahr) „Chaos . . . , Mob und Zerstörungswut“, ja schließlich, als das Schlimmste, „die Selbstauflösung der Truppe“ (165), kurz den umfassenden Widerstand entfesselt. Der Widerstand intendierte eine autoritär-kapitalistische Gesellschaftsordnung, in der zwar die Arbeiter „nicht von der Wirkung der die Wirtschaft beherrschenden natürlichen Gesetze freigestellt“ (§ 8 der Regierungserklärung Goerdelers) werden, „unverschuldet in Not Geratene“ aber geschützt werden sollten. Dies ist noch die subsidiäre Sozialpolitik der BRD. Wenn man so will, (wie scheinbar der Verf. will) war der Widerstand so demokratisch, wie die BRD undemokratisch ist. Die Besitzverhältnisse sollten damals wie jetzt nicht angefasst werden. Damals aber war der NS das konsequenteste Mittel, sie aufrechtzuerhalten. Das Versagen des Widerstandes ist nicht identisch mit der Stauffenberg'schen Bombe.

Das täuschend eindeutige Urteil der Geschichte über den NS, die Katastrophe, verleiht dem Widerstand den Schein der vollen inhaltlichen Negation des Faschismus und damit automatisch die Rechtfertigung. Der Autor glaubt sich daher von der Frage nach den Inhalten des 20. Juli befreit. Aber gerade das grausame Scheitern, bei allem persönlichen Mut, macht, daß man allzu leicht auf den ungeschichtlichen Gegensatz von Moral und Macht verfällt (das zeigt der Begriff „moralpolitisch“, den E. benutzt). Aus dem heroischen „dennoch“, aus dem starren Fibelbild persönlicher Tapferkeit kann der Widerstand nur gelöst werden, wenn er in der Differenz zum NS als Produkt jener gesellschaftlichen Verhältnisse erkannt wird, die den NS selbst hervorbrachten. Wird das nicht versucht, so geht's aus wie in diesem Buch: hie isolierte Tragik, dort „die Geschichte des Dritten Reiches“, die „heute so durchschaubar wie unbegreiflich“ (167) ist.

Klaus Hartung (Berlin)

V. Ökonomie

Gäfen, Gérard (Hrsg.): Grundlagen der Wirtschaftspolitik. Neue wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 11. Kiepenheuer & Witsch, Köln und Berlin (West) 1966 (512 S., kart., 19,80 DM).

Die Einteilung dieses von G. Gäfen herausgegebenen und eingeleiteten Bandes erscheint sehr konsequent, wenn zuerst Grundfragen (Wissenschaft, Ethik, Politik und Wohlfahrtsökonomik) dann Ziele, Instrumente und Träger der Wirtschaftspolitik und schließlich

Fragen von Information, Planung, Strategie behandelt werden. Diese Gliederung folgt teilweise bereits aus der weitgehenden Formalisierung, auch durch Mathematisierung der Theorie der Wirtschaftspolitik, die es nicht gestattet, in die einzelnen Abhandlungen inhaltliche und Grundfragen einzubeziehen, die daher vorangestellt werden müssen. Allerdings werden diese inhaltlichen Fragen völlig individualistisch angegangen. In dem Aufsatz von Dahl und Lindblom „Sieben Grundziele der Gesellschaftsgestaltung“ etwa wird Freiheit im Anschluß an B. Russell als „Fehlen von Hindernissen für die Verwirklichung der Wünsche“ (212) definiert, und dementsprechend kann Freiheit wachsen mit der Verringerung der Hindernisse, dem Abbau von Wünschen oder beidem. Schließlich empfehlen Dahl und Lindblom konsequent denkend soziale Indoktrination (216), die, wenn sie erfolgreich ist, Freiheit erhöhen kann.

Planung wird folglich nur in einem Beitrag (J. E. Elliot, S. 357 ff) und obendrein unzureichend behandelt. Kapitalismus wird als nicht in Frage zu stellendes Ziel unausgesprochen akzeptiert. Allerdings schreibt der Herausgeber im Vorwort, daß die „großen Alternativen“ der Ordnung der Gesamtwirtschaft in einem besonderen Band „Wirtschaftssysteme“ behandelt werden, „der zusammen mit den Grundlagen der Wirtschaftspolitik eine Art Aufriß der Volkswirtschaftspolitik ergeben mag“ (9).

Elmar Altvater (München)

Politische Texte

Herausgeber: Wolfgang Abendroth,
Iring Fetscher, Ossip K. Flechtheim

Charles Fourier

THEORIE DER VIER BEWEGUNGEN, herausgegeben von Theodor W. Adorno, eingeleitet von Elisabeth Lenk, 388 Seiten, steifkartoniert mit Schutzumschlag 15,— DM.

Karl Korsch

MARXISMUS UND PHILOSOPHIE, herausgegeben und eingeleitet von Erich Gerlach, 184 Seiten, steifkarton. mit Schutzumschlag 9,— DM.

Paul Lafargue

DAS RECHT AUF FAULHEIT — und Persönliche Erinnerungen an Karl Marx, herausgegeben und eingeleitet von Iring Fetscher, 80 Seiten, steifkartoniert mit Schutzumschlag 6,— DM.

Rosa Luxemburg

POLITISCHE SCHRIFTEN I/II, herausgegeben und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim, Band I 232 S., steifkartoniert mit Schutzumschlag, Band II 212 S., steifkartoniert mit Schutzumschlag, je Band 12,— DM.

Gottfried Wilhelm Leibniz

POLITISCHE SCHRIFTEN I, herausgegeben und eingeleitet von Hans Heinz Holz, übersetzt von Hans Heinz Holz und Manfred Vollmer, ca. 300 S., steifkartoniert mit Schutzumschlag 12,— DM.

Verlangen Sie bitte unsere Hauszeitschrift „beispiele' 66“ und Prospekte über Veröffentlichungen zu: Philosophie - Soziologie - (Betrieb und Gesellschaft - Frankfurter Beiträge zur Soziologie) - Politische Psychologie - (Sozialpsychologie) - allgemeine Geschichte - Geschichte der Arbeiterbewegung - Prozeßdokumente (Auschwitz, Einsatzgruppen) - Literatur zu aktuellen politischen Fragen (Mitbestimmung, Wirtschaftsdemokratie, Notstandsgesetze)

Europäische Verlagsanstalt · Frankfurt/Main · Metzlerstraße 25